

Die Wirtschaft der DDR

Jörg Roesler

Prof. Dr. Jörg Roesler, ausgebildet als Wirtschaftshistoriker, liest Volkswirtschaft an der Universität der Künste in Berlin, arbeitet freiberuflich auf dem Gebiet der Unternehmensgeschichte, ist Mitglied der Gelehrtenegesellschaft Leibniz-Sozietät.

Einige Veröffentlichungen zur DDR-Wirtschaftsgeschichte seit 1990: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR 1963 – 1970, Freiburg/Br. 1990; The Rise and Fall of the Planned Economy in the GDR 1945 – 1989, in: German History, 1/1991; Industrieinnovationen und Industriespionage in der DDR, in: Deutschland Archiv, 10/1994; Probleme des Brigadealltags. Arbeitsverhältnisse und Arbeitsklima in volkseigenen Betrieben 1950 – 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B38/1997; Ein Westpaket für Honecker? Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, in: Christian Härtel/Petra Kabus (Hrsg.), Das Westpaket, Berlin 2000; "...ohne Energie geht gar nichts!" Die ostdeutsche Energiewirtschaft von den Kombinat zu VEAG (1980-2001), Berlin 2001 (zusammen mit Dagmar Semmelmann).

Fotos S. 5, 13, 19, 41, 53, 63 Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
Foto S. 29 Thüringisches Staatsarchiv Meiningen

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Postfach 102151
Regierungsstraße 73
99021 Erfurt
www.thueringen.de/de/lzt
2002
ISBN 3-931426-66-1

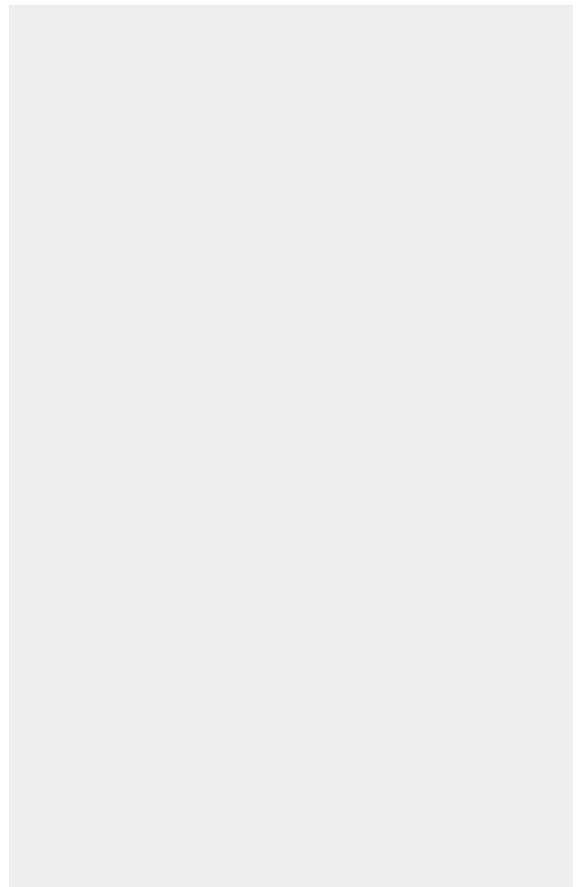
Inhalt

1.	ZUM KOMMUNISTISCHEN VERSTÄNDNIS VON WIRTSCHAFTSPROZESSEN 1945 – 1949	5
1.1	Marx, Engels und erste Erfahrungen mit der Planwirtschaft vor 1945	6
1.2	Brauchbar für Notzeiten: Bewirtschaftung und Wirtschaftsplanung als Interimslösung in Deutschland nach 1945	7
1.3	Der Zweijahrplan: Die Auseinandersetzung um die Wirtschaftsverfassung Ostdeutschlands im Sommer 1948	8
1.4	Die erzwungene Entscheidung für die Planwirtschaft vom Herbst 1948	10
2.	DIE WIRTSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE OSTDEUTSCHLANDS 1949	13
2.1	Industrielle Basis und Kriegsschäden	14
2.2	Schwere Kapazitätsverluste durch Demontagen	14
2.3	Wiederaufbau unter erschwerten Bedingungen	15
3.	REPARATIONEN, FÜNFJAHRPLAN, RGW: DIE WIRTSCHAFTLICHE ORIENTIERUNG AUF DIE UdSSR	19
3.1	Sowjetische Reparationen und DDR-Investitionslücke	20
3.2	Planwirtschaft nach sowjetischem Muster	20
3.3	Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-UdSSR in den 50er und 60er Jahren	23
3.4	Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-UdSSR in den 70er und 80er Jahren	25
4.	DIE PHASEN DER STRUKTURELLEN ENTWICKLUNG DER OSTDEUTSCHEN INDUSTRIEWIRTSCHAFT	29
4.1	Die schwerindustriellen "Großbauten des Sozialismus" der 50er Jahre	30
4.2	Strukturentscheidungen für die wissenschaftlich-technische Revolution: Die Förderung der "Fortschrittsindustrien" in den 60er Jahren	33
4.3	"Stärkung des Konsumgütersektors" in den 70er und "Braunkohlerenaissance" in den 80er Jahren	35
4.4	Debakel statt Weltniveau: Die Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR in den 80er Jahren	37
5.	DER MANGEL ALS SYSTEMBEDINGTE ERSCHEINUNGSFORM IN DER PLANWIRTSCHAFT	41
5.1	Mangel an Wirtschaftsgütern und Mangelwirtschaft	42
5.2	Erscheinungsformen der Mangelwirtschaft im Bereich der Produktion	44
5.3	Wirtschaftliche Folgen des Mangels im Bereich der Produktion	45
5.4	Die Ursachen der Mangelwirtschaft	47
5.5	Verstärkung bzw. Abschwächung des Mangelwirtschaft durch nicht systembedingte Einflüsse und durch Reformen im Wirtschaftssystem	50

4

6.	“SO WIE WIR HEUTE ARBEITEN, WERDEN WIR MORGEN LEBEN!”	53
	WIRTSCHAFTSALLTAG UND DIE WIRTSCHAFTLICHE SEITE DES ALLTAGSLEBENS	
6.1	“Plandiskussion”: Zur Rolle von Werkleitungen und Belegschaftsvertretungen im Planungsprozess	54
6.2.	Brigaden und Wettbewerbsbewegung	56
6.3	Brigadealltag: Lohn, Arbeitsleistung und Brigadetagebuch	60
6.4.	Die Funktionen der betrieblichen Sozialpolitik	61
7.	ZUSAMMENBRUCH ODER ABBRUCH DER DDR-PLANWIRTSCHAFT?	63
7.1	Einschneidende Maßnahmen und riskante Geschäfte zur Bewältigung der Schuldenkrise	64
7.2	Vom Scheitern der wirtschaftlichen Konsolidierungspolitik zum “Wirtschaften ohne Zukunftskonzept”	66
7.3	Abbruch als Aufbruch: Unterschiedliche Konzepte zur wirtschaftlichen Konsolidierung der ostdeutschen Wirtschaft während der “Wende”	71
	Abkürzungsverzeichnis	73
	Weiterführende Literatur	75

1. Zum kommunistischen Verständnis von
Wirtschaftsprozessen
1945 – 1949



1.1 Marx, Engels und erste Erfahrungen mit der Planwirtschaft vor 1945

Die SED hatte auf ihrem Gründungsparteitag im April 1946 die Errichtung des Sozialismus zu ihrem Ziel, allerdings noch nicht zur Tagesaufgabe, erklärt.

Ihre Führer sahen im Übergang von der kapitalistischen Markt- zur sozialistischen Planwirtschaft eine von Karl Marx und Friedrich Engels formulierte Gesetzmäßigkeit der Menschheitsentwicklung. Die "Klassiker des Marxismus" hatten fast 100 Jahre zuvor eine fundamentale Kapitalismuskritik geliefert. Deren Vorstellungen von der zukünftigen sozialistischen Gesellschaft fanden sich jedoch in ihren Werken nur verstreut. Sie waren aus der Kapitalismusanalyse unmittelbar abgeleitet. Marx und Engels hatten die enorme Entwicklung der Produktivkräfte, die auf Privateigentum und Marktkonkurrenz beruhte, durchaus anerkannt. Sie waren jedoch der Meinung, dass gerade jene Triebkräfte, die die rasche Entwicklung von Produktion und Technik hervorriefen, auch negative Wirkungen vor allem sozialer Art hätten. Von dem geschaffenen Reichtum verbleibe bei seinen eigentlichen Schöpfern, den Arbeitern, ein immer geringerer Teil. Auch bei wachsenden Einkommen würde der Abstand zu den Fabrik- und Bankbesitzern immer größer. Die "relative Verelendung" der Arbeiter ginge zeitweise, im Falle von Wirtschaftskrisen, in einen absoluten Rückgang des Lebensstandards der arbeitenden Klasse über. Das Krisenphänomen sei darauf zurückzuführen, dass im Kapitalismus jeder Unternehmer seine Produktion so rasch wie möglich ausweitere, um den größtmöglichen Gewinn einzuheimsen. Dabei schieße das Warenangebot aber über die Nachfrage hinaus.

Anknüpfend an die marxsche Analyse konstruierten dessen geistige Erben, allen voran Lenin, ein alternatives Wirtschaftssystem, das die negativen Seiten kapitalistischer Ökonomie beseitigen sollte. Dazu war das private Eigentum an den Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen) als Ursache der "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" zu beseitigen. Wirtschaftliche Entwicklungen sollten sich nicht mehr spontan über Marktgesetze "hinter dem Rücken der Menschen" durchsetzen, sondern durch Vorausdenken planvoll gelenkt werden. Die vielfältigen Kosten und Verluste, die unvermeidlich auftreten, wenn die Ergebnisse der Produktion sich erst auf dem Markt bewähren müssen, und die in Wirtschaftskrisen ganz offensichtlich werden, könnten mit Hilfe der Planung vermieden werden. Dem kapitalistischen Alltag wurde die Vision von der Planwirtschaft als krisenfreier Wirtschaft, die Vollbeschäftigung garantiere und allen Teilhabe am Wohlstand ermögliche, gegenübergestellt.

Die marxschen Auffassungen wären bald vergessen gewesen, wenn die Erfahrungen, die die Mehrheit der Bevölkerung mit Marktwirtschaft und Kapitalismus gemacht hatten, sie nicht bestätigt hätten. Die zu Ende gehende erste Hälfte des 20. Jahrhundert schien – gerade in Deutschland – düsteren Prophezeiungen von den negativen Seiten des Kapitalismus Recht zu geben. Zwei Weltkriege hatten dazu geführt, dass die Produktionsentwicklung bis auf den Stand des ersten Jahrzehnts des Jahrhunderts zurückgefallen war. Der Lebensstandard der Arbeiter und kleinen Angestellten lag in der Nachkriegszeit noch deutlich unter dem Niveau der Kaiserzeit. Aber auch ein Blick auf die anderen Marktwirtschaften in Westeuropa und Nordamerika war nicht tröstlich. Die Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933 hatte in allen Staaten, selbst den USA,

Großbritannien und Frankreich, zu tiefen Produktionseinbrüchen, Massenarbeitslosigkeit und Verarmung geführt, aus dem sich Deutschland nur über eine Rüstungskonjunktur in Vorbereitung auf den Zweiten Weltkrieg herausrettete. Als einziges Land von weltwirtschaftlicher Bedeutung hatte die Sowjetunion die Weltwirtschaftskrise ohne Produktionseinbrüche überstanden, in der Industrie sogar beträchtliche Wachstumsraten verzeichnen können. Auch von Massenarbeitslosigkeit blieb die UdSSR verschont. Als einziges Land hatte die Sowjetunion – schon unter Lenin – die Unternehmen in Staatseigentum überführt. Als einziges Land ging die UdSSR 1929 zur Volkswirtschaftsplanung über. Dem ersten "stalinschen" Fünfjahrplan folgten in den 30er Jahren weitere. Während des Zweiten Weltkrieges gelang es der Sowjetunion, sich nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich gegenüber dem "Dritten Reich" zu behaupten. Bei einem Vergleich zwischen Plan und Markt während der Jahre zwischen 1914 und 1945 meinten aufmerksame Beobachter, auch in Mittel- und Westeuropa, dass die Planwirtschaft sich als die stärkere, zukunftsfruchtigere Wirtschaftsform erwiesen habe.

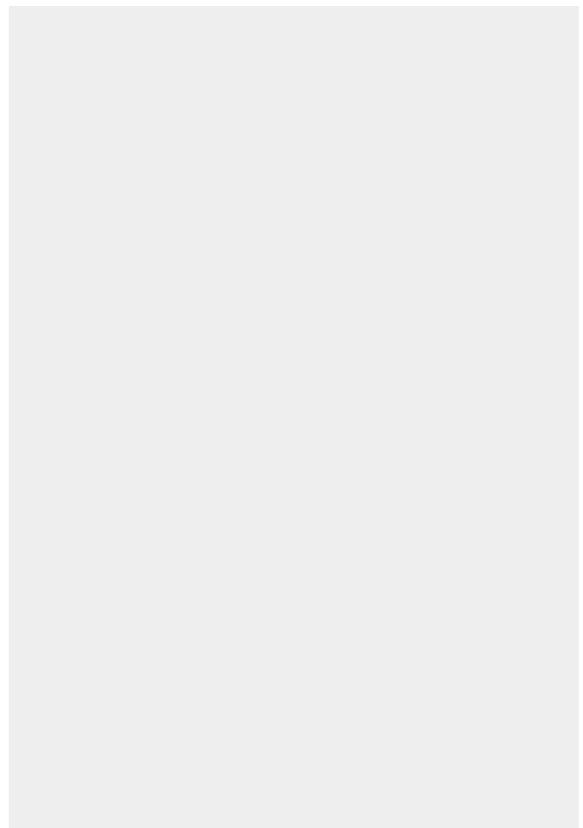
1.2. Brauchbar für Notzeiten: Bewirtschaftung und Wirtschaftsplanung als Interimslösung in Deutschland nach 1945

In den ersten Monaten nach Kriegsende dachte in Deutschland aber kein Politiker laut

darüber nach, welches Wirtschaftssystem, ob Marktwirtschaft oder Planwirtschaft, das Bessere für das Land sei. Solange es um das bloße Überleben ginge, so eine weit verbreitete Meinung, könne man die Wirtschaft nicht dem "freien Spiel der Kräfte" überlassen. Die Alliierten, ob nun Sowjets, Briten, Amerikaner oder Franzosen, waren gleicher Meinung und bemühten sich auf der Grundlage planmäßiger Verteilung von Konsumgütern (Rationierung) und Material sowie Maschinen (Kontingentierung) die im Mai 1945 zusammengebrochene deutsche Wirtschaft wieder auf die Beine zu bringen. Als die SED 1946 in der Sowjetzone erklärte "unter den heutigen Bedingungen des Mangels an Rohstoffen, Transportmitteln, Brennstoffen und vielem anderen wird das volkswirtschaftliche Vorwärtskommen nur gesichert durch Wirtschaftsplanung", konnte sie sich auch auf die

Plakat 1946

(Foto: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar,
Fotosammlung S 38)



Mehrheitsmeinung in CDU und LDP stützen. Unmittelbar nach dem Kriege ließ sich also Einigkeit im Block in der Frage der Lenkung der Wirtschaft relativ leicht herstellen. Leichter jedenfalls als bezüglich der unter sowjetischer Regie 1945 und 1946 vorgenommenen Beschlagnahmungen von Konzernbetrieben. Jedoch wurde selbst die im Land Sachsen für den Juli 1946 angeordnete Volksabstimmung über die Enteignung von "Naziaktivisten und Kriegsverbrecher" noch nicht als Vorentscheidung für die Planwirtschaft angesehen. Wohl zu Recht, wenn man die Ausführungen eines leitenden Vertreters der Sowjetischen Militäradministration (vermutlich Major Tjulpanow) ernst nimmt, der im Herbst 1947 vom sächsischen Volksentscheid als "Kampagne von vorübergehender Bedeutung" sprach und bedauerte, dass die SMAD sich mit "dieser Frage zu wenig beschäftigt" habe. "Wir haben uns beruhigt, als das Gesetz über die Übereignung dieser Betriebe in die Hände des Volkes angenommen war. ... Das Gesetz wurde angenommen und die Sache nicht zu Ende geführt".

Selbst der LPD-Funktionär Alphons Gaertner, der in Thüringen das Landesamt für Wirtschaft und Ernährung leitete und später zu einem der schärfsten Kritiker der wirtschaftlichen Vorstellungen der SED wurde, bekannte sich im Juli 1946 auf einer Wirtschaftskonferenz des Landesblocks in Jena zur Planung als geeigneter Lenkungsmethode gegen die wirtschaftliche Not: "Wir werden solange Planwirtschaft betreiben müssen, wie wir Mangel haben." Gaertner fügte aber ebenso deutlich hinzu: "Wenn wir wieder alle aus der Fülle leben können, brauchen wir keine Wirtschaftsplanung mehr."

1.3. Der Zweijahrplan: Die Auseinandersetzung um die Wirtschaftsverfassung Ostdeutschlands im Sommer 1948

Als es im Frühsommer 1948 zwischen den "bürgerlichen" Blockparteien und der SED zur öffentlich geführten Auseinandersetzung um die zukünftige Wirtschaftsverfassung Ostdeutschlands kam, war noch nicht daran zu denken "in Fülle" zu leben. Wenn es nach LDP und CDU gegangen wäre, hätte man den Kompromiss über das Lenkungssystem, den man mit dem Slogan "Wirtschaftsplanung in der Not, freie Wirtschaft nach ihrer Überwindung" kennzeichnen könnte, noch etliche Jahre beibehalten. Doch viel früher als sich das die Blockparteien gedacht hatten, fiel die Entscheidung über das wirtschaftliche Lenkungssystem der Ostzone. Im ersten Halbjahr 1948 wirkten einige Faktoren auf die Sowjetische Besatzungszone ein. Der erste dieser Faktoren war die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung (in allen Zonen) mit den mageren Ergebnissen der Nachkriegspläne (im Volksmund oft auch als Planwirtschaft bezeichnet). Auch Fritz Selbmann, der spätere Industrieminister der DDR, musste zugeben, "dass ein großer Teil der Menschen ... geneigt ist, die Wirtschaftsplanung oder das, was sie dafür halten, zum einem Teil für diesen Mangel verantwortlich zu machen". Wenn sich CDU und LDP im Sommer 1948 in der Auseinandersetzung mit dem Zweijahrplan der SED darauf bezogen, dass "zur Zeit von weitesten Kreisen der Bevölkerung der Planungsgedanke abgelehnt" wird, konnte man ihnen von Seiten der SED-Führung eigentlich nicht widersprechen.

Ein zweites Moment, dass zur Entscheidung über das wirtschaftliche Lenkungs-

system der SBZ drängte, kam wesentlich von außen: Bis zum Jahre 1948 hatte sich der Kalte Krieg zwischen den ehemaligen Alliierten, die gegen Hitler gekämpft hatten – den USA, Großbritannien und Frankreich auf der einen und der UdSSR auf der anderen Seite – verschärft. Die jeweiligen Besatzungszonen wurden daher stärker als bisher in das eine oder das andere Lager integriert. Für die SBZ drängte die sowjetische Seite nunmehr auf ein Ende des zunächst geduldeten „besonderen deutschen Wegs zum Sozialismus“. Die SMAD forderte die Umgestaltung der Organisationsstruktur der SED nach sowjetischem Vorbild als „Partei neuen Typus“ und eine stärkere Annäherung der Eigentumsverhältnisse in der Wirtschaft und der Wirtschaftslenkung an das sowjetische Vorbild. Im April 1948 vollzog die SMAD, was Tjulpalow bereits im Herbst 1947 vorgeschlagen hatte: Die Periode der Beschlagnahme wurde beendet. Die Fabriken der „Monopolisten und Kriegsverbrecher“ wurden zum als „Volkseigentum“ bezeichneten Staatseigentum. Am 30. 6. 1948 – Deutschland war im gleichen Monat in zwei Währungsgebiete geteilt worden – beschloss die SED-Führung auf ihrer 25. Tagung den „Zweijahrplan für 1949/50“. Weder die SED noch die SMAD hielten es allerdings für ratsam, den sich nach Methode und Zielstellung an das sowjetische Vorbild anlehenden „Wirtschaftsplan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ ohne Zustimmung der Blockparteien verbindlich zu verkünden. Denn in der Deutschen Wirtschaftskommission, einer Art provisorischen Wirtschaftsregierung für die Ostzone, hatten auch LDP und CDU Sitz und Stimme. An den Vorständen beider Parteien war es nun, zu entscheiden, ob man den neuen Schritt der

„Sowjetisierung“ der Ostzone hinnahm. Gerade hatten die Parteien die juristische Fixierung der Enteignungsmaßnahmen von 1945/46 zwei Monate zuvor hinnehmen müssen, da sie von sowjetischer Seite per Dekret verkündet worden waren. Als Alternative bestand nun die Möglichkeit gegen den weiteren Sowjetisierungsschritt in der Wirtschaft anzugehen. CDU und LDP entschieden sich für die Auseinandersetzung mit der SED-Führung: „Die Zeiten,“ monierte der Chef der CDU, „wo Parteien dem Staat befehlen, sind hoffentlich für alle Zeiten vorbei.“ Die LDP-Führung warf der SED Verletzung der Blockpolitik vor. In einem Leitartikel der Parteizeitung „Der Morgen“ vom 2. Juli 1948 hieß es zum von der SED vorgeschlagenen Verfahren, den Zweijahrplan zum Gesetz erklären zu lassen: „Das berührt sehr energisch, um nicht zu sagen, brutal, das Verhältnis der Zusammenarbeit ...“.

Die inoffiziellen und offiziellen Kommentare der beiden Blockparteien fielen weitaus geharnischter aus, als sich die SED-Führung das vorgestellt hatte. Das hatte mit einem dritten Faktor zu tun, der zur Aufgabe der Unentschiedenheit in der Frage der Wirtschaftsverfassung der SBZ beitrug. Es handelte sich um die Entscheidung für die Marktwirtschaft in den Westzonen. Die Währungsreform vom 20. Juni 1948 hatte nicht nur den Wechsel von einer entwerteten Währung – der Reichsmark – zu einer stabilen Währung – der D-Mark – gebracht. Mit der Annahme des von Ludwig Erhard durchgesetzten Leitsatzgesetzes wurde auch der Übergang vom System der Bewirtschaftung und Wirtschaftsplanung der Nachkriegszeit zur freien Marktwirtschaft erreicht. Die beiden Blockparteien der Ostzone waren damals noch über Koordinierungsausschüsse und persönliche Kontakte mit ihren Partnerparteien im Westen eng

verbunden. Zweifellos hatten die konsequenten Gegner der Planwirtschaft in LDP und CDU durch den ordnungspolitischen Wechsel in den Westzonen Auftrieb erhalten.

1.4 Die erzwungene Entscheidung für die Planwirtschaft im Herbst 1948

Am 2. August 1948 übersandte die CDU der Ostzone ihr "Wirtschafts- und Sozialprogramm" der DWK – gewissermaßen als Konkurrenzvorlage zum SED-Entwurf. Während die CDU dabei an einer "volkswirtschaftlichen Rahmenplanung" bei freiem Wettbewerb im Detail festhalten wollte, beharrte die LDP in ihrer Antwort auf der Ablehnung jeder Art von Planung für die Zukunft.

Der Parteivorsitzende der SED und spätere erste DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl sprach auf einer öffentlichen Kundgebung in Suhl von "verkrampten parteipolitischen Vorstellungen" der Blockparteien. Bruno Leuschner, ab Herbst 1949 Planungsminister, unterstellte wenig später, dass diejenigen Kräfte, "die den Plan verneinen... den alten Weg gehen, den wir schon einmal gegangen sind" – zurück zur Herrschaft des Großkapitals nämlich.

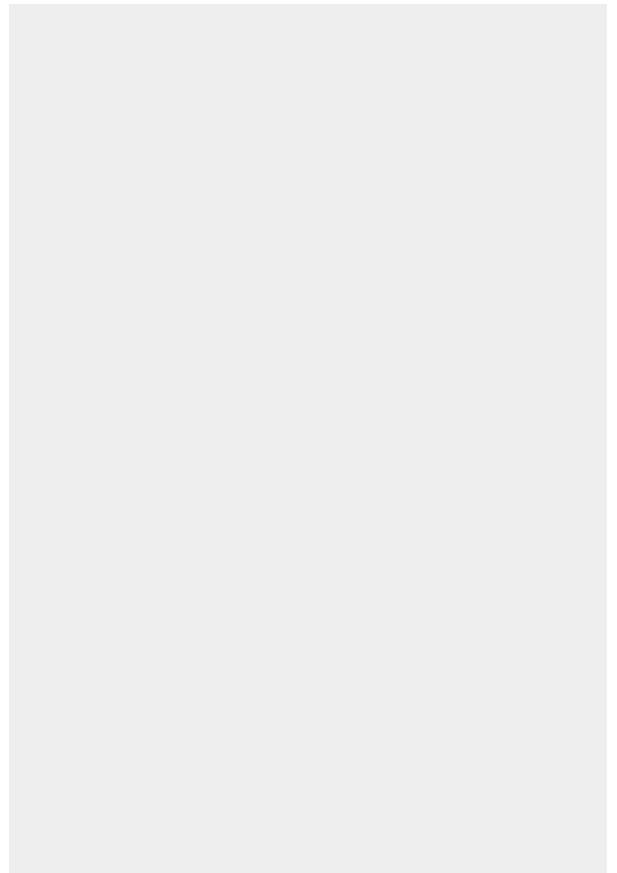
Auf dem CDU-Parteitag Mitte September 1948 ermahnte auch der als Gast anwesende Tjulpanow die Unionsfreunde zur Annahme. Die SED-Führung war vor allem bestrebt, ein gemeinsames Vorgehen von CDU und LDP gegen den Zweijahrplan zu verhindern. Der SED-Planungschef Bruno Leuschner ging gegen die Vorstellungen der LDP scharf vor. Er warf der Partei vor, durch Verzicht auf eine umfassende Planung "die

Industrie in der sowjetischen Besatzungszone zu Grunde zu richten". Mit dem "Wirtschafts- und Sozialprogramm" der CDU ging er dagegen behutsamer um: Die von der SED beherrschte DWK stellte die Bildung einer Kommission "zur weiteren Prüfung und Verarbeitung der CDU-Vorschläge" in Aussicht, "weil sich eine Reihe von Grundgedanken in diesem Programm als wertvolle Ergänzung des Zweijahrplanes erwiesen hätten". Zwar hörte man von dieser Kommission nie etwas, doch gab die CDU-Führung ihren Widerstand gegen den Zweijahrplan auf. Bei der LDP dauerte es etwas länger. Am 9. Oktober gab aber auch die LDP-Spitze zu Protokoll: "Die LPD übernimmt die volle Mitverantwortung für die Durchführung des Zweijahrplanes in Zusammenarbeit volkseigener und privater Betriebe". Möglich wurde dieses "Umfallen" erst, nachdem die hartnäckigsten Verfechter der Marktwirtschaft in der LDP-Führung die Sowjetzone in Richtung Westen verlassen hatten. In einem Brief an einen gleichgesinnten Parteifreund schrieb Alphons Gaertner vor seiner Flucht: "Ich sehe keine Möglichkeit mehr, in der sowjetisch besetzten Zone im Rahmen der liberal-demokratischen Partei eine sinnvolle politische Wirksamkeit zu entfalten. Der anmaßende Anspruch der SED auf Alleinherrschaft, der in den letzten Wochen immer lauter erhoben wird, würde keineswegs geltend gemacht werden, wenn sich diese Partei nicht der vollkommenen Zustimmung der Besatzungsmacht versichert hätte. Ich bin aber nicht bereit, die Reihe der Opfer fortzusetzen, die ich – um überhaupt politisch wirken zu können – meiner eigenen Überzeugung gebracht habe."

Immerhin, ein kleines Zugeständnis musste die SED-Führung den gegen die Planwirtschaft opponierenden Kräften in CDU und

LDP doch machen. Sie verzichtete darauf, den Zweijahrplan von der DWK als Gesetz beschließen zu lassen und begnügte sich damit, ihn als "geistige Grundlage" für die später verabschiedeten Gesetze zum Jahresvolkswirtschaftsplan 1949 bzw. 1950 gelten zu lassen.

2. Die wirtschaftliche Ausgangslage Ostdeutschlands 1949



2.1. Industrielle Basis und Kriegsschäden

Deutschland war vor dem Zweiten Weltkrieg nach den USA und der Sowjetunion das drittgrößte Industrieland der Erde. Sein mittlerer Teil, die spätere Sowjetische Besatzungszone, war – ungeachtet der ausgedehnten Ländereien der Großgrundbesitzer in Mecklenburg und Brandenburg – hinter dem westlichen Teil industriell nicht zurückgeblieben. Industrialisierungsgrad und Industriedichte waren sogar etwas höher. Lediglich in der Arbeitsproduktivität gab es einen Rückstand zum Westen von 12 %.

Mit Beginn der Kriegsvorbereitungen 1936 begann die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik dem heutigen Ostdeutschland besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Nach den Erkenntnissen von Mitte der 30er Jahre war dieser Teil Deutschlands sicher gegen Bombenangriffe, weswegen neben dem Ausbau der Braunkohlechemie vor allem Rüstungsindustrien zwischen Ostsee und Erzgebirge neu angesiedelt wurden. Von 1936 bis 1944 – dem Jahr, als die Kriegsproduktion ihren Höhepunkt erreichte – wuchs das industrielle Bruttoprodukt der späteren SBZ um 65 %. Der Industrialisierungsvorsprung des späteren Ostdeutschlands wurde dadurch weiter verstärkt. Daran konnten auch die seit etwa 1942/43 eintretenden Kriegsschäden, die durch alliierte Luftangriffe und 1945 durch Erdkämpfe („Schlacht um Berlin“) bewirkt wurden, grundsätzlich nichts ändern. Etwa 15 % der ostdeutschen Industriekapazität des Jahres 1944 fiel dem Krieg zum Opfer. Damit verfügte das Land im Jahre 1945 immer noch über ein größeres Industriepotenzial als vor dem Zweiten Weltkrieg.

2.2. Schwere Kapazitätsverluste durch Demontagen

Wesentliche Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland kamen nicht durch die Kriegszerstörungen, sondern durch die Kriegsfolgelasten zu Stande, vor allem durch das unterschiedliche Niveau der Demontagen. Dazu waren in Jalta 1944 und Potsdam im August 1945 zwischen den Alliierten Abmachungen getroffen worden.

Danach hatten die Alliierten das Recht, jeder in seiner Zone kriegswichtige Industriegüter und Verkehrsanlagen abzubauen und für den Wiederaufbau im eigenen Land zu verwenden. Da die Sowjetunion die größten Kriegsschäden erlitten hatten, sicherte ihr das Potsdamer Abkommen zu, darüber hinaus „10 % der grundlegenden Industrieanlagen, die für die deutsche Friedenswirtschaft nicht erforderlich sind“, aus den anderen Zonen für sich zu reklamieren. Auf eine Obergrenze der Demontagen hatten sich die Alliierten nicht einigen können. Darauf konnte sich Georgij M. Malenkow, der dem für die Reparationen zuständigen sowjetischen Sonderkomitee vorstand, bei seinem harten Vorgehen in der SBZ stützen. Er gab auch sowjetischen Befürwortern einer mildereren Reparationspolitik gegenüber zu bedenken, dass das nach Aufhebung der Besatzung angestrebte einheitliche, neutrale, demokratische Deutschland nicht zum sowjetischen Einflussbereich gehören würde. Sollte es doch selbst mit den Folgen der Deindustrialisierung seines östlichen Teils fertig werden.

Malenkows Gegenspieler Anastas Mikojan, in Moskau verantwortlich für Wirtschaftsfragen des Besatzungsgebietes, vertrat dagegen schon im Herbst 1945, gestützt auf

Informationen der SMAD, die Auffassung, dass die beschlossene gemeinsame Reparationspolitik der Alliierten bald Opfer des zunehmenden sowjetisch-amerikanischen Gegensatzes sein würde. Die SBZ würde dann zum sowjetischen Einflussbereich geschlagen werden. Ein deindustrialisiertes und der Verelendung preisgegebenes Grenzland könne sich das sowjetische Imperium nicht leisten. Für den Wiederaufbau müsse die industrielle Basis Ostdeutschlands, die offensichtlich unter dem Krieg nicht sehr gelitten habe, erhalten bleiben. Die Reparationen seien zu stoppen.

Im Herbst 1945 hatte sich die "Mikojan-Linie" noch nicht durchsetzen können. Es wurde weiter heftig demontiert. Doch mit dem Befehl Nr. 167 der SMAD vom Juni 1946 kam es zu einer Umschwung in der Reparationspolitik der UdSSR. Mit diesem Befehl wurden mehr als 200 der zu demontierende Betriebe in das Eigentum der UdSSR überführt. Die Großbetriebe konnten damit der Sowjetunion gutgeschrieben werden, ihre Kapazitäten verblieben aber in der SBZ. Im September 1946 wurde Malenkows Sonderkomitee der SMAD unterstellt und im Mai 1947 gänzlich aufgelöst. Wegen des enormen Ausmaßes der Demontagen im ersten Jahr nach Kriegsende und auch wegen späterer kleinerer "Demontagewellen" – insgesamt zählte man bis 1948 fünf – wurde das 1944 vorhandene industrielle Anlagevermögen Ostdeutschlands um fast ein Drittel reduziert. Vor allem handelte es sich um kriegsverwendungsfähige Anlagen der Metallurgie und des Fahrzeug- sowie des Maschinenbaus – zum Ersatz der durch den Krieg zerstörten sowjetischen Produktionsanlagen. Aber auch die Ernährungs-, Textil- und Bekleidungsindustrie war von Demontagen betroffen. Allerdings hatte die Deindustrialisierung nicht

nur einen quantitativen Aspekt. In mancher Hinsicht schwer wiegender als das Ausmaß der Demontagen waren deren Auswirkungen auf das Produktivitätsniveau. Abgebaut wurden vor allem Anlagen von hohem technischen Niveau. Nachdem die modernsten Maschinen abtransportiert waren, griffen viele Werke, um weiterproduzieren zu können, auf völlig veraltete Technologien zurück. Dadurch stiegen der Reparaturbedarf und der Anteil der Handarbeit sprunghaft an. Die Produktivität sank im Vergleich zur Vorkriegszeit signifikant ab.

2.3. Wiederaufbau unter erschwerten Bedingungen

Unmittelbar nach Kriegsende ging es um die Wiedereingangssetzung der Produktion und die Wiederaufnahme von Bezugs- und Absatzbeziehungen. Noch im Laufe des Jahres 1945 gelang es, die im Frühjahr eingetretene Wirtschaftslähmung zu überwinden. Im Jahre 1946 bemühte man sich in den ostdeutschen Betrieben, auch die Beziehungen zu den in den Westzonen gelegenen traditionellen Kooperationspartnern wieder aufzunehmen – teilweise über den Interzonenhandel. Die Industrieproduktion erreichte in jenem Jahr 42 % des Niveaus von 1936. Je eher die Erzeugung in einem Zweig von einem sehr geringen Ausgangsniveau aus in ihren früheren Umfang hineinzuwachsen begann, desto mehr machten sich die Folgen der Demontagen bemerkbar. Die Wiederannäherung an den Vorkriegsstand (von 1936) geriet zeitweise bedenklich ins Stocken. Im wichtigsten ostdeutschen Industrieland, Sachsen, verringerte sich Produktionsausstoß gegenüber dem Vorjahr

zeitweise um 40 Prozent. Das hatte viel mit dem harten Winter 1946/47 und seinen Folgen zu tun; mehr aber noch mit nachlassender Arbeitsdisziplin zunehmend am Wiederaufbau zweifelnder Betriebsbelegschaften. Arbeiten für die Lebensmittelkarte, deren Rationen kaum den Hunger stillen konnten, lohnte sich für viele nicht. Allzu groß war 1947 die Versuchung, einen oder mehrere Tage der Arbeit fernzubleiben, aufs Land zu fahren, um sich mit Lebensmitteln zu versorgen, dem Schrebergarten oder dem Stückchen Feld den Vorzug zugeben. Der Lohn für die tägliche Arbeit hielt den – wie es schien – vergleichsweise mühelosen Verdienstmöglichkeiten auf dem Schwarzmarkt nicht stand. Das war der Teufelskreis, aus dem es auszubrechen galt, sollten die Anstrengungen beim Wiederaufbau 1945 und 1946 nicht verge-

bens gewesen sein. Den Durchbruch versuchte der 2. Kongress des FDGB, der Mitte April 1947 in Berlin tagte, mit der Losung *“Mehr produzieren – gerechter verteilen – besser leben”*. Oder, wie es bald auf den Punkt gebracht hieß: Erst besser arbeiten, dann mehr essen. Euphorisch konnte diese Vertröstung auf bessere Zeiten niemanden stimmen. Kritische Reaktionen gab es genug, zudem die Argumente der Kritiker auch nicht recht von der Hand zu weisen waren; wenn die etwa bemerkten, dass ein Motor, wenn man ihm keinen Treibstoff gibt, nicht anspringt. Das Erstaunliche ist, dass es trotzdem gelang, eine Anzahl Aktivisten, wie sie genannt wurden, zu finden, die höhere Produktionsleistungen erreichten und damit Unruhe und Diskussion um die Arbeitsdisziplin in die Betriebe brachten. Die Alternativlosigkeit der Losung trug zur Hebung der Arbeitsdisziplin ebenso bei wie die Gewährung bescheidener materieller Vergütungen für diejenigen, die regelmäßig zur Arbeit kamen und ihre Leistung zu steigern bereit waren. Die SMAD brachte im Oktober 1947 den Befehl Nr. 234 heraus, der u.a. ein tägliches warmes Betriebsessen denjenigen zusicherte, der auch täglich zur Arbeit kam. Im September 1948 wurde der unmittelbar nach dem Krieg abgeschaffte Akkordlohn als *“Leistungslohn”* in den Betrieben wieder eingeführt. Wer mehr arbeitete, erhielt jetzt mehr Geld. Was wichtiger war: Er konnte sich dafür auch mehr kaufen. Denn seit dem Herbst 1948 war es den Ostdeutschen möglich, in den neugegründeten staatlichen HO-Läden zusätzlich zu den Lebensmittelkartenrationen Güter des täglichen Bedarfs zu erwerben. 1949 erreichte der Anteil der Leis-

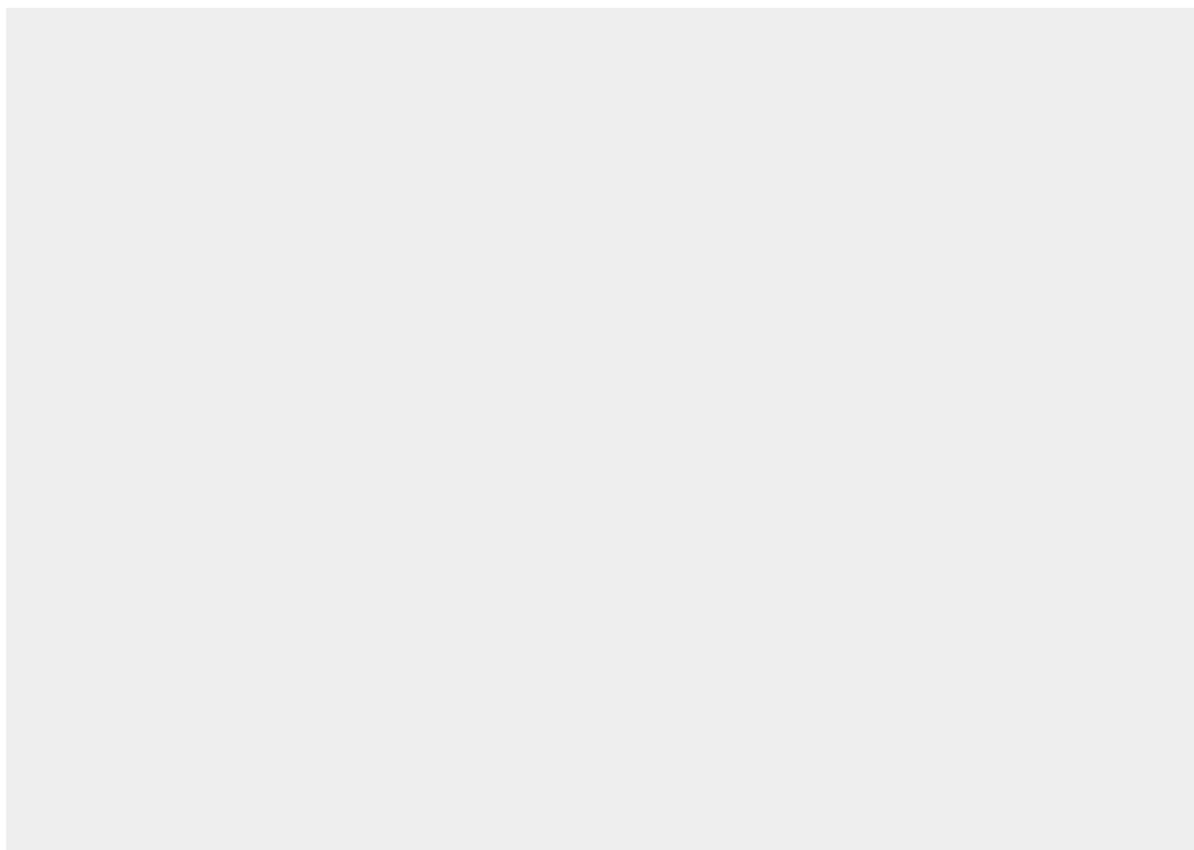
Plakat 1951

*(Foto: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar,
Plakatsammlung S 38)*

tungslöhner an der Gesamtzahl der Beschäftigten bereits 40%. Zwei Jahre zuvor hatte die Industrieproduktion 54% und ein Jahr später 60% des Niveaus von 1936 erreicht. Das Ergebnis von 1948 kam trotz einer die Kooperationsbeziehungen vieler ostdeutscher Betriebe empfindlich treffenden, durch die sowjetische Blockade Westberlins ausgelösten Unterbrechung des Zonenhandels zu Stande.

Im Jahre 1947 hatte es zeitweise so ausgesehen, als würde Ostdeutschland der Deindustrialisierung und Verelendung nicht entgehen können. Diejenigen, die das verhinderten, waren die Ostdeutschen selbst. Im

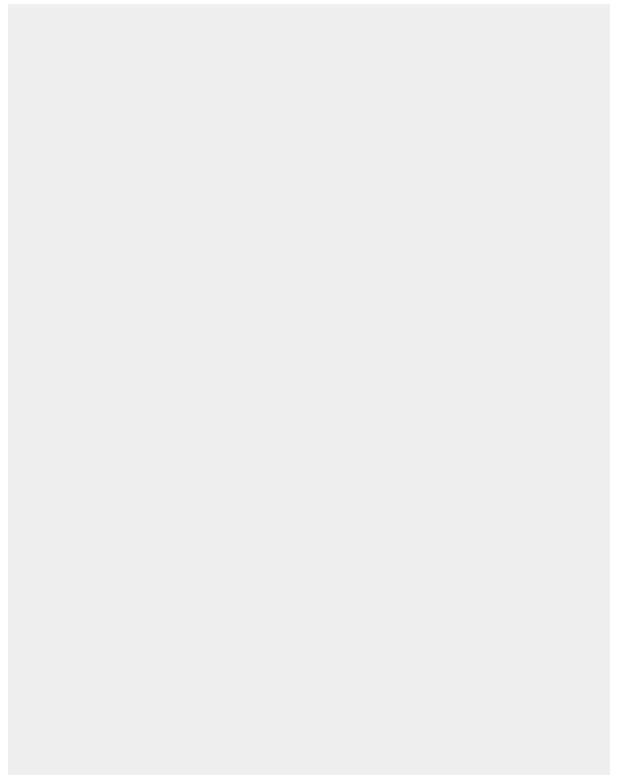
Jahre 1949 erreichte die Industrieproduktion 68% des Vorkriegs-Vergleichsjahres. In diesem Jahr, nach der Rückkehr der Mehrzahl der Kriegsgefangenen und der beginnenden Integration der Flüchtlinge in die Wirtschaft, arbeiteten in Industrie, Handwerk und Landwirtschaft mehr Personen als vor dem Krieg und konnten so die durch die Demontagen eingetretenen Produktivitätsverluste zu einem beträchtlichen Teil wettmachen. Auferstanden eher nach Demontagen als aus "kriegsbedingten Ruinen", lief die ostdeutsche Wirtschaft 1949 wieder, wenn auch – verglichen mit den marshallplangesponserten Westzonen – der Bundesrepublik hinterher.



(Foto: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Fotosammlung)

Lötinnen im RFT-Fernmeldewerk Nordhausen

3. Reparationen,
Fünfjahrplan, RGW:
Die wirtschaftliche
Orientierung auf die
UdSSR



3.1 Sowjetische Reparationen und DDR-Investitionslücke

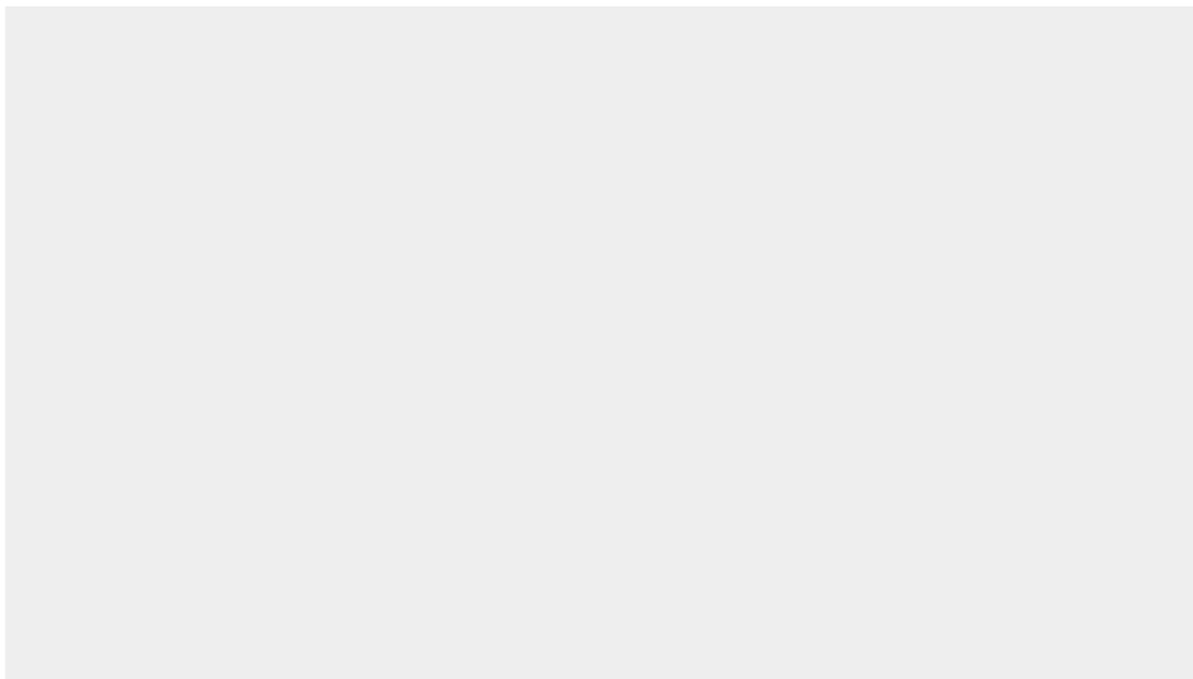
Die Auseinandersetzung innerhalb der sowjetischen Führung über das Ausmaß der Wiedergutmachungsleistungen, die aus dem Potenzial der sowjetischen Besatzungszone bestritten werden sollten, fand ihren Niederschlag auch im widersprüchlichen Verhältnis von Reparationen als Demontagen und als Entnahmen aus der laufenden Produktion. Je mehr sich bei der sowjetischen Führung die Erkenntnis durchsetzte, dass die SBZ in ihrem Einflussbereich verbleiben würde, desto wichtiger wurden die laufenden Lieferungen im Vergleich zu den Demontagen. In Ostdeutschland erreichte dieser Anteil 1945/46 fast 50% des Bruttosozialproduktes, lag bis 1949 etwa bei 30% und Anfang der 50er Jahre noch bei etwa 15%.

Für die Besetzten hatten die "Entnahmen aus der laufenden Produktion" auch positive Seiten. Die zuständigen sowjetischen Stellen lernten, dass die Reparationslieferungen in großen Ausmaß nur gesichert werden konnten, wenn die Demontagen eingeschränkt wurden. Demontagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion schlossen sich letztlich gegenseitig aus. Zweitens bemühten sich die mit der Erfüllung der Reparationspläne beauftragten sowjetischen Institutionen zwangsläufig um die Wiederankurbelung der ostdeutschen Industrie. In dieser Frage trafen sich die Interessen der SMAD mit denen der von der SED stark beeinflussten ostdeutschen Länderverwaltungen und denen der um ihre Arbeitsplätze bangenden Beschäftigten. Waren die Vorteile der Entnahmen aus der laufenden Produktion vor allem kurzfristiger Natur, so wirkten ihre Nachteile langfristig. Auch als nur noch ein Drittel bzw. ein Siebentel des Bruttosozial-

produkts (BSP) Ostdeutschlands ohne Entgelt in die Sowjetunion flossen, führte das zu einer deutlichen Schrumpfung der in der SBZ verfügbaren Produktion (dem Bruttoinlandsprodukt – BIP). Schnell wurde dies am Zurückbleiben des Lebensstandards gegenüber dem Westen Deutschlands deutlich. Da der Lebensstandard im Osten aber nicht beliebig gedrückt werden sollte, wurde dort vor allem an Investitionen gespart. Bis Ende der 50er Jahre konnte in der DDR keine grundlegender Erneuerung von Produktionsanlagen stattfinden. Es kam zu einer empfindlichen Investitionslücke, die in vielen Bereichen der Industrie und des Verkehrswesens dazu zwang, auch über das erste Nachkriegsjahrfünft hinaus, teilweise bis Ende der 80er Jahre, mit überalterten Anlagen aus dem ersten Viertel des Jahrhunderts zurechtzukommen.

3.2 Planwirtschaft nach sowjetischem Muster

Die SED-Führung war sich der durch Demontagen und Entnahmen aus der laufenden Produktion für die ostdeutsche Wirtschaft entstehenden Schäden durchaus bewusst. Bereits im Frühjahr 1947 hatte Fritz Selbmann in einem Memorandum, mit dem er bis Moskau vordrang, harsche Kritik an der sowjetischen Reparationspolitik geübt. Aber erst Anfang 1948 fanden seine Vorschläge teilweise bei der SMAD Gehör. Er und andere Wirtschaftsführer der SED blieben ungeachtet der Reparationsschäden optimistisch, was die bevorstehende Konkurrenz mit dem Westen um das erfolgreichere Wirtschaftssystem in Deutschland betraf. Sie meinten, mit der Planwirtschaft über ein Wirtschaftssystem von überlegener volkswirtschaftlicher



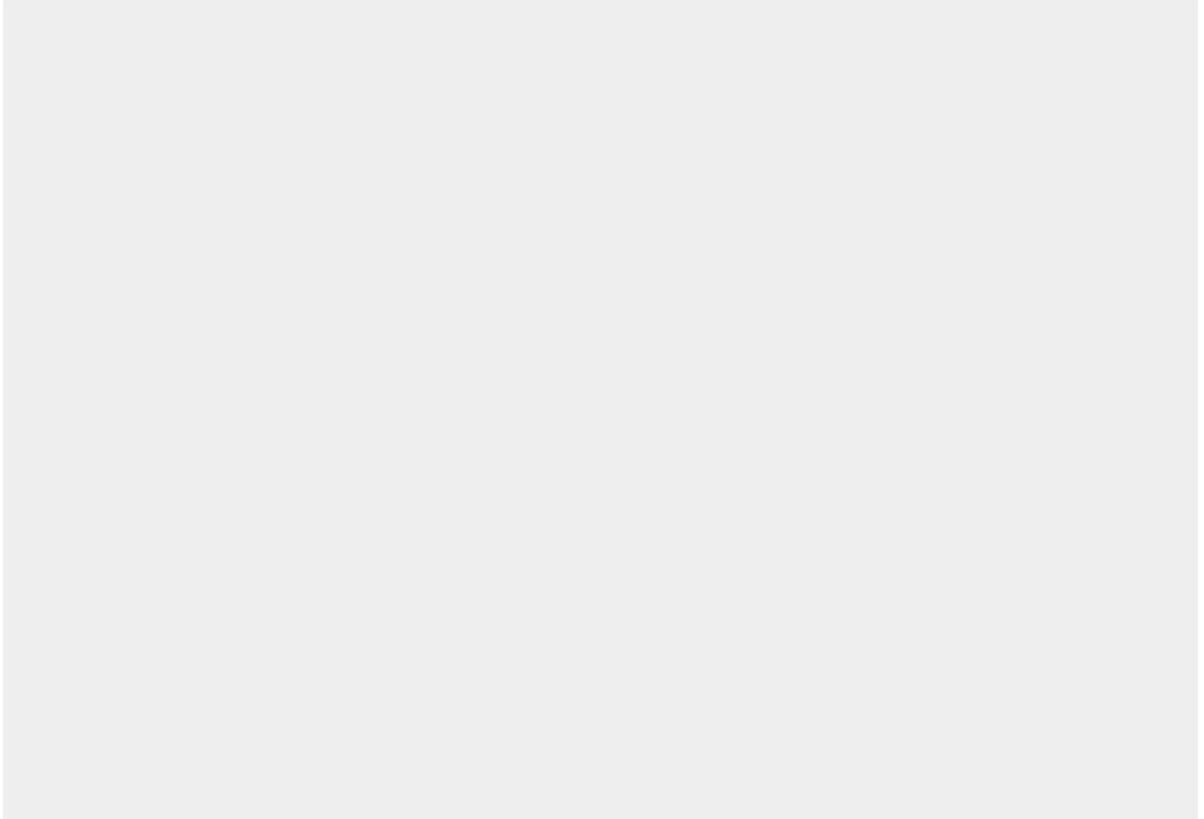
(Foto: Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V., Fotosammlung)

Messestand 1952

Effizienz zu verfügen. Auch die durch die teilweise Deindustrialisierung bedingten Rückstände Ostdeutschlands gegenüber dem Westen würden von "Plan zu Plan mehr" aufgeholt. Gemäß dem marxistisch-leninistischen Programm sollte ein gesellschaftlicher Wirtschaftsplan den Menschen (in Gestalt der Arbeiterklasse, vertreten durch die Staatspartei) erstmals in der deutschen Geschichte die Herrschaft über die Ökonomie und damit über ihr Leben in die Hand geben und die Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Ökonomie aushebeln. Fritz Selbmann drückte bereits 1948 diese Zuversicht so aus: "Wir werden bis zur letzten Maschine, bis zur letzten Produktionseinheit der volkseigenen Industrie durchplanen, und dann werden wir sehen, wer ist stärker: die geplante volkseigene Industrie oder die nichtgeplante freie Marktwirtschaft. ... Natürlich," fügte er hinzu, "ist die geplante Wirtschaft stärker, natür-

lich werden die Dinge dort, wo sie der Mensch mit seiner Vernunft anpackt, besser vorwärtskommen."

Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es, auch nach Vorstellung der SED zweier Voraussetzungen: Die SED musste erstens die Wirtschaft in der Hand haben. Sie rechtfertigte dies damit, dass nur sie, gestützt auf die "wissenschaftliche Weltanschauung" des Marxismus-Leninismus, über das Wissen verfüge, die zukünftige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zu bestimmen. Und diese mussten zweitens vom Zentrum aus straff geleitet werden. Wie das einzurichten war, hatte die Sowjetunion in den 30er Jahren vorgemacht: Wie dort berieten und entschieden das Politbüro (PB) des ZK der SED bzw. das Sekretariat alle grundlegenden wirtschaftlichen Fragen. Schlüsselpositionen besaßen dabei der Parteichef – in den 50er



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1988/0418/415)

Frankfurt/Oder: Mit hoher Qualität produzieren die Werktätigen der Verzinkungs- und Kunststoffbeschichtungsanlage des Eisenhüttenkombinates Ost den Bandstahl für in- und ausländische Kunden. 90 000 Tonnen solcher Bänder und Bleche werden im EKO hergestellt. Aus einer Tonne kaltgewalztem Blech können beispielsweise 40 Kühlschränke mit je 170 Liter Fassungsvermögen oder 30 Waschautomaten gefertigt werden. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

und 60er Jahren Walter Ulbricht – und das jeweilige für Wirtschaft zuständige Mitglied des Sekretariats bzw. des Politbüros des ZK, das auch die Arbeit der wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees (ZK) der SED leitete. In der Wirtschaftsleitung hatte die Staatliche Plankommission (SPK) eine herausgehobene Position. Der übergeordnete Status der Planungsbehörde ergab sich daraus, dass sie im Volkswirtschaftsplan die Verflechtungen zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen herzustellen sowie Produktion und Verbrauch in Übereinstimmung

zu bringen hatte. Ihr oblag es auch, die Dominanz der "Schwerpunktzweige" gegenüber den Nichtschwerpunktzweigen bei der Versorgung mit Investitionsmitteln, Zulieferungen und Arbeitskräften im Plan festzuschreiben.

Die unmittelbare operative Leitung der Wirtschaft vollzog sich über verschiedene Leitungsebenen eines hierarchischen Lenkungssystems, an dessen Spitze Ministerien standen, die für bestimmte Industriebereiche und -branchen zuständig waren, z.B. für

Schwer- bzw. Leichtmaschinenbau. Unterhalb der Ministerien existierten Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) bzw. Kombinate. Sie fassten in der Regel die Betriebe einer Branche zusammen, die die unterste Leitungsstufe bildeten. Über Mitglieder in allen Wirtschaftsleitungen übte die SED Einfluss auf die Betriebe und wirtschaftsleitenden Institutionen aus. Entscheidend für das Verhältnis zwischen Wirtschaftsleitung und Parteiapparat war jedoch, dass Beschlüsse der Parteispitze von den staatlichen Instanzen zu übernehmen waren. Auch die SPK konnte keine Grundsatzentscheidungen treffen, sondern hatte sie dem SED-Politbüro vorzulegen.

Der erste längerfristige Plan, der entsprechend diesem Muster aufgestellt und über Jahrespläne verwirklicht wurde, war der 1. Fünfjahrplan (1951–55). Auf sein Zustandekommen übten auch Berater der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), die als Nachfolgerin der SMAD bis 1954 wirkte, Einfluss aus.

3.3 Die Wirtschaftsbeziehungen DDR – UdSSR in den 50er und 60er Jahren

Die Ausrichtung der Wirtschaftsbeziehungen der DDR auf den Osten ergab sich jedoch nicht aus einem Diktat sowjetischer "Berater". Sie war das Ergebnis zweier Entwicklungen, die bereits in der zweiten Hälfte der 40er Jahre ihren Anfang genommen hatten: der Reparationslieferungen und des Kalten Krieges. Die Reparationslieferungen an Gütern, vor allem des Maschinenbaus, die die Sowjetunion für ihre Industrialisierungsprojekte benötigte, wurden im Verlaufe des

1. Fünfjahrplanes immer mehr in normale, d.h. durch Gegenlieferungen, meist Lebensmittel und Industrierohstoffe, kompensierte Handelsbeziehungen übergeleitet. Der sich Anfang der 50er Jahre weiter verschärfende Kalte Krieg ließ den Interzonenhandel zum Spielball der Politik werden. Anfang der 50er Jahre wurden auf Intervention der Westalliierten Lieferungen in die DDR zeitweise oder punktuell ausgesetzt. Ende der 50er Jahre drohte die Bundesregierung mit dem völligen Abbruch des Interzonenhandels. Das überwiegend auf mittel- und längerfristige Bezugsquellen ausgelegte System der Wirtschaftsplanung musste schon aus Gründen der "Planungssicherheit" seine grenzüberschreitende Wirtschaftsströme stärker auf die Sowjetunion und Osteuropa ausrichten. Dort war 1949 der "Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) gegründet worden, dem die DDR 1950 beitrug. Mit den RGW-Ländern, besonders dem Industrieland Tschechoslowakei und den auch über industrielle Exportkapazitäten verfügende Polen und Ungarn, ergänzte die DDR ihre hauptsächlich auf Kooperation mit der UdSSR beruhenden Handelsbeziehungen in Richtung Osten.

In den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zur Sowjetunion fand in der zweiten Hälfte der 50er Jahre eine bemerkenswerte Änderung statt. Hatte die DDR bis 1954 durch Reparationslieferungen (z.T. aus den in diesem Jahr mit Ausnahme der Wismut-AG zurückgegebenen SAG-Betrieben) der UdSSR mehr gegeben, als sie zurückerhielt, so kehrte sich das Verhältnis in der zweiten Hälfte der 50er Jahre um. Der neue KPdSU-Partei- chef, Nikita Chruschtschow versuchte, den Westen zur "Politik der friedlichen Koexistenz" zu überreden und propagierte den Übergang vom militärischen zum wirtschaft-

lichen Wettbewerb. Zu diesem Zweck erhielten alle "sozialistischen Länder" wirtschaftliche Ein- und Überholziele gegenüber prominenten Staaten des westlichen Lagers. Für die DDR war es – vom Volk bis zur Führung – selbstverständlich, dass sie sich auf die Bundesrepublik fixierte. Im Jahre 1958 verkündete Parteichef Ulbricht als wirtschaftspolitische Strategie, die Bundesrepublik einzuholen. Das sollte hinsichtlich des Pro-Kopf-Verbrauchs bis 1961 geschehen. So schnell ließen sich aber selbst auf dem Papier die Produktionskapazitäten der DDR nicht steigern. Der dann 1959 verabschiedete Siebenjahrplan (1959 – 1965) legte von der Produktionsseite her als Einholjahr 1965 fest. Die Differenz zwischen der vorgesehenen Verbrauchsangleichung (1961) und Produktionsangleichung (1965) versprach Chruschtschow mit Lieferungen und Krediten (darunter auch solche in harter Währung zu Einkäufen auf dem Weltmarkt) zu überbrücken. Als Ende der 50er Jahre die Sowjetunion in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, konnte Chruschtschow seine "Schaufenster-Zusagen" nur noch teilweise einhalten. Nicht nur die damit gerissenen Lücken, sondern fehlende Arbeitskräfte infolge zunehmender, von der DDR-Führung als "Republikflucht" bezeichnete Abwanderung von Arbeitskräften in den Westen sowie Investitionsspannen und die überstürzte Beendigung der 1952 begonnenen "Vergensenschaftlichung" in der Landwirtschaft führten in der DDR zu einer krisenhaften Situation. Die Machthaber in Berlin sahen keinen anderen Ausweg als 1961 den Bau der Mauer zu befehlen; den Siebenjahrplan mussten sie aufgeben. Mit der Abschottung der Grenze endete der Verlust an Arbeitskräften durch Abwanderung. Die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung in der Sowjetunion Anfang der 60er Jahre war ein wesentlicher Grund für

den Sturz Chruschtschows 1964. Sein Nachfolger Breschnew hatte keinerlei Interesse mehr an einer bevorzugten Behandlung der DDR im Rahmen des RGW. Nachdem die SED-Führung Mitte der 60er Jahre erkannt hatte, dass es mit der sowjetischen "Schaufensterpolitik" vorbei war, konzentrierte sie sich bei den weiterhin angestrebten "besonderen Beziehungen" zur UdSSR auf die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Seit 1963 lief die Wirtschaftsreform um Effizienz an. Und die SED-Führung erhoffte sich vor allem Vorteile aus der Zusammenarbeit mit der UdSSR auf den Gebieten der Mikroelektronik, der Halbleitertechnik und der elektronischen Messtechnik.

Die 1964 einsetzenden Bemühungen um bilaterale Abkommen zur Unterstützung beim Aufbau einer Datenverarbeitungsindustrie in der DDR führten zu keinem für die DDR befriedigenden Ergebnis. Vor allem Einsprüche der um Geheimhaltung besorgten sowjetischen Militärs verhinderten die Zusammenarbeit. Zu Stande kam jedoch – wenigstens die Entwicklung von EDV-Anlagen betreffend – an Stelle des bilateralen ein multilaterales Abkommen der Sowjetunion mit der DDR und anderen RGW-Ländern. Das 1969 abgeschlossene Regierungsabkommen über eine arbeitsteilige Entwicklung und Produktion von EDV-Anlagen, peripheren Geräten sowie den dazu gehörigen Systemunterlagen griff. Das Projekt umfasste RGW-weit mehr als 20.000 Wissenschaftler und Konstrukteure sowie rund 300.000 Beschäftigte in etwa 70 Betrieben der elektronischen Industrie. Die DDR stellte nach der Sowjetunion für das ESER-Projekt die größten Kapazitäten zur Verfügung. Das ESER-Programm führte zwar nicht zu einem Überholen des Westens, reduzierte aber zwischenzeitlich den technischen Rückstand. Bei einzelnen Produkten, die oft Nach-

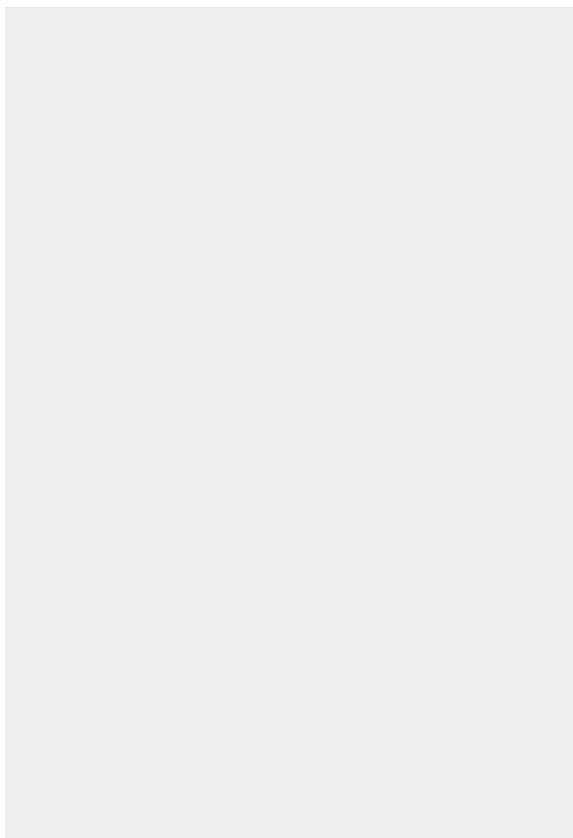
entwicklungen von westlichen Geräten (IBM) waren, fand man in den 70er Jahren Anschluss an die Weltspitze. Der bundesdeutsche EDV-Experte und DDR-Kenner Klaus Krakat schrieb in dieser Zeit, dass "in der DDR das technische Entwicklungsniveau des Westens auf dem Gebiet der Datenfernübertragung annähernd erreicht worden (sei). Bemerkenswert ist auch, dass mit der Realisierung des ESER-Projekts eine Kompatibilitätsniveau realisiert worden ist, welches über die im Westen erreichte Koordination hinausgeht."

Umso enttäuschender war für die DDR, dass die sowjetische Seite 1978 eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten auf

dem Gebiet der Mikroelektronik kategorisch ausschloss. Auch diesmal waren Befürchtungen um Geheimnisverrat des sowjetischen militärisch-industriellen Komplexes ausschlaggebend. In den 70er Jahren bestimmten allerdings neben den wissenschaftlich-technischen zunehmend andere Probleme die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR.

3.4 Die Wirtschaftsbeziehungen DDR – UdSSR in den 70er und 80er Jahren

Während der 70er Jahren führten die Erdölpreisschocks von Ende 1973 und Ende 1979 zu weltwirtschaftlich beträchtlichen Turbulenzen bis hin zu Wirtschaftskrisen in den wichtigsten westlichen Industrieländern 1974 – 1975 und 1980 – 1982. Die DDR fühlte sich davon zunächst wenig betroffen, verfügte der RGW doch über ein vom Weltmarkt abgekoppeltes Preissystem mit Festpreisen für jeden Fünfjahrplanzeitraum. Zum Zeitpunkt des ersten Erdölschocks galt im RGW ein auf dem Durchschnitt der Weltmarktpreise von 1966 – 1970 berechnetes Preisniveau. Die DDR profitierte von diesen Preisgefällen, indem sie – verglichen mit den Weltmarktpreisen – von 1970 bis 1973 jährlich 1,6 Mrd. M einsparte. Doch war die Sowjetunion auf die Dauer nicht gewillt, die Ausblendung der Weltmarktentwicklung durchzuhalten. Als Kompromiss einigte sie sich mit den "erdölarmer" RGW-Ländern schließlich auf ein gleitendes Preisniveau, das zwar das plötzliche Emporschnellen der Rohstoffpreise verhinderte, die Preissteigerungen aber mit einigen Jahren Verzögerung doch noch wirksam werden ließ. Für die DDR hatte das zur Folge, dass sie für die gleiche Menge Erdöl



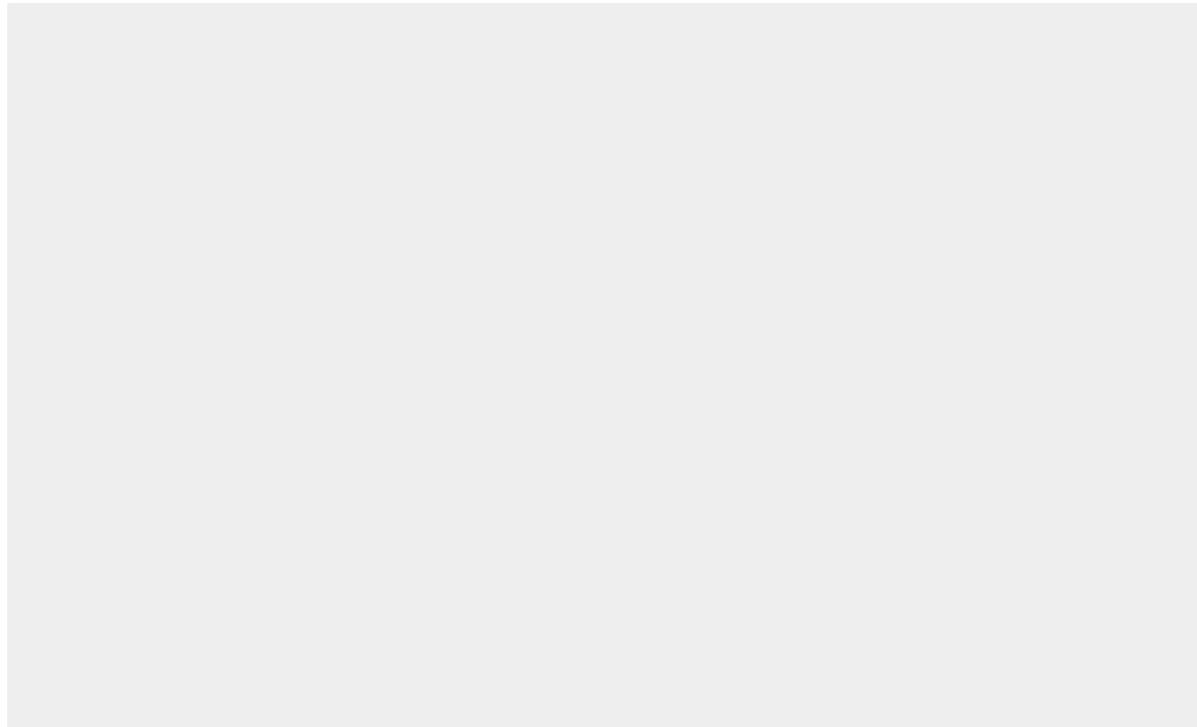
(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

Röhrenprüfautomat im Messgerätewerk des VEB
Funkwerk Erfurt um 1963

aus der Sowjetunion von Jahr zu Jahr mehr Maschinen und Anlagen liefern musste.

Verheerender jedoch als diese Preiserhöhungen erwies sich die verschärfte Konkurrenz, der sich die DDR für ihre Produkte auf den westlichen Märkten gegenüber sah. Als Honecker 1971 an die Macht kam, hatte er bald darauf seine Strategie der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" verkündet, die er auch mit Westimporten der Bevölkerung schmackhaft zu machen trachtete. Hinzu kam eine ausgedehntere Fortführung des bereits unter Ulbricht begonnenen Imports von westlichen Industrieanlagen. Beides führte unter den durch die Erdölpreisschocks verschlechterten Absatzbedingungen für ostdeutsche Produkte zu einer unausgeglichene Handelsbilanz mit dem Westen. Die Verschuldung der DDR in harter Währung nahm allein zwischen

1975 und 1982 von 8,9 Mrd. DM auf 26,1 Mrd. DM zu. Polen, Ungarn und Rumänien, die eine ähnliche Importpolitik bei Investitionsmitteln verfolgt hatten, konnten ihre Westschulden nicht mehr zurückzahlen und mussten Umschuldungsprogramme mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) vereinbaren. Anfang der 80er Jahre geriet auch die DDR bei westlichen Banken in den Verdacht, zahlungsunfähig zu sein. Um der drohenden Insolvenz vorzubeugen, wurde 1982 von Seiten der DDR die Strategie des "Westexports um jeden Preis" gestartet. Sie bedeutete, dass auch dann Waren in die Bundesrepublik und andere westliche Industrieländer exportiert wurden, wenn der erzielte Erlös unter den Gestehungskosten in der DDR lag – Hauptsache, es wurden Devisen eingenommen. Denn Zinsen und Tilgungssätze mussten bezahlt werden.

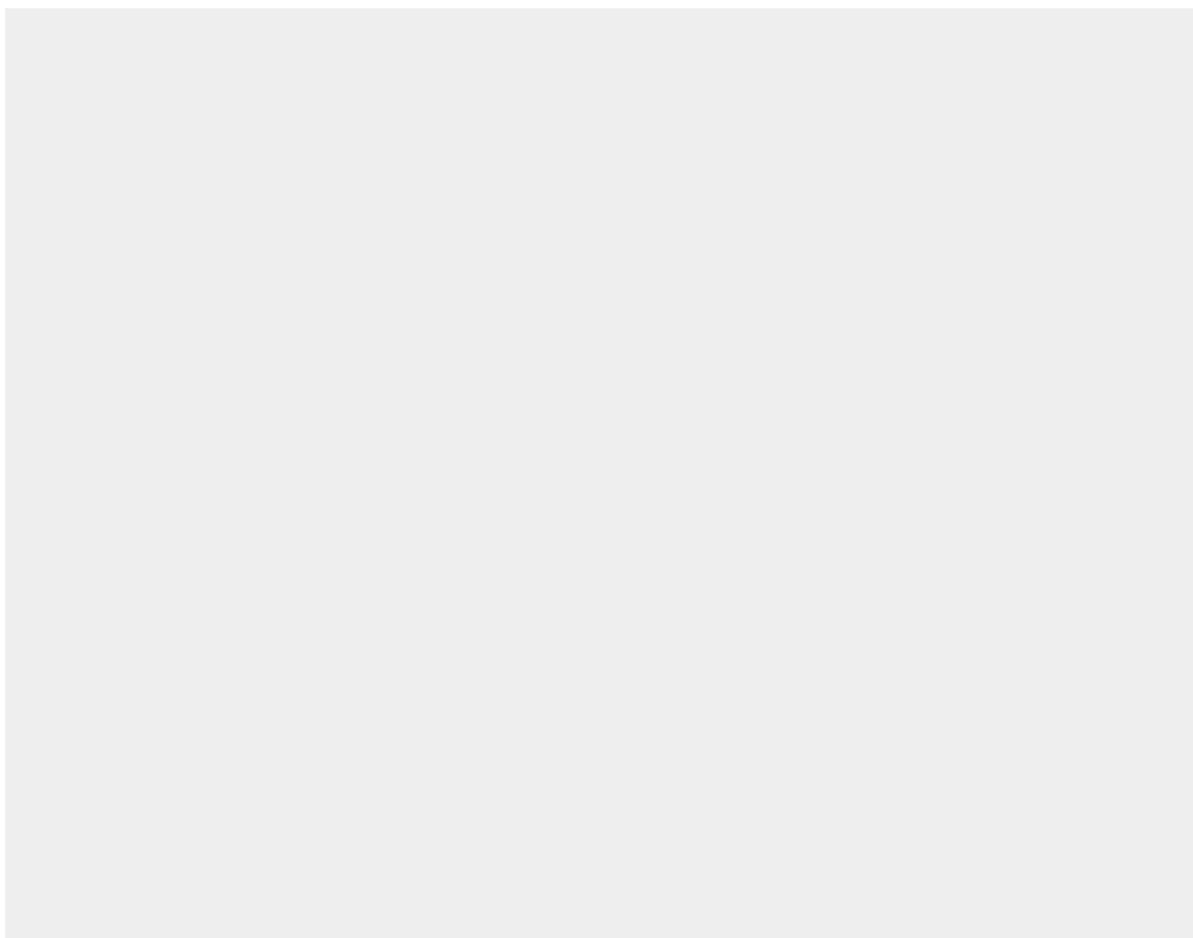


(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

28. Dezember 1971

Bezogen auf die Beziehungen zum Westen formulierte die DDR-Außenhandelsexpertin Maria Haendcke-Hoppe-Arndt 1996 treffend: "Die DDR-Wirtschaft stand seither unter dem Diktat der Zahlungsbilanz, die Handelsbilanz musste nachhaltig umgekehrt werden".

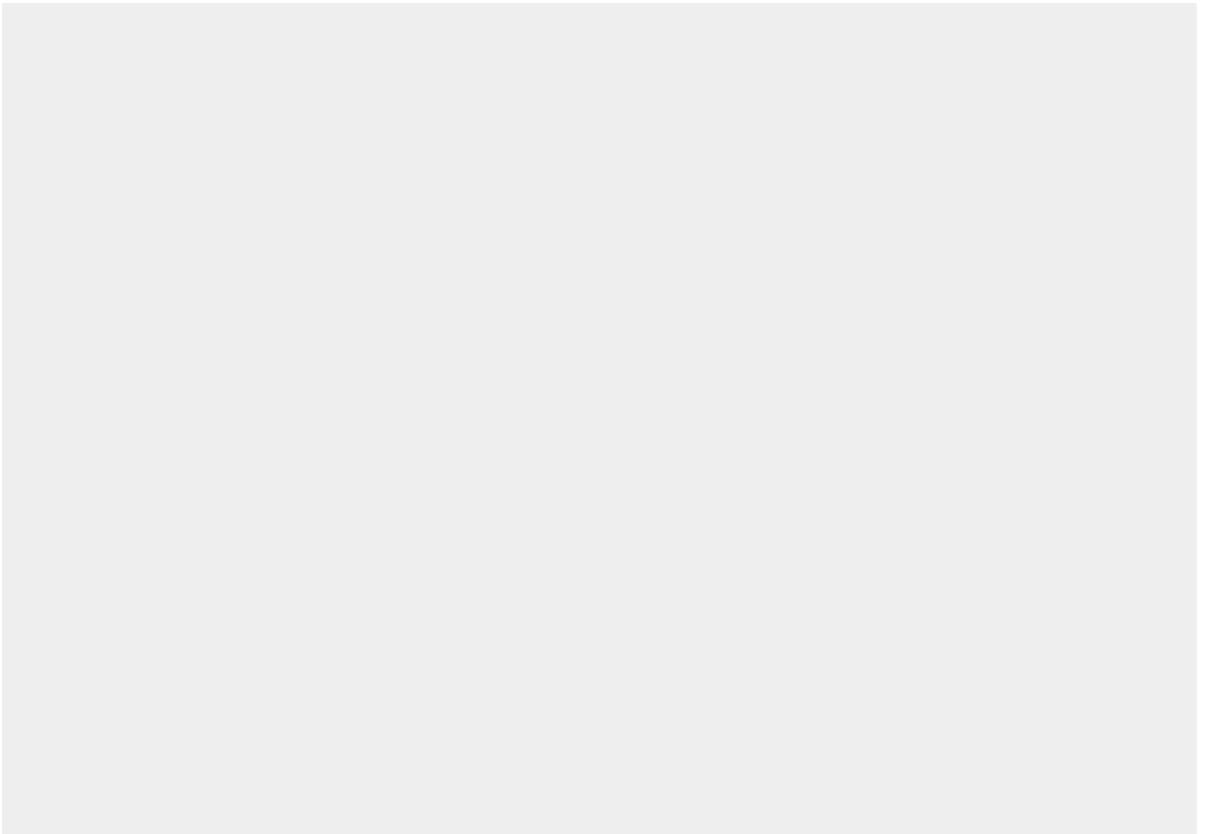
Mit dieser Zielstellung verlor in den 80er Jahren der Handel mit der Sowjetunion, so wichtig er auch für die Beschaffung von Rohstoffen blieb, erstmals in der Geschichte der DDR seine Priorität. Der Anteil des Westhandels am DDR-Außenhandel steigerte sich zwischen 1980 und 1989 von 27 auf 51 %.



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1987/0420/417)

Um termingemäß in diesem Jahr (1987) zwei Eisenbahngüterfähren an die UdSSR übergeben zu können, nimmt der dritte Schiffsrumpf auf der Helling der Mathias-Thesen-Werft Wismar Form und Gestalt an. Diese dritte Fähre für die Eisenbahnfährlinie Mukran-Klaipeda wird den Namen "Vilnius" erhalten und soll demnächst dem nassen Element übergeben werden. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

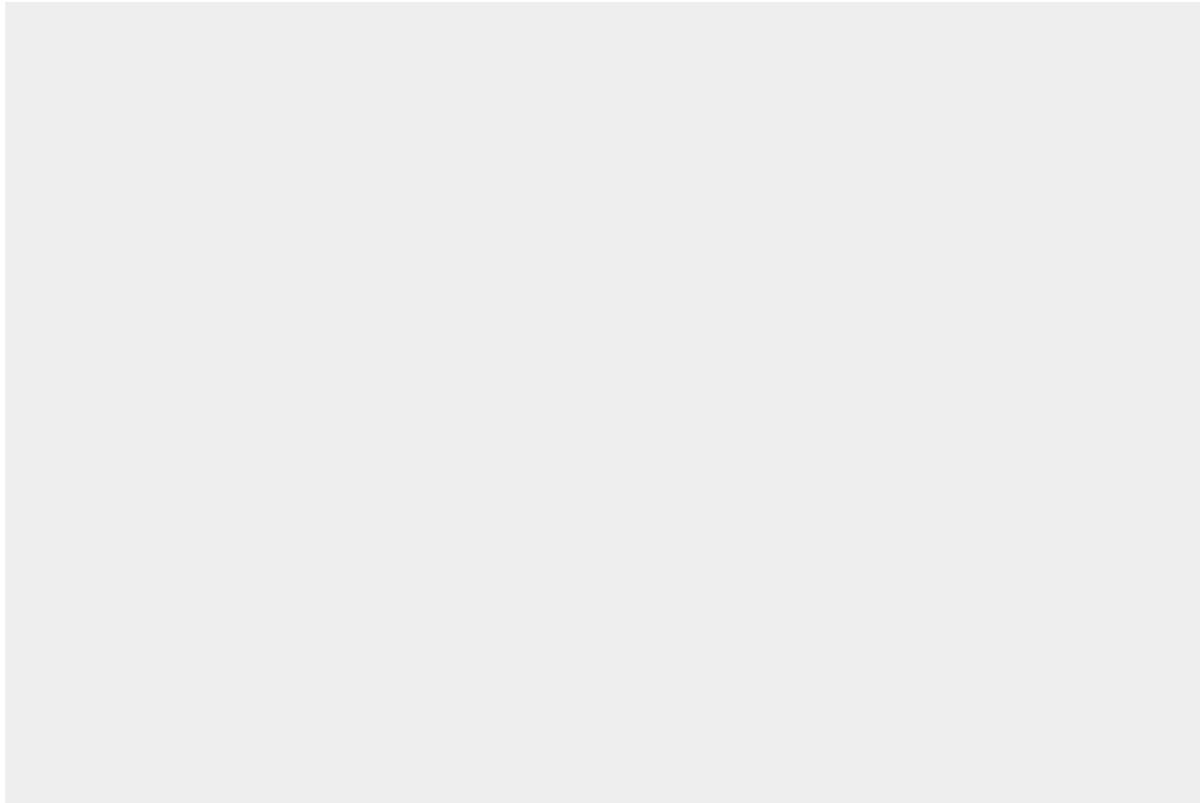
4. Die Phasen der strukturellen Entwicklung der ostdeutschen Industriewirtschaft



4.1 Die schwerindustriellen "Großbauten des Sozialismus" der 50er Jahre

Die Branchenstruktur der ostdeutschen Industrie war vor dem zweiten Weltkrieg geprägt durch einen überdurchschnittlichen Anteil der Textil- und Bekleidungs- sowie der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. In der Metall verarbeitenden Industrie wurden zwischen Elbe/Saale und Oder/Neiße – bei einem durchschnittlichen Industrieanteil des Gebiets am Nachkriegsdeutschland von 33 % – 55 % aller Textilmaschinen, 51 % aller Druckmaschinen, 58 % aller Erzeugnisse der feinmechanisch-optischen Industrie und 61 % der elektrotechnischen Erzeugnisse hergestellt. In den 50er Jahren wurden diese Zweige in der

DDR unter dem Begriff Leichtmaschinenbau zusammengefasst – im Unterschied zum Schwermaschinenbau, der Ausrüstungen für Berg- und Hüttenwesen, die Energieerzeugung und die chemische Industrie herstellte. Dieser Schwermaschinenbau war mit Ausnahme des Werkzeugmaschinenbaus (Anteil 55%) in Ostdeutschland nur unterproportional vorhanden. Vor allem aber traf das auf die Grundstoffindustrie zu. Steinkohlebergwerke, Hütten- und Stahlwerke befanden sich fast ausschließlich in Westdeutschland oder im nunmehr polnischen Oberschlesien. Der Austausch von SBZ-Überschüssen in der Leichtindustrie und im Leichtmaschinenbau mit Erzeugnissen des westdeutschen Schwermaschinenbaus und der Schwerindustrie war durch den geringen Umfang und die Un-



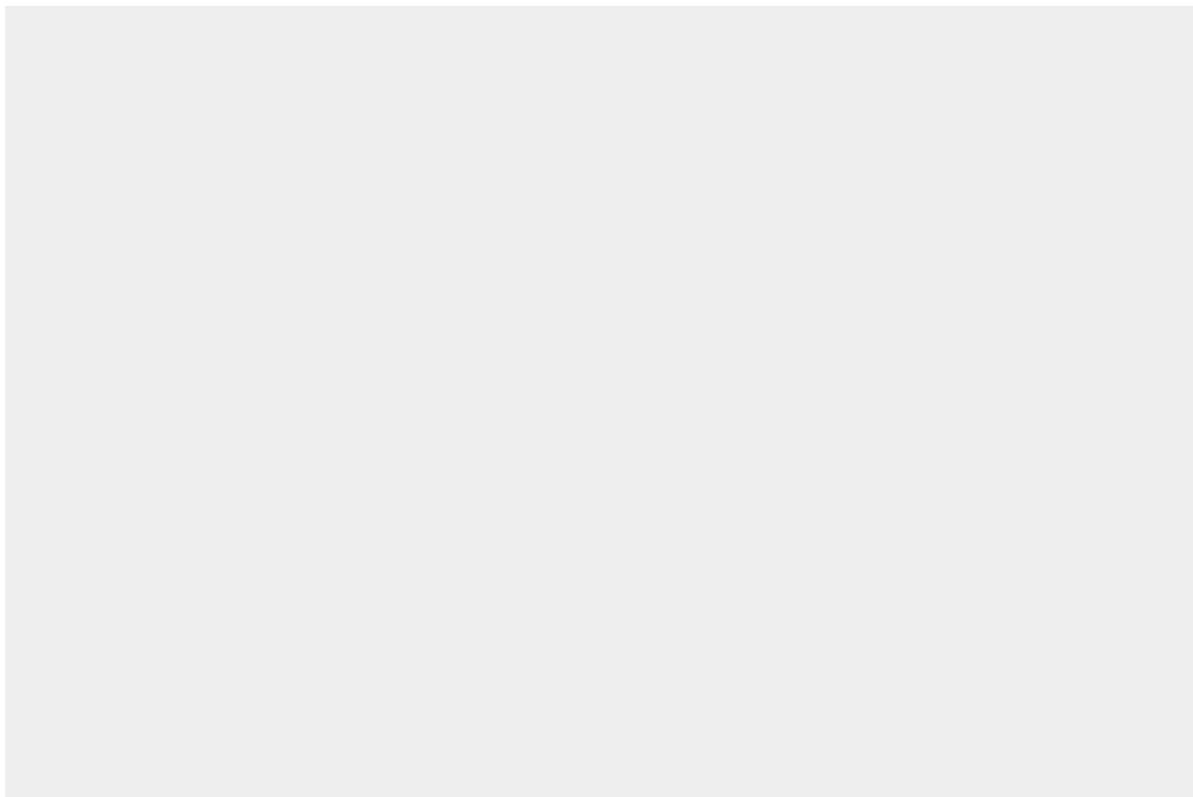
(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

Pressen für die Karosserieproduktion aus Erfurt

sicherheiten des Interzonenhandels nur in sehr beschränktem Maße möglich. Gerade in diesem Bereich konnte auch der RGW zunächst wenig Ausgleich schaffen, da dort entsprechend der stalinschen Industrialisierungsdoktrin vor allem Schwermaschinenbau und Schwerindustrie entwickelt wurden, Exportkapazitäten deshalb selbst in der Sowjetunion nur begrenzt zur Verfügung standen.

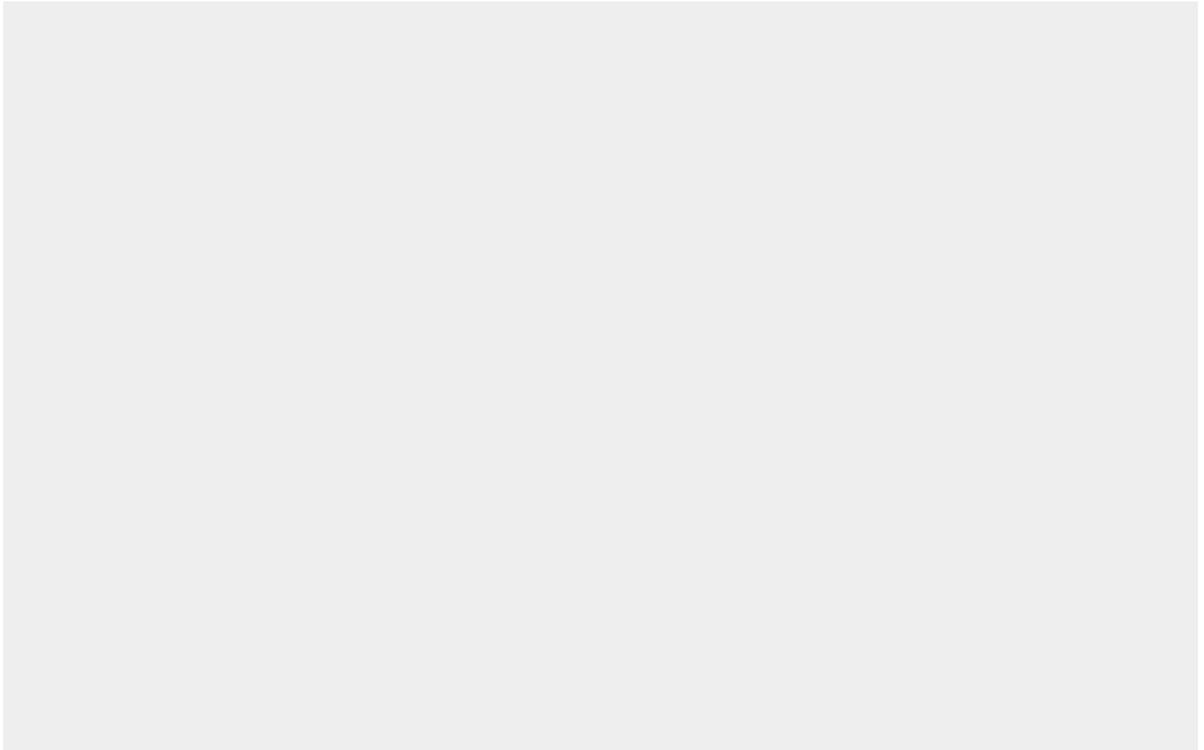
Der Anfang der 50er Jahre einzig gangbare Weg, zu einer funktionierenden Wirtschaft im Osten Deutschlands zu kommen, lag also im Aufbau neuer schwerindustrieller Kapazitäten. Er war, was den Schwermaschinenbau betraf, durch sowjetische Reparationsforderungen nach Ausrüstungen für Bergbau und Metallurgie auch bereits vorgezeichnet. Der erste Fünfjahrplan sah vor,

28 Betriebe des Schwermaschinenbaus und 15 VEB der Grundstoffindustrie vorrangig zu entwickeln. Bei den schwerindustriellen Investitionsobjekten handelte es sich überwiegend um Erweiterungs- und Neubauten im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie. Letztere Vorhaben wurden in der Propaganda als "Großbauten des Sozialismus" bezeichnet. Für die Errichtung der Neubauten spielte die Maxhütte im thüringischen Unterwellenborn eine besondere Rolle. Der Betrieb, bis 1945 Bestandteil eines auch in Bayern (Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg) angesiedelten Unternehmens, war eines der wenigen alten Hüttenwerke im Osten. Im Jahre 1949 konnte – durch eine bessere Versorgung mit Saale-Wasser (an der Aktion "Max braucht Wasser" waren vor allem Jenaer Studenten in Arbeitseinsätzen betei-



(Foto: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Fotoarchiv)

Walzstraße Maxhütte Unterwellenborn

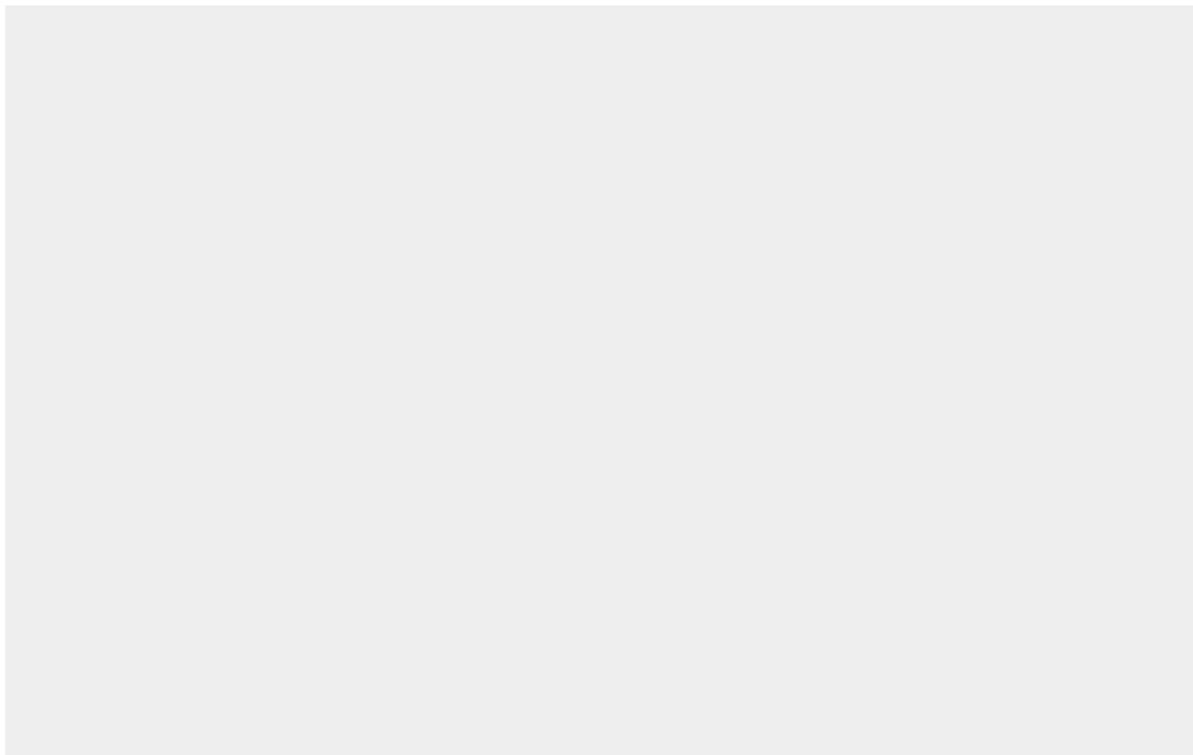


Berufsausbildung 1960

(Foto: Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V., Fotosammlung)

ligt) und andere Rekonstruktionsmaßnahmen – der Betrieb mit allen vier vorhandenen Hochöfen wieder aufgenommen werden. Die Qualifikation und die Erfahrungen der Hüttenwerker von der Saale waren an der Oder hochwillkommen, als dort bei Fürstenberg (zeitweise auch StalinStadt, später Eisenhüttenstadt genannt) das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) errichtet wurde. Dort konnten bis 1954 sechs Hochöfen in Betrieb genommen werden. Während das EKO mit sowjetischem Erz und polnischer Steinkohle beliefert werden musste, wurden das neuerrichtete Eisenhüttenwerk West in Calbe bei Magdeburg mit Roh- und Brennstoffen aus der DDR selbst versorgt. So eine große Bedeutung diese Werke für den DDR-Maschinenbau auch hatten, so war die Herstellung der metallurgischen Erzeugnisse, ver-

glichen mit (wegen des Wirtschaftskrieges nur theoretisch möglichen) Importen aus dem Westen extrem kostengünstig. Das galt auch für die Wiedereröffnung des Kupfererzbergbaus südlich des Harzes. Das Kupferkombinat Mansfeld war in den 50er Jahren – nach der sich weiterhin faktisch in sowjetischen Händen befindlichen Wismut-AG – das zweitgrößte Industrieunternehmen der DDR. An den (1956) insgesamt 655 Mill. Mark Verlust machenden Betrieben der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie waren Großbetriebe der Bereiche Kohle und Metallurgie zu 83% beteiligt. Dazu gehörten auch die Mehrzahl der auf der Basis von Rohbraunkohle arbeitenden, im Rahmen der Energie- bzw. Kohle- und Energieprogramme von 1954 und 1957 errichteten neuen Großkraftwerke (Kohleverbundkraftwerke) in



Brigade des VEB Stern-Radio in Berlin 1969

(Foto: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Fotoarchiv)

der Lausitz – Berzdorf, Trattendorf und Lübbenau – deren Aufgabe es war, den Stromabschaltungen bei Industrie und Verbrauchern ein Ende zu machen.

4.2 Strukturentscheidungen für die wissenschaftlich-technische Revolution: Die Förderung der "Fortschrittsindustrien" in den 60er Jahren

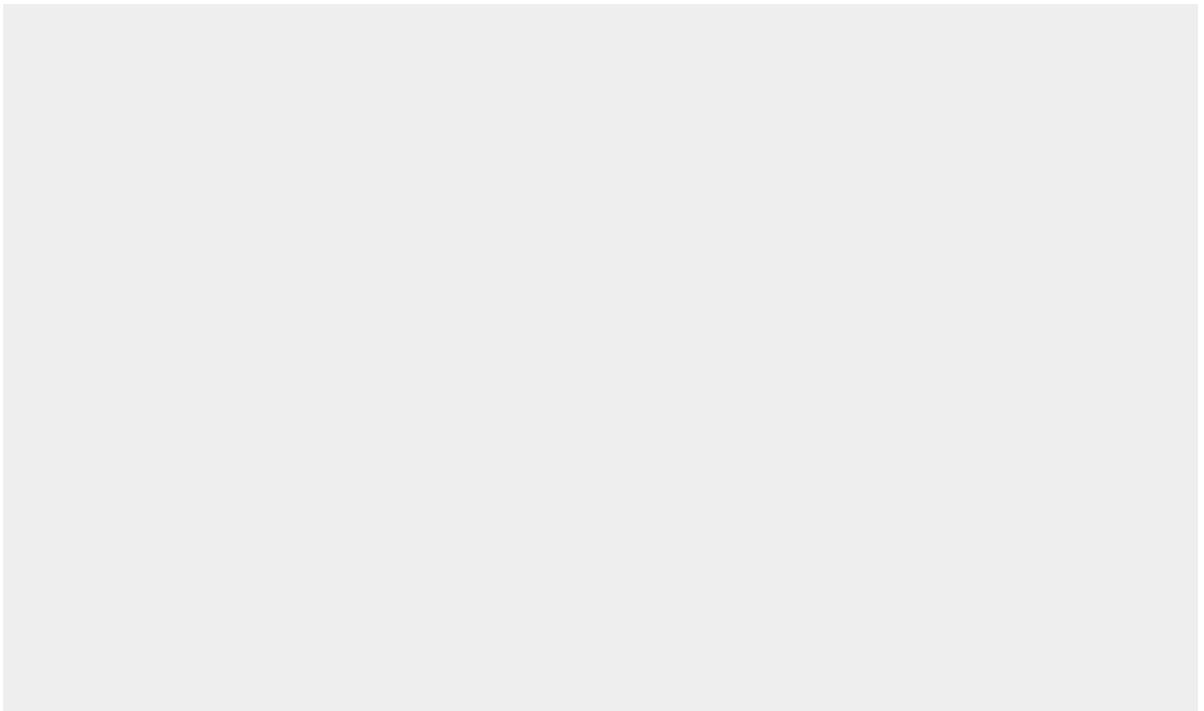
Ende der 50er Jahre wurde die Sowjetunion bei metallurgischen Produkten lieferfähig. In den 60er Jahren konnte deshalb in der DDR die Stahlindustrie von Massenstählen auf Qualitätsprodukte ("metallurgische Produkte der 2. Verarbeitungsstufe") umgestellt wer-

den. Die Eigenherstellung von Eisen und Stahl war auch deshalb nicht mehr überlebenswichtig, weil an ihre Stelle andere symbolträchtige Erzeugnisse einer modernen und zukunftsfähigen Industrie traten: Petrochemie und Elektronik. Als Land ohne Erdölquellen tat sich die DDR mit der Umstellung der Chemischen Industrie vom traditionellen Ausgangsstoff Braunkohle (Karbonchemie) zur Petrochemie besonders schwer. Zwar wurde das "Chemieprogramm" von der SED-Führung bereits 1959 verkündet, doch dauerte es bis 1965, ehe über eine Pipeline vom Ural das erste Erdöl in das neuerrichtete Chemieverarbeitungswerk Schwedt an der Oder floss. Als noch wichtiger angesehen wurde die Entwicklung der Daten verarbeitenden Industrie und die Herstellung von Automatisierungsmitteln.

In der Reformrichtlinie von 1963 hatte die SED-Führung erneut die Forderung formuliert, "die Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung gegenüber dem kapitalistischen System in Westdeutschland auch auf ökonomischen Gebiet zu beweisen." Wie dieses Ziel erreicht werden sollte, war indessen SED-Chef Ulbricht bis Mitte 1968 noch nicht klar. Als er auf eine sowjetische Presseveröffentlichung aufmerksam gemacht wurde, in der ein Forscher sich zu den künftigen Generationen von EDV-Anlagen äußerte, kam Ulbricht der auf die ost-west Konkurrenz gemünzte Gedanke vom "Überholen ohne einzuholen". Als Ausgangspunkt war an technische Lösungen gedacht, die im Westen noch nicht existierten. Nur so könne man sich auf technologischen Gebiet an die Weltspitze setzen. Ulbricht gefiel "Überholen ohne einzuholen" so gut, dass er die Worte nach 1968 zum Slogan eines ehrgeizigen

Aufholprogramms machte. "Strukturbestimmende Haupterzeugnisse und Erzeugnisgruppen" wurden von der SPK festgelegt und wiederum Betriebe ausersehen, auf denen ein Großteil der Investitionsmittel konzentriert werden sollte. Das Kombinat Carl Zeiss Jena erhielt 1968 Investitionsmittel für neue Werkskomplexe in Jena und Göschwitz. Im gleichen Jahr wurde beschlossen, Jena zum Sitz eines Großforschungszentrums für Rationalisierungs- und Automatisierungstechnik zu machen. Als "eine adäquate räumliche Gestaltung zu den Spitzenleistungen des wissenschaftlichen Gerätebaus" wurde der Bau eines Hochhausturmes mitten im Stadtzentrum in Angriff genommen.

Die gewaltigen Investitionsmittel für die "Fortschrittsindustrien" sollten unter anderem durch Einsparungen in anderen Wirtschaftsbereichen zur Verfügung gestellt werden.



Deshalb wurden gleichzeitig die Investitionen in Industriezweigen heruntergefahren, die "unmodern" geworden waren bzw. kostengünstig produzierten. Ein Großteil der nur noch minderwertige Kohle enthaltenden Braunkohletagebaue im Revier zwischen Halle und Leipzig wurde zu Gunsten des Lausitzer Reviers, an denen in den 60er Jahren die Kraftwerke Vetschau und Boxberg errichtet wurden, aufgegeben. Zu den zurückzuführenden Produktionen gehörte auch der Steinkohlenbergbau der DDR. Im westsächsischen Steinkohlenrevier um Zwickau war die Kohleförderung seit Jahren rückläufig. Sie belief sich 1967 auf 1,8 Mill. t. Es waren jedoch weniger die schrumpfenden Vorräte als die schwierigen und mit hohen Kosten verbundenen Abbaubedingungen, die 1967/68 zu Beschlüssen führte, die Steinkohlenförderung im Zwickauer Revier schrittweise einzustellen. Während die Grubenleistung in Kilogramm verwertbarer Förderung je Mann und Schicht im Ausland zwischen 2200 und 3500 kg lag, betrug sie im Steinkohlenbergbau der DDR etwa 750 kg. Das machte die DDR-Kohle doppelt so teuer wie Importe. Die Beschlüsse sahen vor, das Revier zu schließen, die heimische Steinkohle durch andere Energieträger, vor allem sowjetisches Erdöl, zu ersetzen und die benötigte Koks-kohle aus Polen zu importieren. Mit der Umsetzung des Beschlusses wurde zügig begonnen. Bereits 1970 konnte ein großer Teil der 16.000 freiwerdenden Arbeitskräfte im Raum Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) in Betriebe der sich ausdehnenden "Fortschrittsindustrien" umgesetzt werden, darunter in den elektronische (NC-)Steuerungen für Werkzeugmaschinen herstellenden VEB Numerik.

4.3 "Stärkung des Konsumgütersektors" in den 70er und "Braunkohlerenaissance" in den 80er Jahren

Mit Ulbrichts Sturz im Frühjahr 1971 wurde auch das von ihm initiierte Aufholprogramm, das zum Schluss die Bilanzen der SPK ziemlich durcheinander gebracht hatte, suspendiert. Der neue Parteichef Honecker setzte auf dem VIII. Parteitag der SED vom Juni andere Ziele: "Die Hauptaufgabe ... besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion und des Wachstums der Arbeitsproduktivität". Dieser Satz wurde später als Geburtsstunde der Strategie der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" bezeichnet. Er führte einerseits zu verstärkten Importen aus dem Westen. Andererseits erhielten erstmals auch die Konsumgüterindustrien in größerem Umfang Mittel für Modernisierung und Neuinvestition.

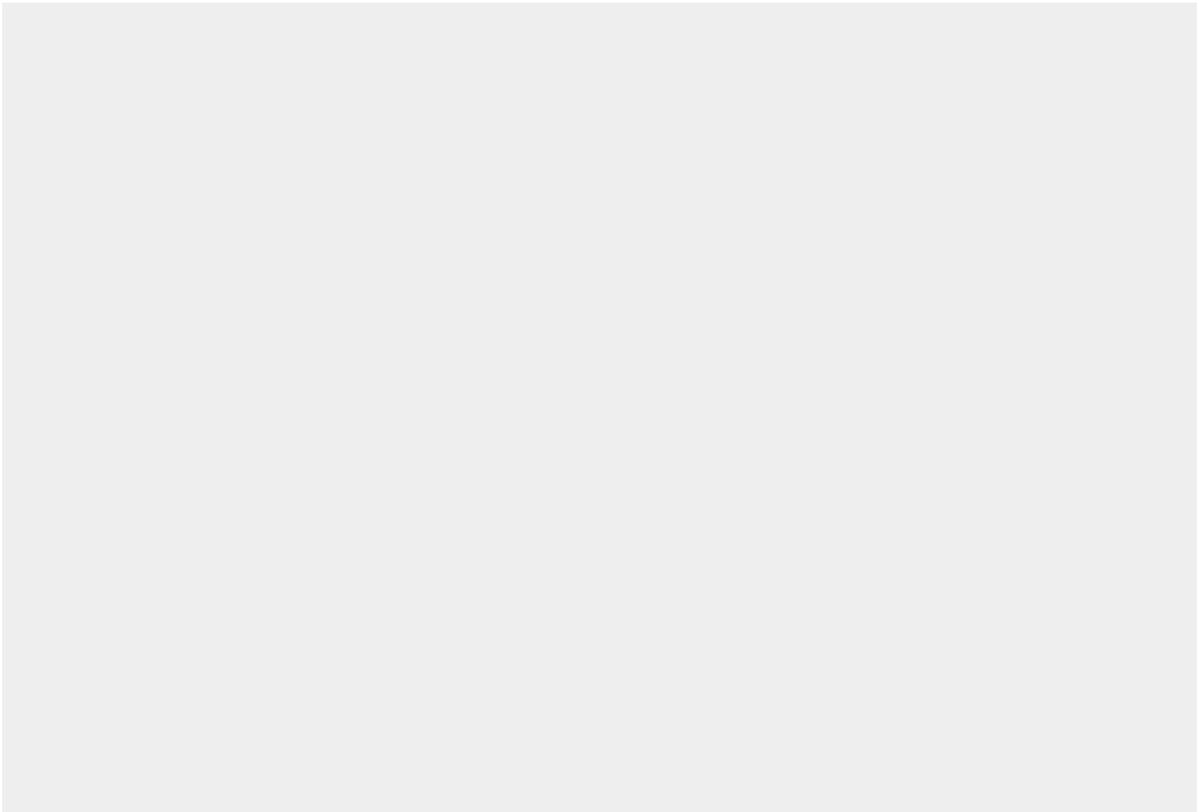
Zwischen 1970 und 1976 erhöhten sich die Bruttoinvestitionen in der Leichtindustrie um 58%, in der Lebensmittelindustrie sogar um 133%, während die Investitionsausgaben für den Bereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau um 27% zurückgingen. 1971, als Zeiss den Jenenser Turm beziehen konnte, war der Betrieb zahlungsunfähig; außerdem waren Großforschungszentren außer Mode gekommen. Im Oktober 1972 bezog an Stelle des Kombinats die Universität Jena den fertig gestellten Hochhausturm.

Der Boom der Konsumgüterindustrien dauerte allerdings nur bis in die zweite Hälfte der 70er Jahre. Die zu Beginn von Honeckers Herrschaft allgemein spürbare deutliche

Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung setzte sich danach kaum noch fort. Das lag nicht nur daran, dass die Investitionsmittel wieder stärker einer "Fortschrittsindustrie", der Mikroelektronik, zugeführt wurden, sondern war auch Folge einer anderen zu Beginn der Honecker-Ära getroffenen Maßnahme: Der Verstaatlichung der noch verbleibenden privaten und privat geführten Betriebe, die hauptsächlich Konsumgüter herstellten. Diese Betriebe wurden anschließend großen VEB zugeordnet. Die Endfertigung von Konsumgütern wurde "weggeplant". Als das Fehlen mancher der "100 kleinen Dinge" sich Ende der 70er Jahre

bemerkbar machte, blieb der SED-Führung nur der Ausweg, allen Kombinate, egal was sie auch produzierten, einen zehnpromtigen Anteil an Konsumgüterherstellung zu verordnen.

Der entsprechende Beschluss des X. Parteitages vom April 1981 gehörte zu einem Maßnahmenpaket, dass alle Kombinate zur Einsparung von Heizöl zwang. Die "Heizölablösung" zu Gunsten der Verfeuerung von Rohbraunkohle führte zu einer mit großen Investitionskosten verbundenen sowie einen unwirtschaftlichen Dauerbetrieb von Heizkraftwerken bewirkenden "Braunkohlerenaiss-



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1988/1026/414)

Der 1.000 seit 1907 auf dem Gelände des heutigen VEB Schwermaschinenbau "Georgi Dimitroff" in Magdeburg hergestellte Tagebaubagger, wurde im neuen Tagebauaufschluss Reichwalde an die Kumpel des Braunkohlewerkes "Glückauf" zum Probetrieb übergeben. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

sance“ in der DDR. Die Erzeugung von Rohbraunkohle erhöhte sich – bei nachlassender Qualität und ständig steigenden Abraumkosten in den neu zu erschließenden Revieren in der Lausitz – von 258 Mill. t 1980 auf 310 Mill. t 1988. Ein neues Großkraftwerk – Jänschwalde – entstand. Das eingesparte Heizöl ging als devisenträchtiges Exportgut nach Westeuropa.

4.4 Debakel statt Weltniveau: Die Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR in den 80er Jahren

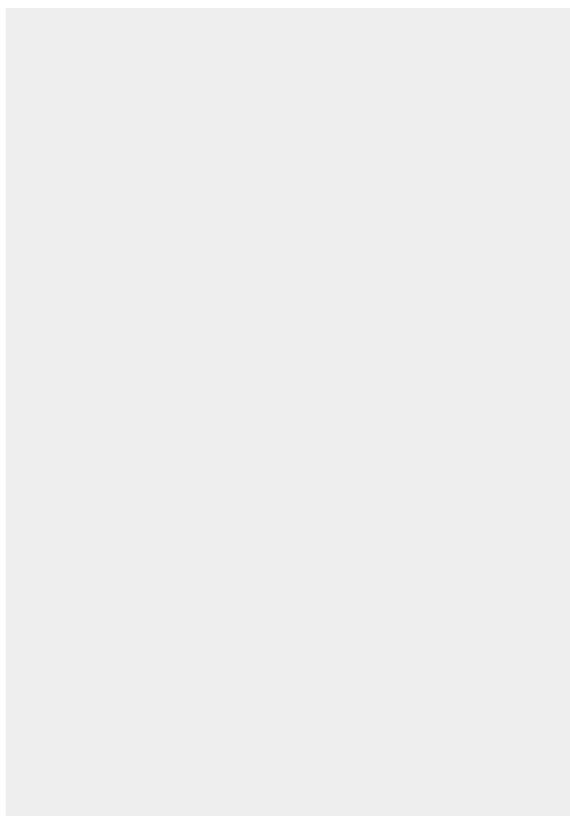
Am 12. September 1988 übergab Wolfgang Biermann, Generaldirektor des Kombines Carl Zeiss Jena, auf der Leipziger Herbstmesse das erste Muster eines 1-Megabit-Speichers an Honecker. Um diese Übergabe wurde ein gewaltiger Medienrummel organisiert, der nachweisen sollte, dass die DDR auch in den 80er Jahren den ihr zugeschriebenen Platz unter den zehn ersten Industrienationen der Welt behauptet hatte. Bei der Übergabe vergaß Honecker nicht, darauf hinzuweisen, dass die DDR neben den USA, Japan und der Sowjetunion zu den wenigen Ländern gehörte, die die technischen Voraussetzungen für die Entwicklung Mikroelektronik im eigenen Lande geschaffen hätten. Was als Prestigeobjekt der SED-Führung endete und weltweit den nicht unberechtigten Eindruck der Hochstapelei hinterließ, hatte ein Jahrzehnt zuvor als durchaus seriöses Unternehmen begonnen.

3. November 1970 im Erfurter Milchhof:
Angelika S. am Verpackungsautomaten der Milch
in Tüten (Originaltext zum Foto)

(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

Den Anstoß zum auf der 6. Tagung des ZK der SED im Juni 1977 gefassten “Beschluss zur Beschleunigung der Entwicklung, Produktion und Anwendung der Mikroelektronik in der DDR” hatte nicht Größenwahn in den Köpfen einiger Politbüromitglieder gegeben, sondern deren Sorge um sich verschlechternde Exportbedingungen der DDR in die westlichen Industriestaaten.

Mitte der 70er Jahre kam es zu einem Einbruch beim für die DDR bis dahin sicheren und auch lukrativen Exportsektor Werkzeugmaschinen. In den Jahren zuvor war es vor allem in Japan gelungen, neue numerische Steuerungen für Werkzeugmaschinen zu entwickeln. Mit Hilfe der neuen CNC-Steuerung konnten die Werkstücke bedeutend exakter gefertigt werden als mit den bis dahin üblichen mechanischen und pneuma-



tischen Steuerungen. Technisch waren sie eine Weiterentwicklung der bereits in den 60er Jahren verwendeten NC-Steuerungen. Aber erst die CNC-Steuerungen erwiesen sich im Einsatz als so ökonomisch, dass die Umrüstung der vorhandenen Maschinen und das Bestehen der Kunden auf CNC-Steuerungen beim Neukauf von Werkzeugmaschinen den Einbau dieser CNC-Steuerungen für alle Produzenten, die im internationalen Wettbewerb bestehen wollten, obligatorisch machte. Die DDR musste nachziehen. Für den Bau von CNC-Steuerungen benötigte sie aber Mikroprozessoren, deren Herstellung den Aufbau einer mikroelektronischen Industrie voraussetzte, den Ulbricht angestrebt hatte, der aber unter Honecker anfangs zurückgestellt worden war. Die Befürworter einer eigenen Mikroelektronik in der DDR sprachen aber nicht nur über außenwirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern auch von den neuen

Möglichkeiten binnenwirtschaftlicher Rationalisierung und Automatisierung, die eröffnet würden, wenn die DDR-Wirtschaft "mikroelektronisiert", d.h. mit Computern ausgestattet würde. Die Mikroelektronik würde es auch gestatten, in der DDR begehrte, weil in der Bundesrepublik bereits seit längerer Zeit verfügbare technische Konsumgüter wie Farbfernseher und Uhren mit Digitalanzeige oder vollautomatische Waschmaschinen zu produzieren. Mag sein, dass es vor allem diese Aussichten waren, die Honecker von der Mikroelektronik überzeugten.

Als in Vorbereitung des "Mikroelektronikplenums" vom Juni 1976 beraten wurde, welchen Weg die DDR einschlagen sollte, war von dem später betriebenen Alleingang der DDR noch nicht die Rede. Vielmehr sah man in der SED-Führung durchaus den neuen, gewissermaßen internationalen Charakter der Technologie und schlussfolgerte, wie der Insider Gerhard Müller in einer 1989 erschienenen Geschichte der DDR-Mikroelektronik schrieb, dass "bei der schnellen Entwicklung der Mikroelektronik die DDR selbst nicht allein in der Lage" sein würde, "in der gesamten Breite und Vielfalt moderne Bauelemente zu entwickeln und herzustellen sowie die dazu erforderlichen TSA und Materialien zu produzieren." Aus dieser

Berlin: F. G. leitet die Jugendbrigade "Ernst Thälmann" im Zentralen Industrieanlagenbau der Metallurgie. Die Brigade ist mit der Industrieroboterfertigung beschäftigt. Fred G. übernahm die Endprüfung eines ZIM 10/1, ein Roboter der zweiten Generation, der vorwiegend in der Metallurgie für Schweißprozesse eingesetzt wird. Die 14 FDJler der Brigade haben sich in diesem Jahr das Ziel gestellt, 72 technische Einheiten zu montieren. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1986/0305/408)

Erkenntnis heraus wurden seitens der DDR zwei Kooperationsstrategien verfolgt: Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Mikroelektronik mit den übrigen RGW-Ländern und Lizenzen von den westlichen Industrieländern. Beide Ziele konnten jedoch nicht bzw. nur bruchstückhaft verwirklicht werden. Im RGW war nur die UdSSR technologisch so weit vorangeschritten, dass sie ernsthaft als Partner der DDR-Mikroelektronik in Frage kam. In der Sowjetunion sperrte sich aber der militärisch-industrielle Komplex aus Geheimhaltungsgründen gegen enge Kooperation. Selbst diejenigen DDR-Unternehmen wie Carl Zeiss Jena, die für die Sowjetunion mikroelektronische Rüstungsgüter zu produzieren hatten, waren davon betroffen. Trotz mehrerer Abkommen über die Zusammenarbeit UdSSR – DDR auf dem Gebiet der Mikroelektronik in den 80er Jahren blieb der technologische Zugewinn der DDR im Ergebnis der Kooperation mit der Sowjetunion bescheiden.

Von westlicher Seite wurden infolge einer erneuten Verschlechterung des Ost-West-Klimas ab Mitte der 70er Jahre die Exportverbote im Bereich Hochtechnologie von der Cocom bedeutend verschärft. Um die Embargobestimmungen zu umgehen, entschied sich die DDR für den illegalen Technologietransfer. Zu dessen Hauptorganisatoren zählten der Bereich Kommerzielle Koordinierung (Koko) im Ministerium für Außenhandel, an dessen Spitze Alexander Schalck-Golodkowski stand und die bis 1986 von Markus Wolf geleitete Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) mit ihrer Sektion Wissenschaft und Technik (SWT) sowie die ebenfalls im Ministerium für Staatsicherheit (MfS) angesiedelte "Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft" (HA XVIII). Für sich genommen waren die Aktivitäten zur Beschaffung von

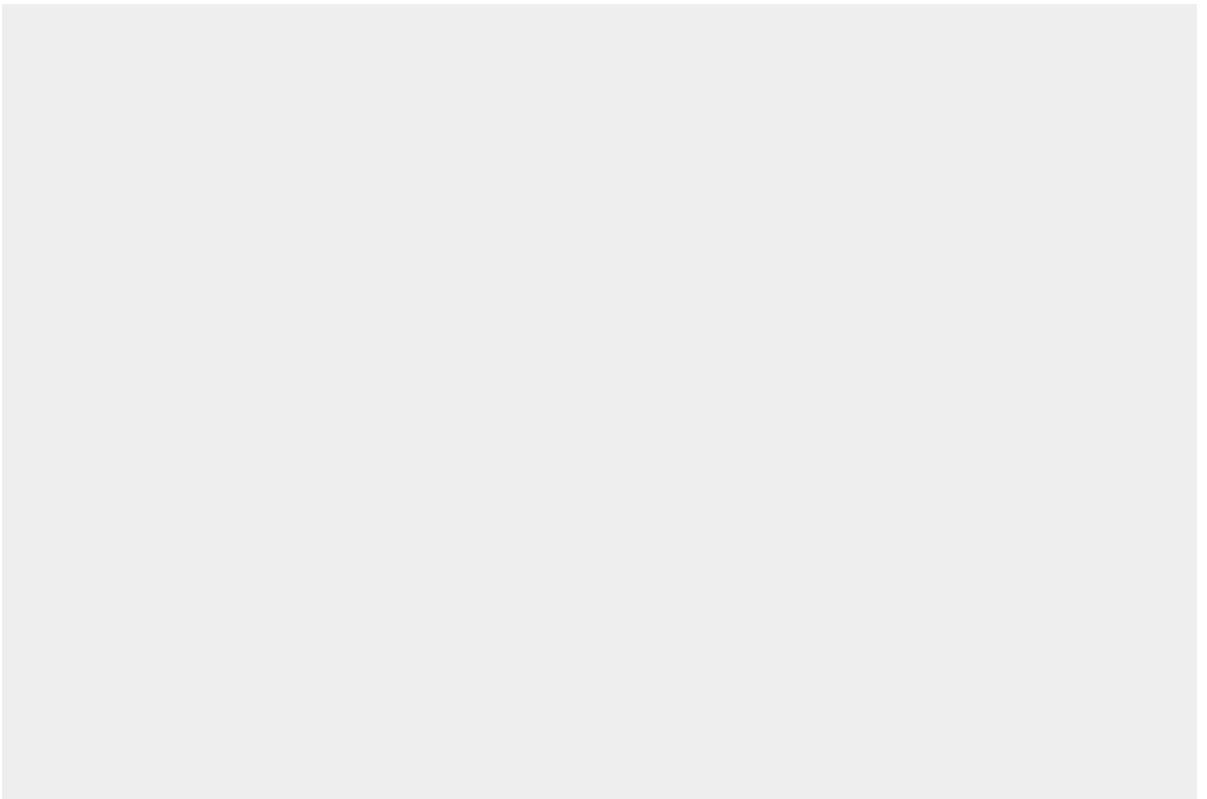
Blaupausen und Musterexemplaren meist erfolgreich. In diesen Bereichen wurde "profitabel gearbeitet". Jedoch konnte auch mit Hilfe fleißiger Wirtschaftsspione das Embargo nicht an allen Stellen umgangen werden. Auch lagen die Preise für die illegal erworbene Hightech gewöhnlich höher als auf dem (für die DDR gesperrten) Weltmarkt. Viel schwer wiegender aber war, dass im Gegensatz zu Lizenzerwerbungen, mit deren Hilfe z.B. Siemens den Anschluss an das von japanischen und US-Konzernen bestimmte Weltniveau auf dem Gebiet der Mikroelektronik fand, beim illegalen Technologietransfer keine Serviceleistungen für Maßnahmen zur Inbetriebnahme, für den langfristigen Betrieb bzw. für die Beschaffung von Ersatzteilen vereinbart werden konnten. Hinzu kam die Unsicherheit, die mit den informellen Geschäften generell verbunden war.

Statt der ursprünglich geplanten internationalen Kooperation auf dem Gebiet der Mikroelektronik kam es in den 80er Jahren zum Versuch, die Mikroelektronik in der DDR überwiegend autark zu entwickeln. Damit aber war das kleine Land von den Ressourcen her überfordert. Es gelang trotz Milliardeninvestitionen nicht, den 1976 auf dem Mikroelektronikplenum erstmals öffentlichen benannten Rückstand der DDR gegenüber den ihre Produktion im hohen Tempo modernisierenden führenden Mikroelektronikproduzenten aufzuholen. Die sich ständig verringernden Kostensätze des Westens wurden nicht im Entferntesten erreicht. 1989 belief sich der Rückstand der DDR-Elektronikindustrie bei Bauelementen und Industrieelektronik auf vier, auf dem Gebiet der Rechenteknik und Unterhaltungselektronik auf sieben und bei Erzeugnissen der Nachrichtentechnik auf 13 Jahre.

Eine der Ursachen des Rückstands in der Entwicklung der Mikroelektronik lag im breiten Sortiment, das in der DDR entwickelt wurde. Nach unterschiedlichen Schätzungen deckte die DDR zwischen 50 % und 83 % ihres Eigenbedarfs an mikroelektronischen Bauelementen aus einheimischer Produktion. Die Bundesrepublik versorgte sich hingegen nur zu 20-30 % selbst. In der DDR konnten nur geringe Stückzahlen produziert werden. Beim 256-KB-Chip z.B. lag diese bei 0,5 Mill. Stück pro Fabrik gegenüber einem inter-

nationalen Schwellenwert für wirtschaftliche Fertigungsgrößen von 120 Mill. Stück. Die Missachtung der Wirtschaftlichkeit von Losgrößen führte dazu, dass die Herstellungskosten dieses Chips Ende der 80er Jahre das 15fache des internationalen Durchschnitts betragen. Die in den 80er Jahren von der DDR verfolgte Strategie, vom Mikrochip bis zum Computer alles produzieren zu wollen, hatte sich als technisch und wirtschaftlich undurchführbar erwiesen.

5. Der Mangel als systembedingte Erscheinungsform in der Planwirtschaft

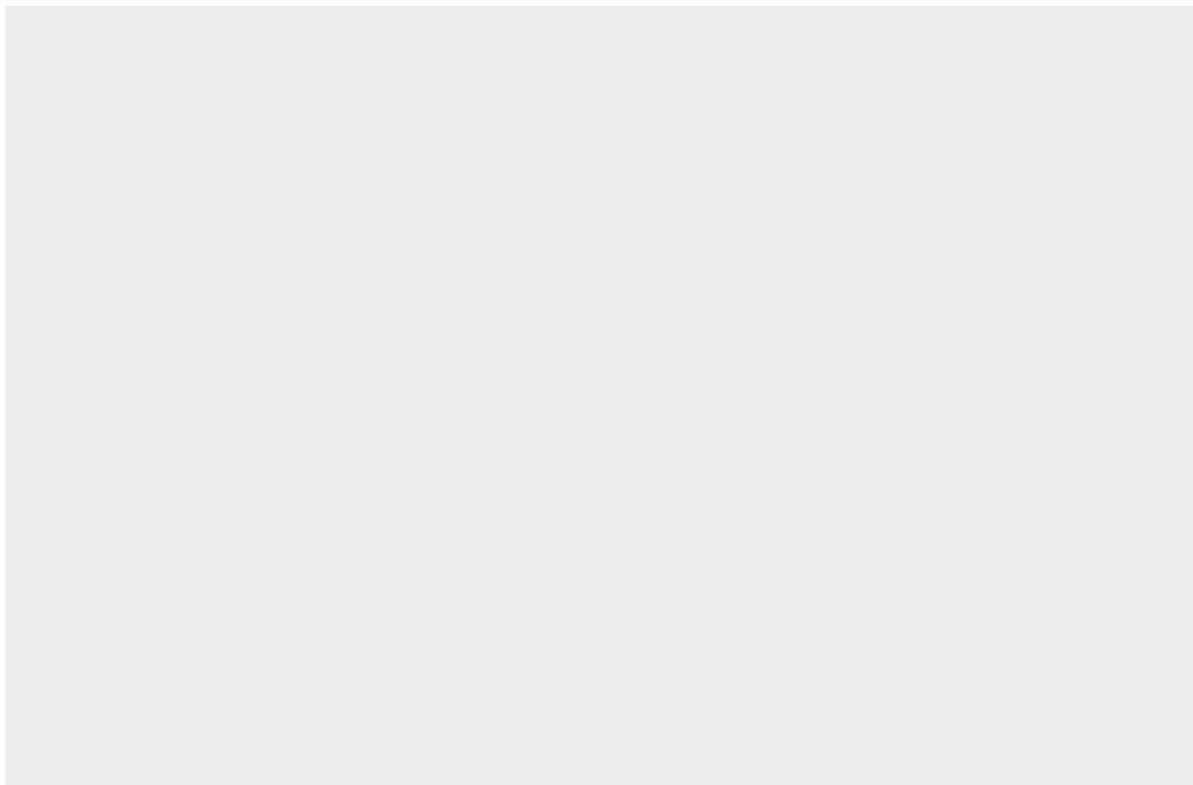


5.1. Mangel an Wirtschaftsgütern und Mangelwirtschaft

“Das allgemeine Kennzeichen der Wirtschaftslage in Deutschland ist Mangel auf fast allen Gebieten“, hatte Fritz Selbmann 1947 in einem Vortrag erklärt und dabei auf Nachkriegsphänomene wie die noch unzureichende Produktion von Rohstoffen und Ersatzteilen, stark reduzierte Lebensmittelversorgung infolge geringer Produktivität der Landwirtschaft und Überfüllung Deutschlands mit Flüchtlingen Bezug genommen, vom Abtransport lebenswichtiger Produktionsanlagen und Entnahmen aus der Produktion ganz zu schweigen. Er hätte sich sehr gewundert, wenn 40 Jahre später, bei seitdem vervielfachter Produktion und Konsumtion der

gleichen Satz, diesmal nur bezogen auf den östlichen Teil Deutschlands, bei seinen Zuhörern wiederum volle Zustimmung gefunden hätte. Die Mangelwirtschaft erwies sich nicht – wie erwartet – als ein Nachkriegsproblem, sondern begleitete die DDR ihr Leben lang. Sie war offensichtlich an die Planwirtschaft gebunden. Denn in der späteren Bundesrepublik verschwand der Mangel an Gütern bereits mit der Währungsreform von 1948 und der damit verbundenen Einführung der freien Marktwirtschaft.

So störend von der ostdeutschen Bevölkerung der Mangel in der späten DDR empfunden und mit der gleichen Bezeichnung – Mangelwirtschaft – wie die Güterknappheit in den Nachkriegsjahren belegt wurde, so wenig war ersterer mit letzterem identisch.

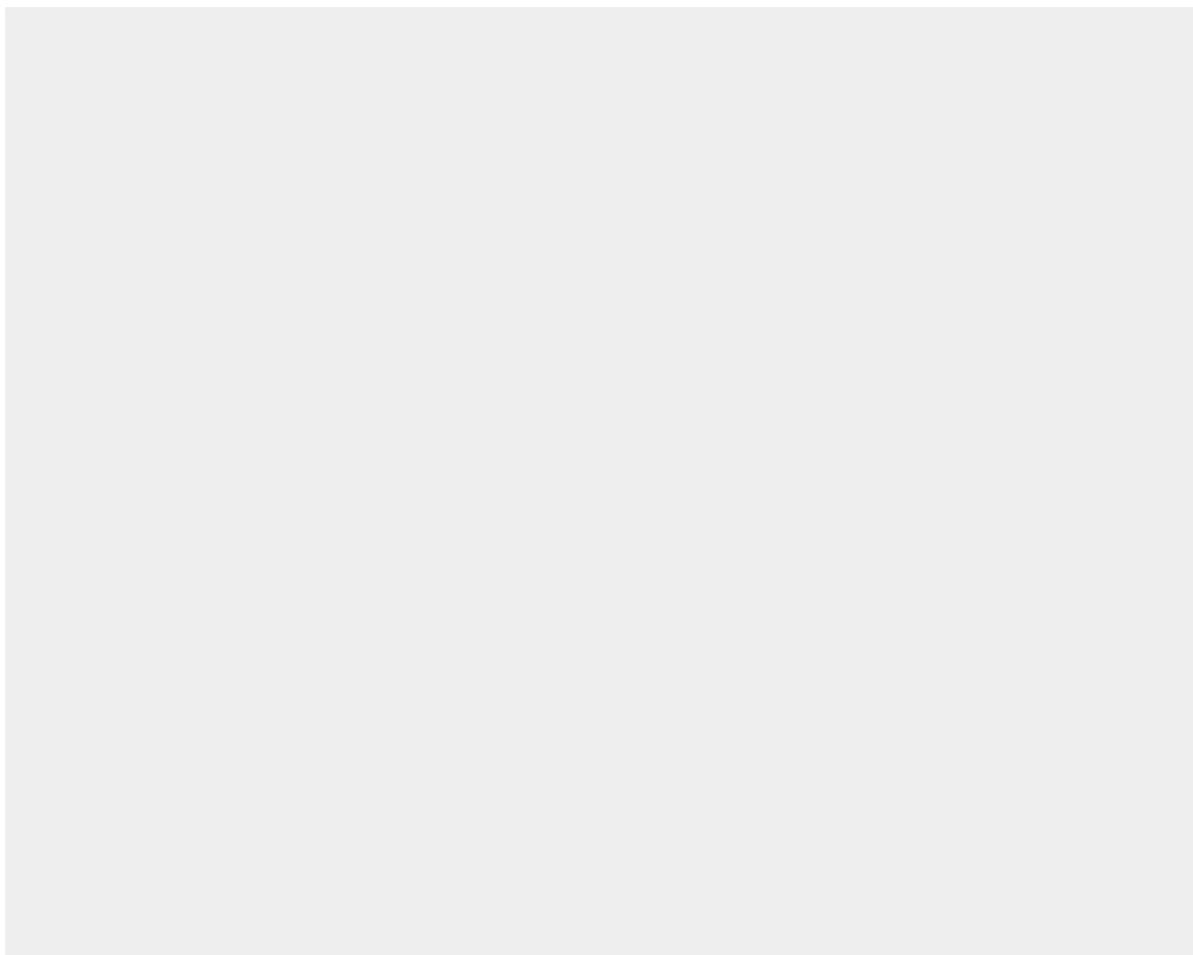


(Foto: Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V., Fotosammlung)

Demonstrationszug 1. Mai 1980

Der DDR-Bürger hatte in den letzten Jahren der Existenz der DDR mit den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch auf der Welt (24 x mehr als 40 Jahre zuvor); jeder zweite Haushalt konnte sich einen PKW leisten. Wer in der DDR lebte, kannte Armut so gut wie nicht und Obdachlosigkeit überhaupt nicht, vor allem weil es keinen Mangel an Arbeit gab. Das zeugt davon, dass der von Millionen stark empfundene Mangel in der

DDR wenig zu tun hatte mit dem Mangel in Notsituationen und auch wenig mit dem Mangel in marktwirtschaftlich organisierter kapitalistischer Gesellschaften. Der Mangel in Ostdeutschland hatte sich offensichtlich von einem systemindifferenten zu einem systemtypischen Mangel gemausert. Worin kam er im Produktionsbereich – zum Konsumtionsbereich wurde bereits an anderer Stelle geschrieben¹ – zum Ausdruck?



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1987/0320/407)

Bez. Neubrandenburg: Für eine gute Versorgung im Kooperationsbereich sorgen die Fleischer im neuen Schlachthaus des VEB Tierproduktion Groß Miltzow im Kreis Strasburg. In mehreren Verkaufsstellen der anliegenden Gemeinden werden die frischen Fleisch- und Wurstwaren angeboten. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

¹ Kaminsky, Annette: *Illustrierte Konsumgeschichte der DDR*, (Landeszentrale für politische Bildung Thüringen) Erfurt 1999.

5.2. Erscheinungsformen der Mangelwirtschaft im Bereich der Produktion

In der DDR-Wirtschaft war erstens nicht der Finalproduzent, der Erzeuger von PKW oder Möbeln "König", sondern der Zulieferer von Material und Halbfabrikaten bzw. Komponenten zur Fertigstellung der Endprodukte oder von Ersatzteilen für die vom Finalproduzenten benutzten Maschinen. Die Enderzeuger mussten in der Regel lange Wartezeiten in Kauf nehmen, ehe sie die benötigten Güter erhielten. Sie standen beim Zulieferer, auch wenn der laut Plan für die Erfüllung ihrer Wünsche zuständig war, gewissermaßen "Schlange".

Die Mangelwirtschaft äußerte sich zweitens darin, dass der Finalproduzent, da er – der Erfüllung des eigenen Plans wegen – nicht

mehr warten konnte, sich oft genötigt sah, zu anderen, lieferbaren Komponenten Zuflucht zu nehmen. Auch dann wenn diese von geringerer Qualität oder aus unnötig teurem Material ("goldene Bolzen") waren, oder wenn sie andere als die benötigten Abmessungen hatten und für den gegebenen Zweck erst "zurechtgeschnitten" werden mussten.

Drittens waren die Finalproduzenten bemüht, sich die dringend benötigten Komponenten notfalls außerhalb des offiziellen Plan-Vertrags-Systems bei anderen Firmen, die – aus welchen Gründen auch immer – über Vorräte an diesen Komponenten verfügen, zu besorgen und dafür – ebenfalls "am Plan vorbei" – eigne Produkte zum Austausch anzubieten.

Viertens konnte der Finalproduzent auf die schwierig zu erlangenden Halbfertigprodukte ganz verzichten und die entsprechende Produktion einstellen. Da er einen Plan zu erfüllen hatte, war das natürlich nicht für eine dort aufgeführte Erzeugnisart, wohl aber für bestimmte Produkte bzw. Sortimente innerhalb der im Plan beschriebenen Aufgabe möglich. Viel weniger aber konnte der Be-

Karl-Marx-Stadt: Der VEB DKK Scharfenstein, Produzent von Haushaltskühl- und Gefrierschränken, gehört zu den leistungsstärksten Betrieben des Kombines Haushaltsgeräte. Auf der Grundlage allseitig erfüllter Verpflichtungen im ersten Quartal, wollen die Werktätigen in der Weiterführung ihres Wettbewerbes bis Jahresende 10 000 Haushaltskühl- und Gefrierschränke zusätzlich produzieren. Zu den Neuentwicklungen gehören der Haushaltskühlschrank "KS 1550" sowie der Waschvollautomat "VA 861E". Herz jedes Kühlschranks ist der Hermetikverdichter. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1986/0506/402)

trieb auf die Funktionstüchtigkeit bestimmter Maschinen verzichten, für die Ersatzteile fehlten. Allerdings konnten die benötigten Ersatzteile umständlich nachgefertigt werden.

Fünftens entwickelte ein erfahrener Werkdirektor einen gewissen Horror gegen neue Produkte, die von ihm auf Grund des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eigentlich in die Produktion aufgenommen werden mussten. Neue Produkte bedeuten aber auch neue Zulieferabhängigkeiten und mit großer Wahrscheinlichkeit auch die Notwendigkeit, Lieferengpässe dank einer der geschilderten Maßnahmen umgehen zu müssen. Mangelwirtschaft ging so auch einher mit dem Mangel an Innovation.

5.3. Wirtschaftliche Folgen des Mangels im Bereich der Produktion

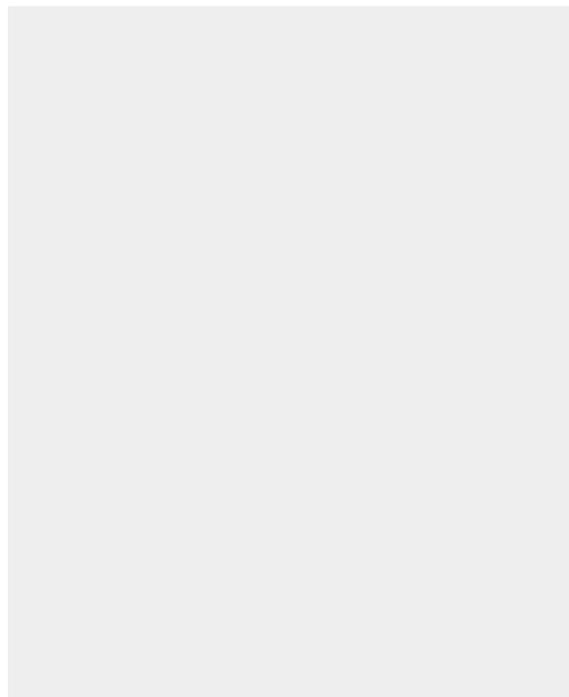
Der Mangel führte immer wieder zu Produktionsstockungen, in der DDR als "Warte- und Stillstandszeiten" verbucht. Das war Arbeitszeit, in der die Produzenten darauf warteten, dass die für die Fertigung benötigten Materialien wieder zur Verfügung standen. Für "Warte- und Stillstandszeiten" wurde den Ar-

Bez. Halle: Eine rechnergestützte Anlage für den Entwurf und die Fertigung von Spinddüsen für die Chemiefaserproduktion wurde im VEB Spinddüsenwerk Gröbzig vorfristig übergeben. Innerhalb von 15 Minuten kann jetzt die Produktion einer neuen Düse gestartet werden, da Auftragsbearbeitung, Konstruktion und Entwicklung der Fertigungstechnologie vollständig über Computer laufen. Anschließend werden in der Gütekontrolle die Spinddüsen mikroskopisch begutachtet. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1987/0409/414)

beitern der Durchschnittslohn gezahlt (Ansonsten standen sie meist im Leistungslohn). Größere Auswirkungen als auf den Geldbeutel hatten die Warte- und Stillstandszeiten allerdings auf die Arbeitsmoral, zumal die Werkleitung, in ihrem Bestreben, den Plan zu erfüllen, die eingetretenen Produktionsverluste dann durch Überstunden, oftmals auch durch Wochenendarbeit, zu kompensieren versuchte. Insofern konnten sich die Arbeiter in der DDR über die geringere Arbeitsintensität (im Vergleich zum kapitalistischen Arbeitsregime) wenig freuen. Die immer wieder eintretenden Produktionsstockungen führten oftmals zu einem Dauerfrust, der über generell sinkende Arbeitsintensität auch zum Rückgang der Arbeitsproduktivität führen konnte.

Der Mangel, genauer: der Versuch seiner Überwindung, erforderte Improvisation und verlangte Findigkeit. Diese Eigenschaften des mittleren und höheren Leitungspersonals,



aber auch der Facharbeiter, von westdeutschen Soziologen nach der Wende als "Chaosqualifikation" bezeichnet, führten nicht zu höherer betrieblicher oder volkswirtschaftlicher Effizienz, sondern letztlich zum Gegenteil: Eigentlich anderswo eingesetzte Beschäftigte qualifizierten sich zu "Beschaffern", findige "Rationalisierungsmittelbauer" stellten mit einfachen Werkzeugen Ersatzteile her, die in den Maschinenfabriken in der benötigten Menge eigentlich am Band, und damit für einen Bruchteil des Arbeitsaufwandes, produziert werden sollten; Maschinen und Anlagen in den "Nichtschwerpunktzweigen", wurden wegen fehlender Ersatzteile oder weil verschlissene Maschinen nicht ersetzt werden konnten, für die Fortsetzung der Produktion "zusammengeflickt". Sie konnten nur noch schonend gefahren werden und waren deshalb quantitativ

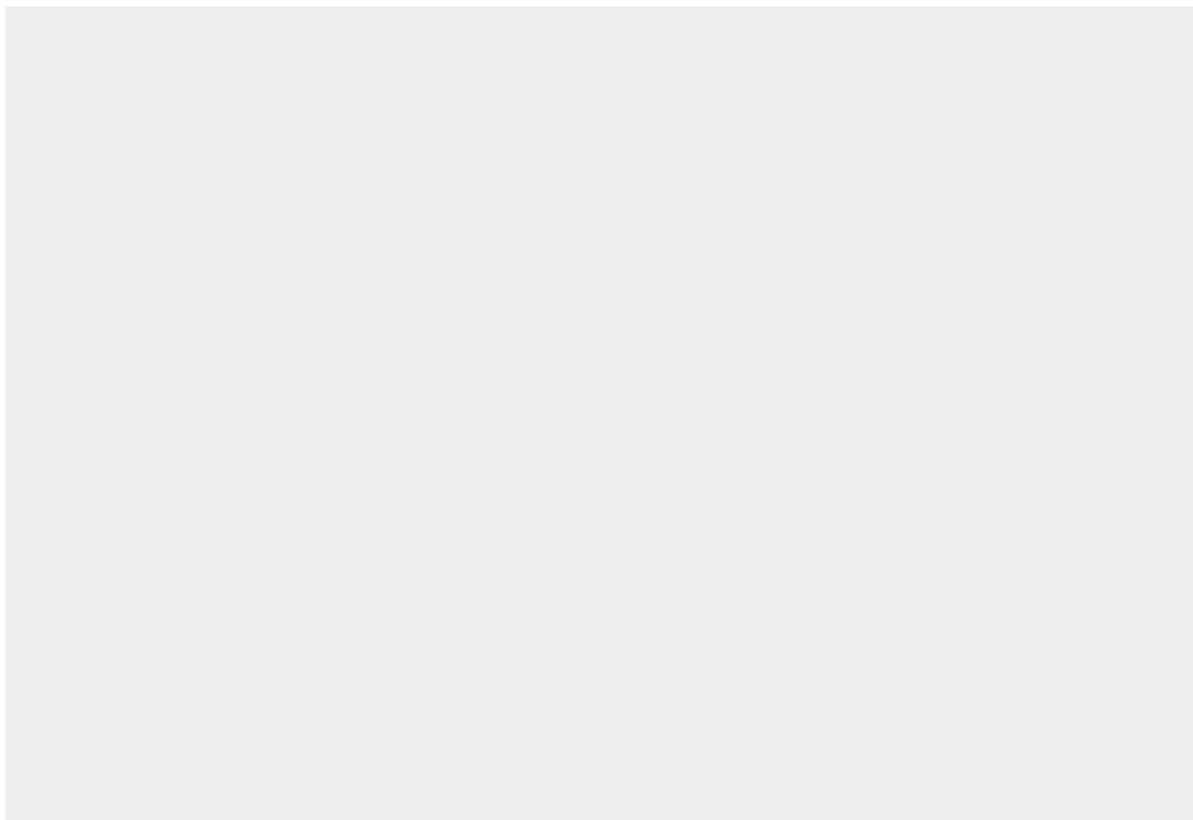
und oft auch qualitativ weniger leistungsfähig. Auch das wirkte sich negativ auf die Arbeitsproduktivität bzw. die Erzeugnisgüte aus. Erstere betrug nach Einschätzungen westdeutscher Forschungsinstitute 1983 für die Industrie etwa die Hälfte (52%) des Niveaus der Bundesrepublik. In diesem Sinne schwächte die Mangelwirtschaft eindeutig die Wirtschaftskraft der DDR.

Darüber hinaus bewirkte der ständige Mangel eine Orientierung auf die Menge, nicht auf Erzeugnisqualität und höheres technologisches Niveau. Volkswirtschaftlich gesehen schlug sich das in einem Beharren auf extensiver Entwicklung nieder, auch als – seit etwa Mitte der 70er Jahre – eine Intensivierung der Produktion längst angesagt und notwendig war.

Paradoxerweise stand der Mangel an Produktionsmitteln mit seinem Gegenteil – einer übermäßigen Bevorratung – in engem Zusammenhang. Jeder Betrieb trachtete danach, im Plan ein wenig mehr an Material, Ersatzteilen usw. zugesichert zu bekommen, als er eigentlich brauchte, um Vorräte anlegen zu können. Dies geschah zunächst vor allem, um bei einer Stockung der Zulieferung

Klinkerwerk/Normalklinker spezielle Klinkersteine für den Schornstein und Kanalbau werden in dem Klinkerwerk Lichterfeld, Kreis Finsterwalde, gebrannt. Automatische Anlagensteuerung und Robotertechnik ermöglichen es den 180 Mitarbeitern des Werkes, in dem Ende Mai (1988) der Dauerbetrieb aufgenommen wurde, künftig 26 Millionen Stück dieser Bausteine pro Jahr zu produzieren. Das ist das Dreifache der veralteten und stillgelegten Produktionsstätte. Für die Anlagenfaherin A. R. haben sich die Arbeitsbedingungen an der modernen Strangpresse wesentlich verbessert. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1988/0727/401)



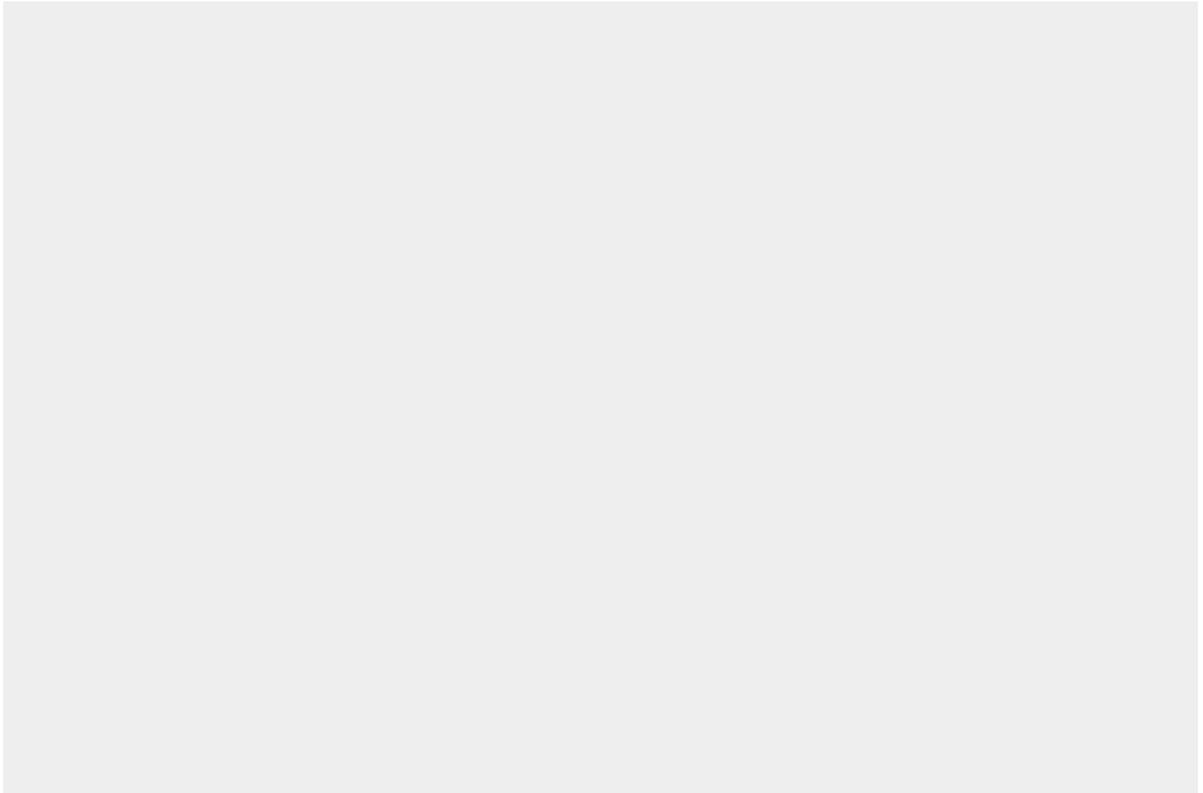
Wendeschweißautomat, um 1985

(Foto: Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V., Fotosammlung)

weiter produzieren zu können, später vielleicht auch, um mit den Vorräten im Interesse der besseren eigenen Versorgung einen Kompensationshandel mit anderen Betrieben zu betreiben. Bei diesen Vorräten handelte es sich um nichtgenutzte Werte, um Vergeudung von Akkumulationsmitteln. Diese "außerplanmäßige" Bevorratung führte, obwohl aus betriebswirtschaftlicher Sicht unter planwirtschaftlichen Bedingungen plausibel, volkswirtschaftlich zur Verschwendung. Sie war genau das Gegenteil der damals aufkommenden Kosten sparenden und effizienzsteigernden "just in time"-Strategien westlicher Unternehmen.

5.4. Die Ursachen der Mangelwirtschaft

Über die Ursachen der Mangelwirtschaft und auch darüber, ob der Mangel an Gütern wirklich der Planwirtschaft systemimmanent ist, oder ob er bei kluger Wirtschaftspolitik doch hätten vermieden werden können, gibt es bis heute unter den Wirtschaftswissenschaftlern unterschiedliche Auffassungen. Generell anerkannt ist, dass Mangelerscheinungen auch bei steigenden Produktionszahlen und einer expandierenden Wirtschaft auftraten und mit dem Ablauf des Planungsprozesses zu tun hatten. Die zentral vorgegebenen Planziele der DDR waren in der Regel zu ehrgeizig. Zu geringe Reserven



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1989/0613/404)

Mit Null-Fehler-Produktion sichern die Zeitzer ZEMAG-Kollektive die anerkannt hohe Qualität ihrer Großgeräte, von denen zwei Drittel das Gütezeichen "Q" tragen. Wichtigster Partner des TAKRAF-Kombinatsbetriebes ist die Sowjetunion, an die 90 Prozent der ZEMAG-Erzeugnisse geliefert werden. Auf der Taktstraße entstehen täglich vier Großgeräte. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

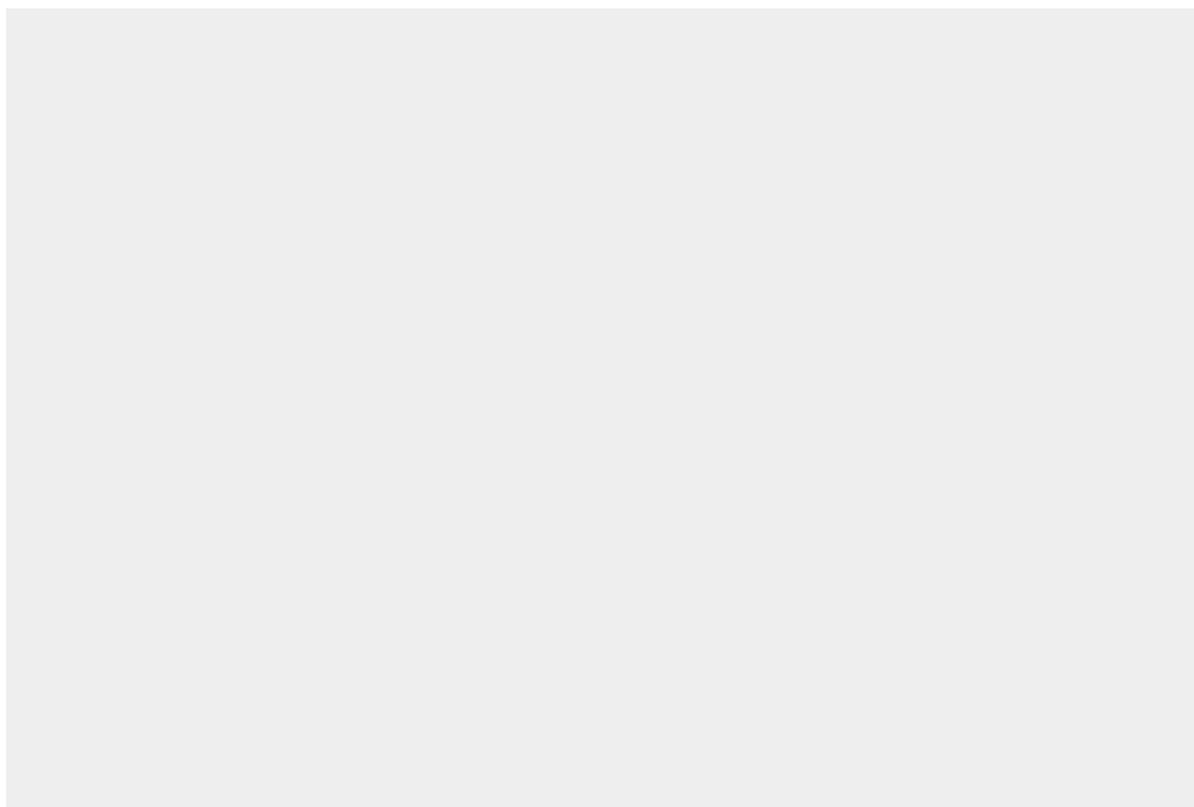
wurden, wenn überhaupt, eingeplant. Sobald Planvorgaben nicht erfüllt werden konnten, machte sich das beim Konsumenten oder beim Endproduzenten als Mangel bemerkbar. Da half auch wenig, wenn im Laufe des Jahres der Plan "präzisiert", d.h. nach unten korrigiert wurde. Das geschah für den jeweiligen Betrieb. Die dem Plan zu Grunde liegenden Verflechtungsberechnungen dieses Betriebes mit Zulieferern und eventuellen Weiterverarbeitern waren in der Regel in die Planpräzisierung nicht einbezogen. Daraus ergab sich eine Differenz zwischen dem ursprünglichem und den tatsächlich realisierbaren Ausmaß der materialbilanzierten arbeitsteiligen Beziehungen.

Natürlich hätte man auch anders planen können: weniger ehrgeizig von Seiten der Zentrale. Man hätte auch größere Reserven (zusätzliche Investitionsgüter oder Materialien) einplanen können. Von Ehrlichkeit und Augenmaß bei der Herstellung der Pläne, vom selbstlosem Einsatz der Werkleitung und der Werk tätigen zur unbedingten Planerfüllung, war oft die Rede. Wettbewerbe wurden zwischen "sozialistischen Brigaden" immer wieder zu diesem Zweck geführt. Realisiert wurde diese Art der Planung und Planerfüllung, die im Planjahr einen reibungsarmen Produktionsablauf gesichert hätte, jedoch selten. Wenn ein Phänomen immer wieder auftritt, obwohl eigent-

lich alle Beteiligten das gern verhindern möchten, dazu aber offensichtlich nicht der Lage sind, dann kann man m. E. von einer im System begründeten Schieflage sprechen.

Systembedingte Mangelwirtschaft heißt nicht, dass das System daran in letzter Konsequenz zu Grunde gehen muss (Genauso wenig wie die kapitalistischen Marktwirtschaften an der millionenfachen Verschwen-

dung des Arbeitskräftepotenzials durch Unterbeschäftigung). Sie bedeutet auch nicht, dass der Mangel zu jeder Zeit gleich stark spürbar ist. Das liegt erstens daran, dass "äußere" Faktoren, die sich nicht aus dem Wirtschaftssystem ableiten lassen, den Mangel verstärken oder abschwächen können. Zweitens können die vom Wirtschaftssystem ausgehenden Wirkungen zeitlich unterschiedlich ausgeprägt sein.



(Foto: Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar, Fotosammlung)

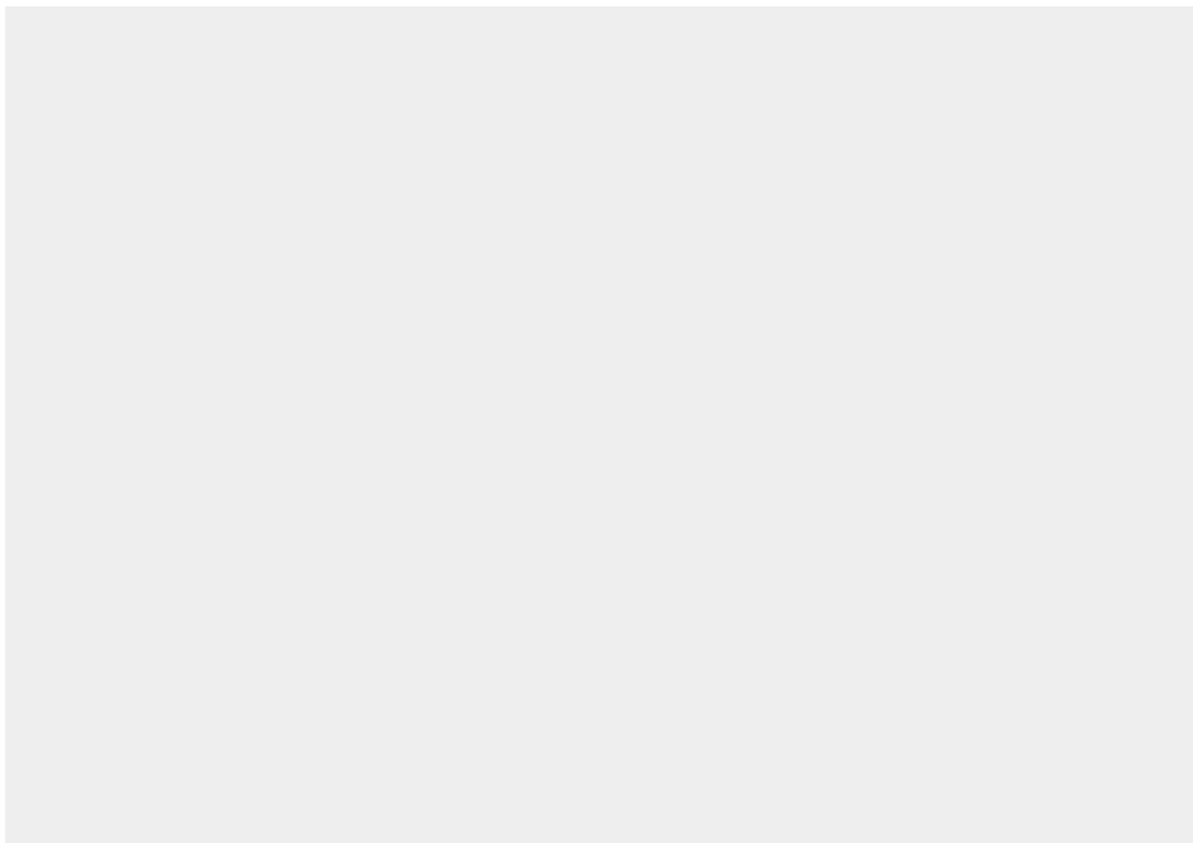
VEB Kombinat Vereinigte Spielwarenwerke Sonneberg "Sonni"

5.5. Verstärkung bzw. Abschwächung des Mangelwirtschaft durch nicht systembedingte Einflüsse und durch Reformen im Wirtschaftssystem

Die auf den ersten Blick einfachste Möglichkeit, den Mangel an konkreten Komponenten, Ersatzteilen usw. zu mildern bzw. zu beseitigen, ist der Bezug der knappen Güter über den Außenhandel. Tatsächlich erwies sich der Außenhandel mit der UdSSR als ein wesentlicher Faktor für die Verringerung des Rohstoffmangels in der DDR. Doch diese Lösungsvariante war an zwei Bedingungen geknüpft: Erstens musste die DDR die Rohstoffeinfuhren mit der Lieferung von Fertigerzeugnissen kompensieren. Zweitens musste die Sowjetunion lieferfähig sein. Sie konnte oder wollte dies aber nicht unbegrenzt, weder bei Eisen und Stahl während der weltweiten Aufrüstung in der Zeit des Koreakrieges zu Beginn der 50er Jahre, noch in den Zeiten der Erdöhlöchstpreise auf dem Weltmarkt von Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre. Darüber hinaus waren die Wirtschaften der Sowjetunion und der anderen RGW-Länder Knappheitswirtschaften wie die der DDR und litten unter Produktionsstockungen, die dann zur Verzögerung bzw. sogar zum Ausfall langfristig geplanter Lieferungen an die DDR führten. Mit derartigen Knappheitsproblemen wie im SW hatte die DDR es im NSW nicht zu tun. Das Angebot auf dem Weltmarkt war – für die meisten Wirtschaftsgüter – quantitativ und qualitativ unbegrenzt. Aber die für den Bezug der Waren benötigten Devisen musste die DDR durch eigene Exporte erst erarbeiten. Dies war nun wieder seitens der DDR-Wirtschaft keineswegs unbegrenzt möglich. Die Aufnahme von Krediten – wie in den

70er Jahren – verschob das Kompensationsproblem, hob es aber nicht auf.

Darüber hinaus gab es auch politische Einschränkungen des Zugangs der DDR-Volkswirtschaft zum "freien Markt". Diese sind auf den – mit geringerer oder größerer Intensität – während der gesamten Existenz der DDR geführten Wirtschaftskrieg des Westens gegen die "kommunistischen Staaten" zurückzuführen. Während der 50er Jahre benutzten erst die Westalliierten und dann die Bundesregierung selbst den Interzonenhandel, um die DDR-Wirtschaft durch die Verweigerung des Bezugs von bestimmten Erzeugnissen (vor allem von Kohle und Stahl) zu destabilisieren. Das führte für die ostdeutsche Wirtschaft zu bedeutenden Effizienzverlusten. Teilweise, weil nicht weiter gearbeitet werden konnte, wenn bestimmten Stahlsorten plötzlich nicht mehr lieferbar waren und erst auf Umwegen (u.a. an Cocom vorbei) besorgt werden mussten. Vor allem aber, weil man, um eine halbwegs sichere Zulieferbasis zu haben, mit bedeutenden Kosten eine eigene Eisen- und Stahlindustrie in der DDR aufbauen musste. Die gleiche Situation wiederholte sich auf dem Gebiet der Mikroelektronik seit Mitte der 70er Jahre. In diesem Falle waren die Auswirkungen nicht nur größer, sondern der Schaden erwies sich letztlich als nicht mehr reparierbar. Im Unterschied zur Metallurgie gelang es der DDR bis 1989 nicht, eine eigene, konkurrenzfähige mikroelektronische Basis aufzubauen, was wesentlich zur Politik des "Exports um jeden Preis" der 80er Jahre und damit zum Abfluss von Nationaleinkommen aus der DDR in Milliardenhöhe beitrug – Mittel, die dann für Investitionen in der DDR selbst nicht mehr zur Verfügung standen.



(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

Vietnamesische Werk­tätige mit ihrem Lehrmeister im VEB Presse- und Scherenbau Erfurt 1968, (Originaltext zum Foto)

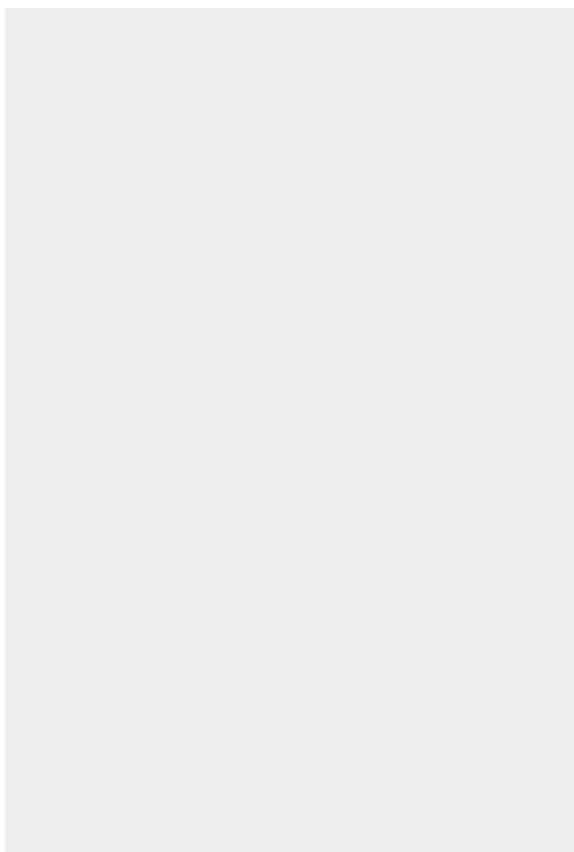
Zu den nicht systembedingten Einwirkungen gehört ferner auch die demographische Entwicklung, die in der Regel nicht, schon gar nicht kurzfristig, durch die Gesellschaft oder gar den Staat zu beeinflussen ist. Die systemimmanente Knappheit von Arbeitskräften in der DDR wurde in den 50er sowie den 70er und 80er Jahren dadurch gemildert, dass auf Grund der höheren Geburtenrate 15 bis 20 Jahre zuvor mehr junge Arbeitskräfte in den Produktionsprozess eintraten als Beschäftigte aus ihm ausschieden. Außerdem standen ausländische Arbeitskräfte – vor allem Vietnamesen – zur Verfügung.

Entscheidend für den Grad der Knappheit – in diesem Fall an Arbeitskräften – waren die nicht systemimmanenten Faktoren jedoch

nicht. Denn die DDR-Wirtschaft hatte an Arbeitskräfteknappheit in den demographisch günstigen 70er Jahren mehr zu leiden als in den demographisch ungünstigen 60er Jahren, als sich die niedrige Geburtenrate der Kriegs- und Nachkriegszeit auf die Zahl der ins Berufsleben eintretenden DDR-Bürger negativ auswirkte. Zwar klagten die Betriebe auch während der 60er Jahre (schon vorbeugend) über Arbeitskräftemangel, doch wurde er nicht zur "Produktionsbremse" wie später. Tatsächlich gelang es, den demographisch bedingten Rückgang der Beschäftigten, der in die Hunderttausende ging, durch Einsparung von Arbeitskräften, hauptsächlich auf dem Wege betrieblicher Rationalisierung, zu kompensieren. Zum sorgsamem Umgang mit Arbeitskräften bzw. -löhnen

als gewinnmindernden Kostenfaktor regte das "Neue Ökonomische System" an, mit dem die Eigenverantwortung der Betriebe für ihre Erzeugung sowie ihre Ausstattung mit materiellen und finanziellen Mitteln angestrebt und teilweise verwirklicht wurde. Wenn überhaupt jemals, dann wurde während der 60er Jahren in der DDR der

Mangelwirtschaft ernsthaft und teilweise erfolgreich der Kampf angesagt. Allerdings scheiterte die Reform 1970 am System, weniger am wirtschaftlichen als am politischen. Beide waren zu DDR-Zeiten untrennbar miteinander verbunden. Und so blieb die Mangelwirtschaft Markenzeichen von 40 Jahren Wirtschaftsentwicklung in der DDR.

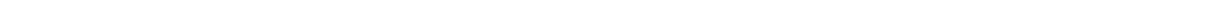
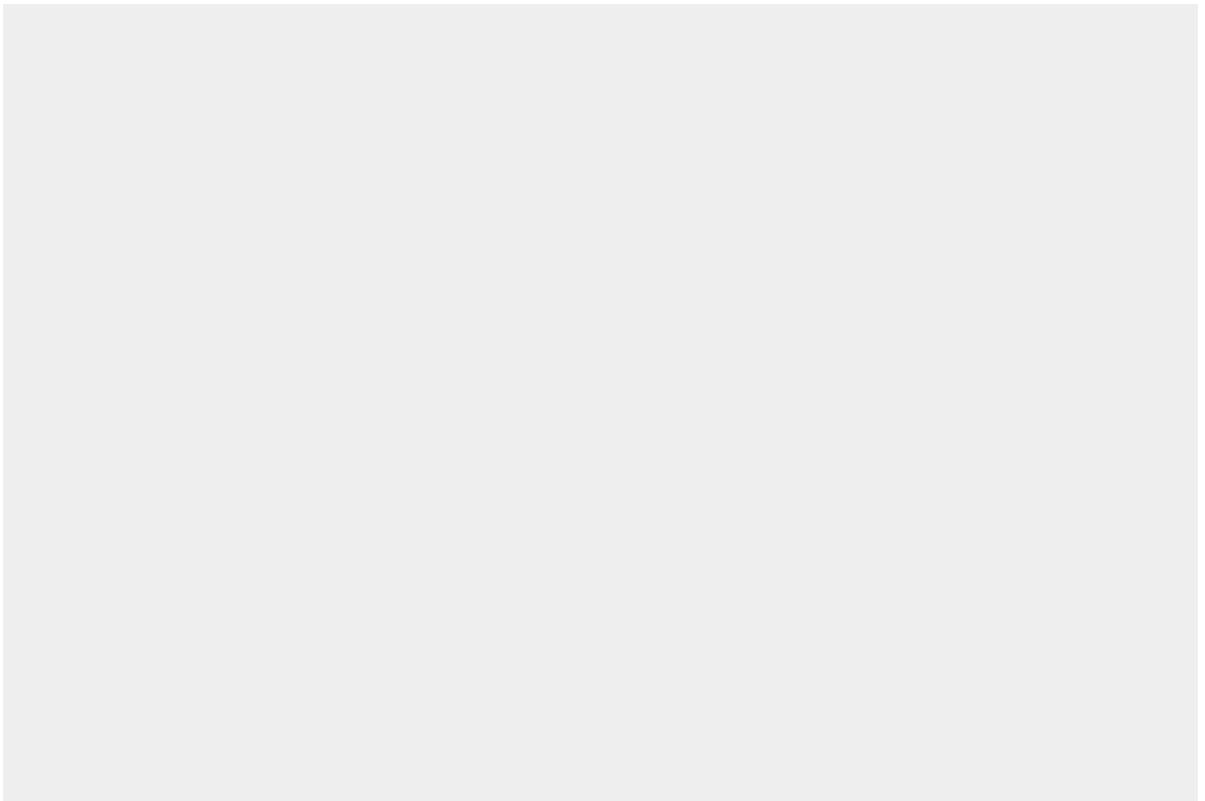


Im VEB Feuerungsanlagenbau Holzhausen werden Teile für die Mahlkammer, in denen Rohbraunkohle zerkleinert wird, bis zu einem Durchmesser von 3,27m bearbeitet. Das Werk, ein Betrieb des Kombinat Kraftwerkenanlagenbau Berlin, ist wichtiger Zulieferer für die Industrie-, Heiz- und Kondensationskraftwerke der Republik. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1989/0223/402 KB)

6. "So wie wir heute
arbeiten, werden wir
morgen leben!"

Wirtschaftsalltag und die
wirtschaftliche Seite des
Alltagslebens



6.1 "Plandiskussion": Zur Rolle der Werkleitungen und Belegschaftsvertretungen im Planungsprozess

Die zentrale Wirtschaftslenkung vollzog sich in der Praxis nicht mittels der propagandistisch hervorgehobenen "Perspektivpläne", sondern über die Jahresplanung.

Das Konzept des wichtigsten Plananteils, des jährlichen Produktionsplanes, wurde gewöhnlich im Januar/Februar eines laufenden Jahres für das nächstfolgende Jahr in der SPK durch Konsultationen mit den Branchenministerien sowie durch die "Querschnittsministerien" für Finanzen, Wissenschaft und Technik, Außenhandel sowie Materialwirtschaft erarbeitet. Grundlage war die Analyse des Wirtschaftsablaufs im Jahr zuvor sowie die Einschätzung des Plananlaufs für das beginnende Jahr.

War man sich "oben" auch bewusst, dass man nicht einfach die gewünschten Planziele vorgeben konnte, so sollten die Betriebe, VVB und Kombinate mittels der Planaufgabe doch zu höchstmöglicher Leistung verpflichtet werden. Dazu diente aus der Sicht des Ministeriums auch die "Plandiskussion" in den Betrieben, an der, von den Gewerkschaften organisiert, die Betriebsangehörigen teilzunehmen hatten. Der wirkliche Akteur der Plandiskussion war die Betriebsleitung. Sie versuchte, für das Unternehmen günstigere, d.h. eher zu erfüllende Aufgaben, u.a. mittels Sortimentsverschiebung, als "Initiative der Werktätigen" auszugeben.

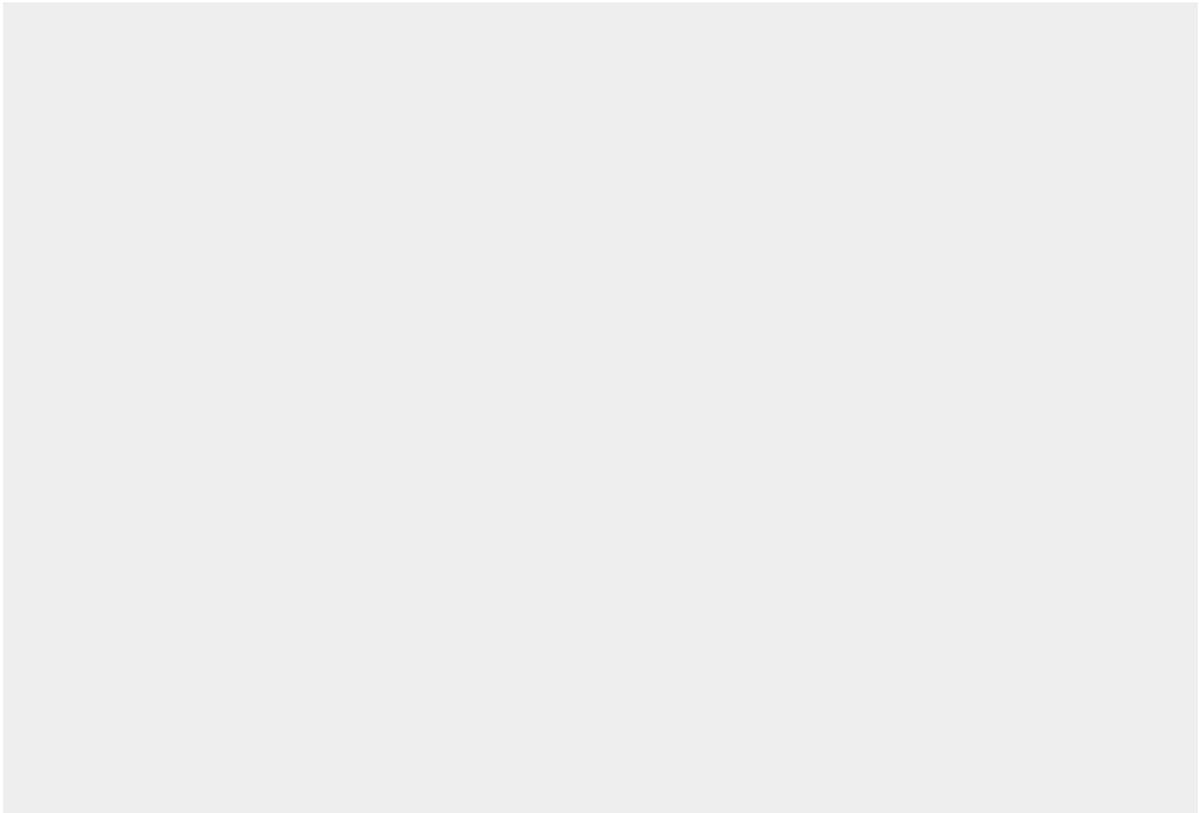
Die Plankennziffern, mit Kommentaren und Korrekturwünschen "von unten" versehen, gingen, nachdem die "Planrunde" in den Betrieben und im Kombinat beendet war, im

September/Oktober des jeweiligen Jahres wieder "nach oben" in die Ministerien und die SPK. Dort blieben die Einwände aus den Kombinat und Betrieben in der Regel unbeachtet. Nach Beratungen mit dem Wirtschaftssekretariat des ZK der SED legte die Plankommission sogar oft noch etwas auf die staatlichen Forderungen vom Frühjahr drauf und gab sie dann an die Betriebe und Kombinate zurück.

In den Betrieben kannte man natürlich diese Vorgehensweise. Die Kombinat- und Betriebsdirektoren waren deshalb bestrebt, sich gegen die überzogenen Planvorgaben "von oben" zu wappnen, indem sie ihre wahren Produktionsmöglichkeiten verschleierten und unterhalb der Höchstauslastung planten, um die zu erwartenden umfangreicheren staatlichen Planvorgaben doch noch erreichen zu können.

Rein theoretisch hätten sich Betriebsleitungen und Plankommission bzw. Ministerium natürlich gleich auf realistischere Plankennziffern einigen können. Das hätte manche krummen Manöver, viel Papier und Tausende mit Planrechnungen aller Art vergeudete Arbeitsstunden gespart. Aber das war – mit teilweiser Ausnahme der 60er Jahre, als zur Verhinderung "weicher Pläne" "ökonomischen Hebel" eingesetzt wurden – offensichtlich nicht möglich. So blieb nur noch das "Planpoker" als aufwändiges Regulierungsinstrument für die jährliche Erzeugung. Wer es beherrschte, der galt als ein erfolgreicher Direktor.

Aber auch wenn es den Betrieben nicht gelang, mit Tricks realistischere Pläne durchzusetzen, bestand noch eine Möglichkeit zur Planerfüllung. War der Werkleiter gewitzt genug, die Plankommission davon zu überzeugen, dass nicht sein Betrieb, sondern



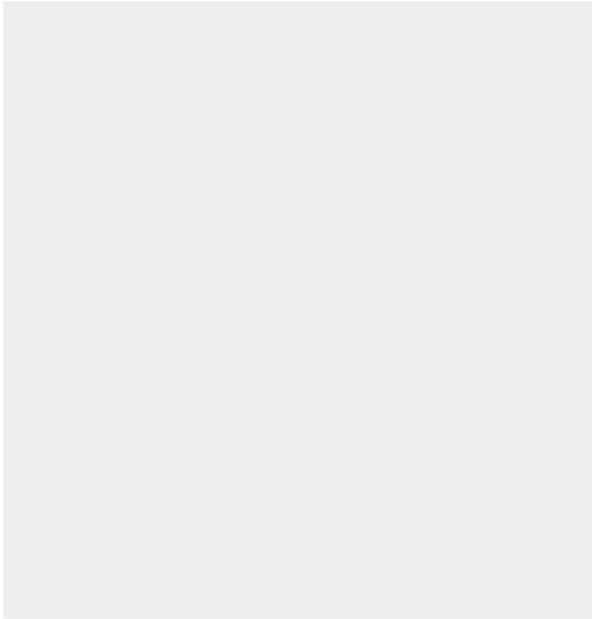
(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1989/0427/401)

Karl-Marx-Stadt: Eine Reihe umfassender Rationalisierungsmaßnahmen werden im VEB Schwarzenberg in diesem Jahr voll produktionswirksam. Damit werden auch die hohen Wettbewerbsziele realisiert, in diesem Jahr Waschautomaten des Typs WA Kompakt über den Plan zu produzieren. Wesentlich rationalisiert wurde u.a. die Behälterfertigung für den WA Kompakt durch die hochspezialisierte Sonderanlage. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

äußere Einflüsse den Rückstand in der Planerfüllung bewirkt hatten, dann winkte ihm spätestens zum IV. Quartal des Jahres eine "Planpräzisierung", d.h. eine Reduzierung des Jahresplanes. Damit waren die seit Ende der 40er Jahre übliche gewordene Prämierung aus dem Direktorfonds bzw. die Jahresendprämie, die in den 70er Jahren immer mehr zum 13. Monatsgehalt der Werkträgern in der DDR wurde, gerettet.

Volkswirtschaftlich ließ sich der eingetretene Rückstand natürlich nicht mit einem Federstrich ausgleichen. Deswegen gab es die "Planpräzisierung" nicht im Abonnement.

Überstunden, um den Monatsplan zu retten, waren auch in den 70er und 80er Jahren in vielen Betrieben Gang und Gäbe. Auf Überstunden musste vor allem zurückgegriffen werden, wenn unpünktliche Zulieferungen Warte- und Stillstandszeiten verursacht hatten bzw. dem Betrieb mitten im Jahr Planänderungen (Produktionserhöhungen oder Sortimentsveränderungen) vom zuständigen Ministerium "aufgebrummt" wurden, weil "außerplanmäßig" ein akuter Mangel an diesem oder jenem wichtigen Wirtschaftsgut eingetreten war oder sich (vor allem in den 80er Jahren) ein günstiges Exportgeschäft anbot.



Flexible Reaktion auf Kundenwünsche sowie Vorzüge in der Arbeitsorganisation und Einführung neuer technologischer Lösungen ermöglicht eine neue rechnergestützte Montagestrecke für Allgasherde, die kürzlich vorfristig im VEB Gas- und Elektrowerke Dessau in Betrieb ging. Dadurch verbesserten sich die Arbeitsbedingungen für die Werktätigen und die Produktivität wurde gesteigert, derzeit verlassen täglich mehr als 600 Gasherde die Montagelinien des Werkes. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

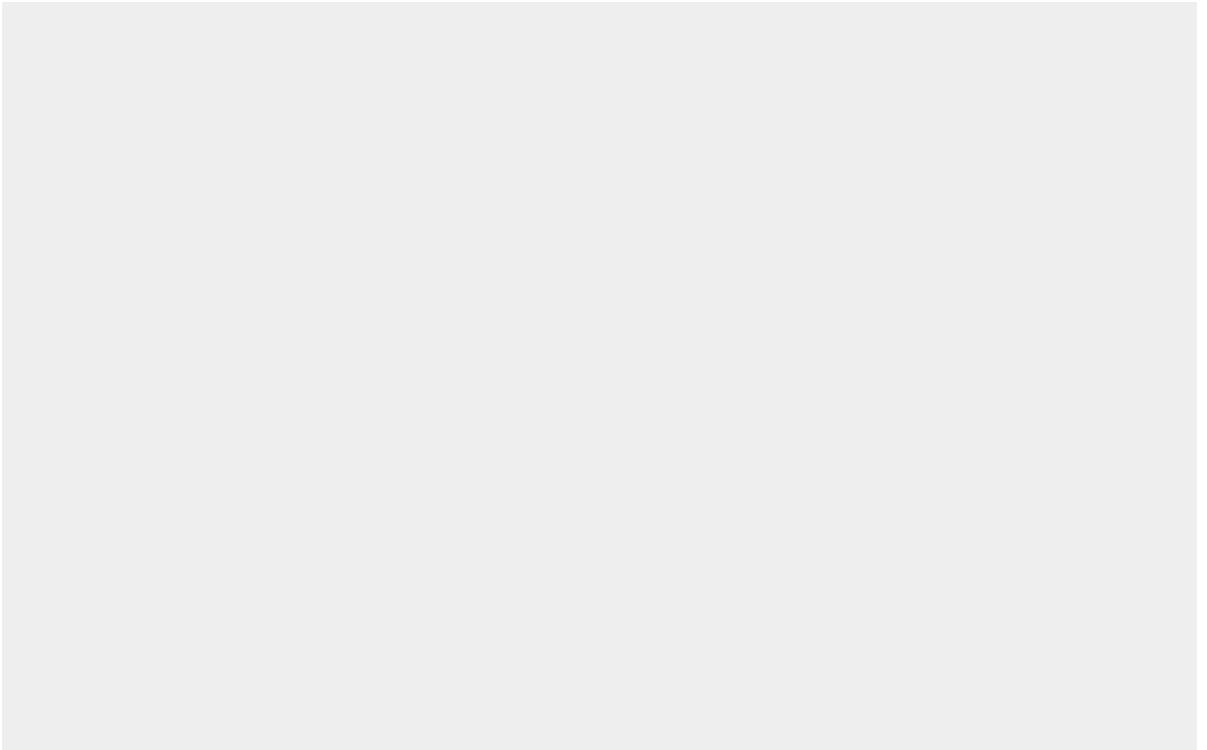
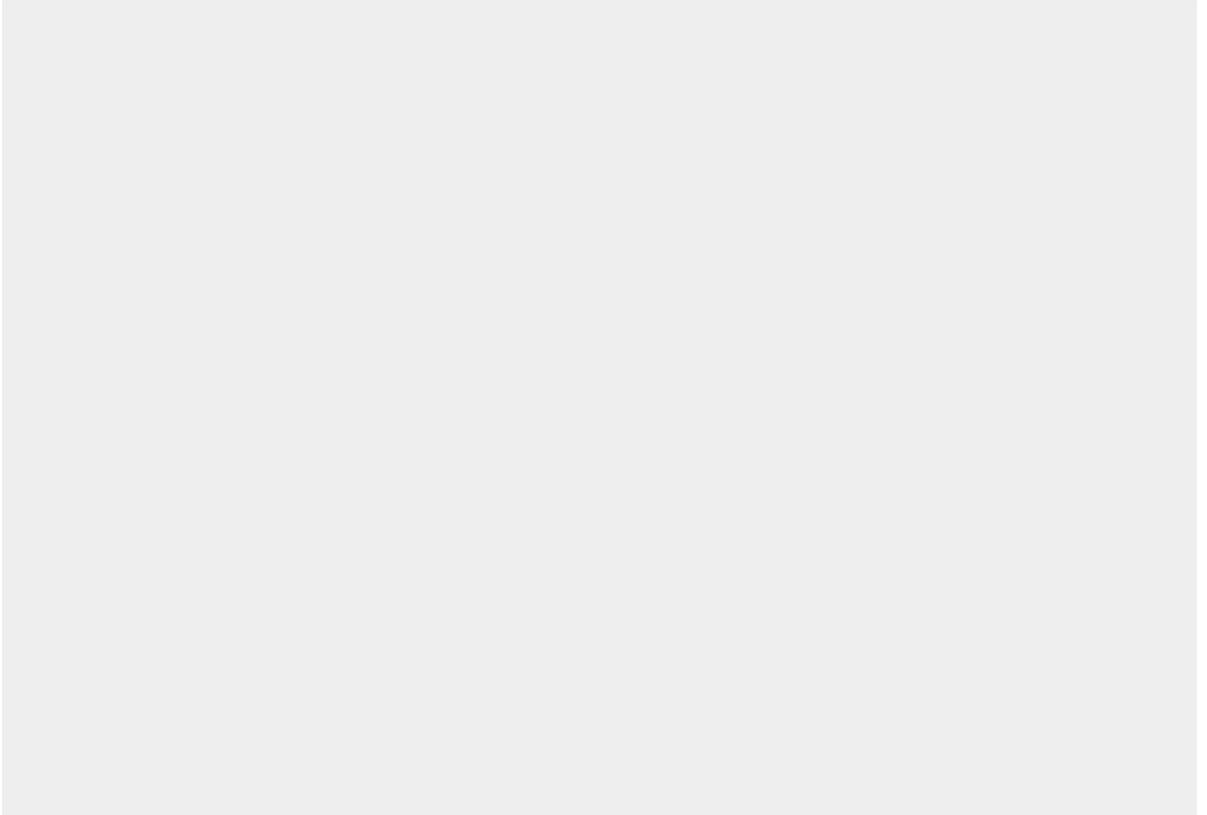
(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1988/0203/411)

6.2. Brigaden und Wettbewerbsbewegung

Die (möglichst vorfristige) Erfüllung ihrer Abteilungspläne hatten sich die Brigaden zur Aufgabe zu machen. Deren eigentliche Geschichte begann im März 1950 mit der vom FDGB organisierten massenhaften Bildung von Arbeitsbrigaden. Anfang der 50er Jahre war etwa ein Drittel, Mitte der 50er Jahre die Hälfte der Industriearbeiter in Arbeitsbrigaden organisiert. Die – ebenfalls im Auftrage der Partei und zusammen mit der FDJ vom FDGB initiierten – „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ gab es seit Anfang 1959. Anders als im Falle der Arbeitsbrigaden verpflichteten sich ihre Mitglieder nicht nur „sozialistisch zu arbeiten“, sondern auch „sozialistisch zu lernen und zu leben“. Verglichen mit den schon bestehenden Arbeitsbrigaden sollte sich in den sozialistischen Brigaden die „progressive Elite“ der Industriearbeiter zusammenfinden. Aber bereits

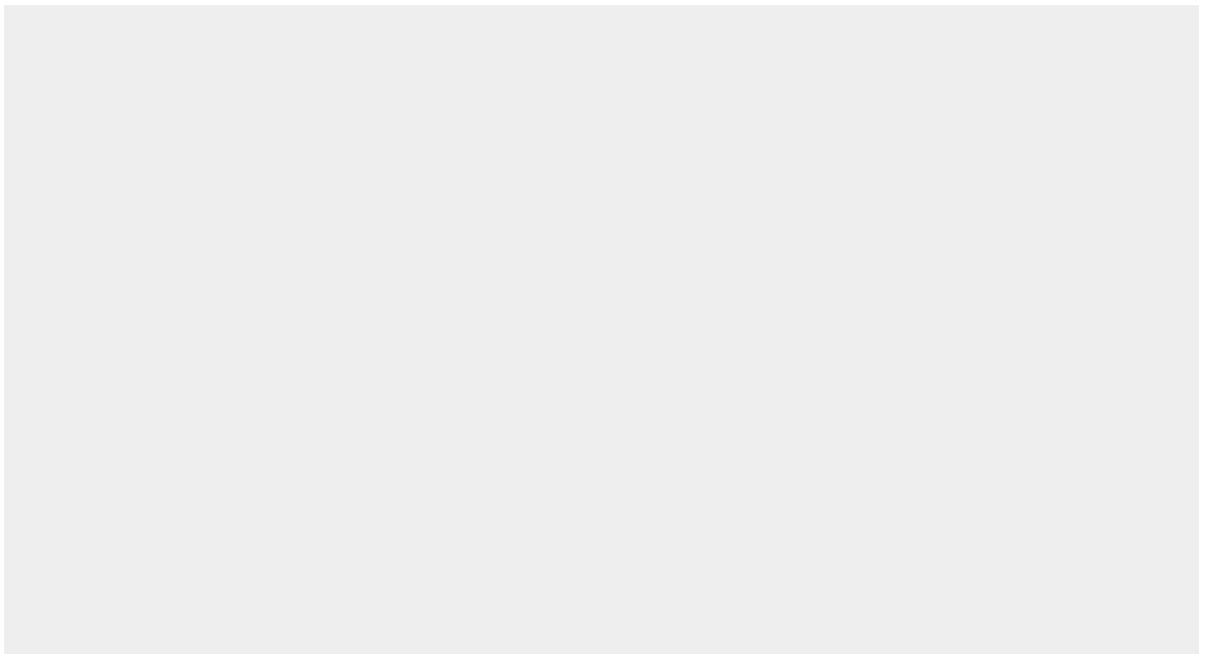
ab 1960 war knapp die Hälfte der Arbeiter in den Betrieben in „Kollektiven der sozialistischen Arbeit“ organisiert, wie die offizielle Bezeichnung der Brigaden seit März 1962 lautete. Im Jahre 1969 arbeitete erstmals die Mehrheit der Beschäftigten volkseigener Industriebetriebe in Brigaden. Bereits zwei Jahre später waren es zwei Drittel, 1988 sogar 84 %. In anderen Wirtschaftszweigen fand das Brigadesystem nicht im gleichen Maße Anwendung. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre aber dürfte es kaum einen größeren VEB gegeben haben, in dem nicht die Mehrzahl der betrieblichen Arbeitsgruppen Brigaden waren.

Die Brigaden unterschieden sich von bis dahin üblichen Arbeitsgruppen bzw. Kolonnen mindestens in drei Merkmalen. Sie waren erstens das Resultat einer Entscheidung der Arbeitsgruppe selbst, d.h. die Bildung von Brigaden war Sache der Beteiligten. Zweitens schlossen die Brigaden



jährlich einen Brigadevertrag mit der Werkleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) ab bzw. stellten sich in einem von beiden Institutionen gebilligtem "Kampfprogramm" zur "Erringung des Titels 'Kollektiv der sozialistischen Arbeit'" zusätzliche Produktionsaufgaben, mit denen (meistens) die Menge der herzustellenden Produkte zu überbieten oder (seltener) die Qualität der produzierten Erzeugnisse im Rahmen der gerade propagierten Form des "sozialistischen Wettbewerbs" zu steigern war. Die sozialistischen Brigaden übernahmen auch Verpflichtungen, die über den Arbeitsplatz hinausreichten. Diese bezogen sich einerseits auf Qualifizierungsaufgaben ("sozialistisch lernen"). Andererseits umfassten sie unter der Rubrik "sozialistisch leben" kulturelle oder gesellige Aktivitäten nach Feierabend und an den Wochenenden bzw. Unterstützungsmaßnahmen für Schulen ("Patenschaften") oder Kommunen ("Aufbaueinsätze"). Werkleitung und BGL verpflichteten

sich im Brigadevertrag ihrerseits, die für die Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne durch die Brigade benötigten Materialien und Zulieferungen "kontinuierlich bereitzustellen". Die über den Produktionsprozess hinausgehenden Aktivitäten der Brigade durch Freistellungen (vor allem für Qualifizierungslehrgänge) und mit Geld (z.B. für Theaterbesuche und Brigadefahrten) galt es zu unterstützen. Drittens hatten die Brigaden direkten Einfluss auf die Bestimmung des Arbeitsgruppenleiters. Wurden die traditionellen Arbeitsgruppen unmittelbar durch den Leiter bzw. mittelbar über eine vom Abteilungsleiter bzw. Meister eingesetzte Person (Kolonnenführer, Vorarbeiter, Einrichter) geleitet, so stand an der Spitze der Brigade der Brigadier. Obwohl 1950 vom Bundesvorstand des FDGB keineswegs vorgegeben, setzte sich in den Arbeitsbrigaden rasch die Wahl des Brigadiers aus der Mitte des Kollektivs heraus durch.

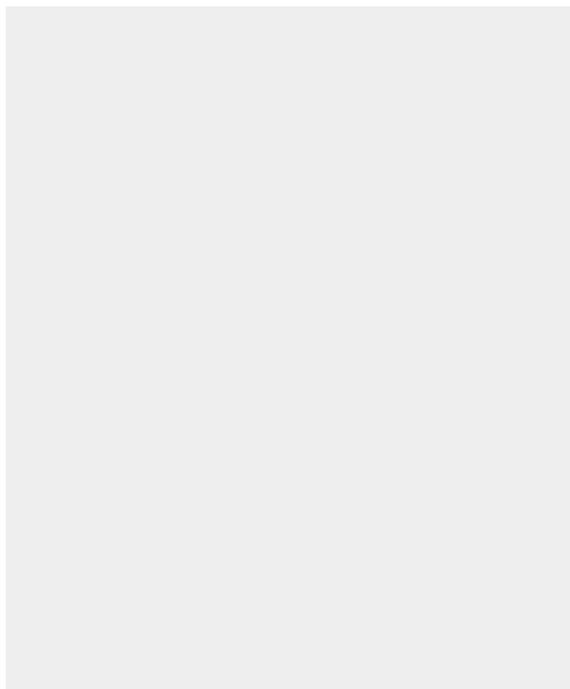


(Foto: Stadtarchiv Erfurt)

Kantine der VEB Kühlmöbelwerkes in Erfurt um 1980

Eine neue Technologie zur höheren Veredelung von Gewindebohrern wurde im VEB Werkzeugfabrik Altenburg produktionswirksam. In einer Vakuumkammer werden die Werkzeuge ionisiert und mit Titan-nitrit beschichtet. Der verschleißfestere Überzug erhöht die Standzeiten der Gewindebohrer auf das Dreifache. In diesem Jahr werden die Altenburger 130 000 Stück vom TYP L in den Größen M3 und M10 liefern. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

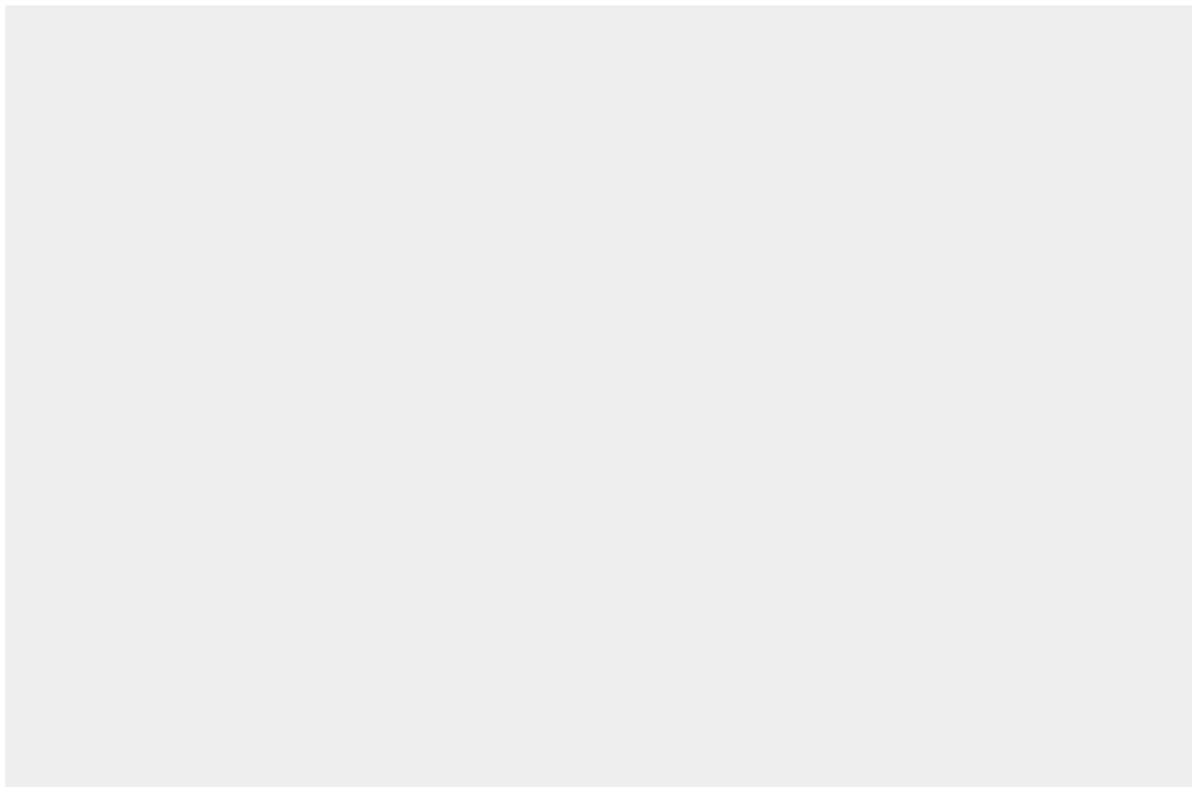
(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1987/0727/412)



In der betrieblichen Realität waren allerdings oft die hier anhand der konstitutiven Momente der Brigade erläuterten Unterschiede der "sozialistischen Kollektive" zu den gewöhnlichen Arbeitsgruppen weniger deutlich: An Stelle der Wahl der Brigadiere trat vielfach deren Einsetzung durch den Meister, allerdings in Abstimmung mit den Brigademitgliedern. Freiwilligkeit schloss Nötigung nicht aus. Brigadeverträge hatte die Betriebsleitung teilweise so weit vorbereitet, dass die Vordrucke nur noch ausgefüllt werden brauchten.

Wie hoch der auf diese Art zu Stande gekommenen Anteil formal gebildeter Brigaden war, ist schwer zu bestimmen. Auch eine Aussage des Bundesvorstandes des FDGB

vom Juli 1959, "dass kaum die Hälfte (der gemeldeten sozialistischen Brigaden) echt sich dieser Bewegung angeschlossen haben", beruhte letztlich auf Schätzungen. Somit lässt sich auch die Zahl derjenigen Brigaden, in denen engagiert um eine Verbesserung der Produktionsmethoden gekämpft wurde, nicht mit Sicherheit bestimmen. Es kann aber angenommen werden, dass der Anteil der "unechten" Brigaden, umso größer war, je mehr von Seiten der SED-Führung Druck gemacht oder materielle Anreize geboten wurden, alle Beschäftigten (zumindest in den Industriebetrieben) in Brigaden zu organisieren. Das war mit Sicherheit in den 70er und 80er Jahren der Fall.



(Foto: Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V., Fotosammlung)

Auszeichnung von Kampfgruppenmitgliedern um 1970

6.3 Brigadealltag: Norm, Arbeitsleistung und Brigadetagebuch

Aktivistentaten sollten vor allem dazu beitragen, die der zentralen Führung zu niedrig erscheinenden Arbeitsnormen mit von den Arbeitsnormern ermittelten "technisch begründeten Arbeitsnormen" in Übereinstimmung zu bringen. Im Herbst 1948 legte der Hauer Adolf Hennecke nach intensiver Vorbereitung eine besonders große Menge geförderter Kohle vor. Seine Leistung sollte allen Werktätigen als Ansporn dienen. Der gewünschte Erfolg blieb allerdings aus. Die Mehrzahl der Normen blieb "weich", d.h. es kam zu beträchtlichen Übererfüllungen und bei Leistungslohn zu einem höheren Arbeitereinkommen. Lohnentwicklung und Leistung klafften – mit

Ausnahme vielleicht der 60er Jahre – vor allem im schwerer zu regulierenden Maschinenbau stets auseinander. Nach dem durch zentral angeordneten Normerhöhungen ausgelösten Aufstand des 17. Juni 1953 begnügte sich die SED-Führung mit Appellen an "ehrliche" Normen, die sich u.a. in den von Ulbricht auf dem V. Parteitag der SED 1958 verkündeten "zehn Geboten der sozialistischen Moral" niederschlugen. Für deren Realisierung sollten die "sozialistischen Brigaden" ab 1959 eintreten.

Die in der Normenfrage nunmehr auf sich gestellten Betriebsleitungen wussten um die relativ starke Position der Arbeiter nach dem Scheitern einer zentralen Regelung der Normfrage. Sie setzten Normerhöhungen nur in dem Maße durch, wie das auf dem

Wege des Kompromisses mit der Belegschaft, im "Lohnaushandeln", möglich war. Im Interesse des gesamten Kollektivs übte sich der Brigadier mit stillschweigender Duldung des Meisters im "Schreiben von Normerfüllung".

Mit dem Brigadevertrag war in der Regel die Verpflichtung verbunden, ein Brigadetagebuch zu führen. Derartige Tagebücher sind vom Ende der 50er bis zum Ende der 80er Jahre jährlich zu Zehntausenden geführt worden. Demnach wäre das Brigadetagebuch die ideale Quelle zur Studium der Arbeitsverhältnisse und des Arbeitsklimas in den Brigaden. Das ist jedoch nur bedingt der Fall. Am Anfang gab es genug "engagierte" Brigaden, nach deren Auffassung das Brigadebuch "kein Buch der guten Taten", sondern eine Widerspiegelung realen betrieblichen Lebens "ohne Schönfärberei" sein sollte. Aber bereits zu Beginn der 60er Jahre wurde bemängelt, dass der "inneren Auseinandersetzung" der Brigade im Tagebuch nicht mehr genügend Raum gewidmet würde. Diese Tendenz setzte sich in den 70er und 80er Jahren offensichtlich unvermindert fort. Im Jahre 1987 stellte die Schriftstellerin Marga Tschirner in einem Brief an den Bundesvorstand des FDGB fest, "dass sich der Inhalt der Tagebücher, im Gegensatz zu früher, verändert hat. Nicht mehr die Tagebuchform wird gehandhabt, sondern das Schreiben von Artikeln mit Überschriften über Brigadeausflüge, Besuch in der Patenklasse² usw. Auseinandersetzungen werden kaum geschildert. Kritische Bemerkungen fehlen, meist auch Probleme der Arbeit".

6.4 Die Funktionen der betrieblichen Sozialpolitik

Lohnerhöhungen kamen in der DDR weniger über Tarifverträge, als mittels staatlicher Dekrete bzw. durch "weiche Normen" zu Stande. Sie machten aber letztlich nur Sinn, wenn mit dem zusätzlichen Einkommen auch entsprechend mehr Güter in den Kaufhallen und Einzelhandelsgeschäften erworben werden konnten. Aus den gleichen Gründen wie bei Produktionsmitteln existierte Mangelwirtschaft auch im Konsumgüterbereich. Eine der Möglichkeiten, den ständig spürbaren Mangel an gewissen Gebrauchsgütern und Dienstleistungen für die Arbeitenden nicht oder weniger spürbar zu machen bestand in der betrieblichen Sozialpolitik.

Der Betrieb war in der DDR nicht nur Arbeitsstätte, sondern bis zu einem gewissen Grad auch Lebensmittelpunkt. Er vermittelte Urlaubsreisen bzw. Ferienplätze in betriebseigene Heime und verfügte über begehrte Werkswohnungen. Bestandteile betrieblicher Sozialpolitik waren des Weiteren der Unterhalt von Kantinen sowie Werkläden, in dem Belegschaftsmitglieder ganz regulär erwerben konnten, was "draußen" "Bückware"³ war. Im Rahmen der betrieblichen Sozialpolitik wurden auch Kindergärten, Sportstätten, Betriebsorchester und Kulturgruppen eingerichtet und betreut. Finanziert wurden diese sozialen "Extras" überwiegend aus den Erlösen der Produktion.

² Vielen Brigaden war eine Schulklassen zugewiesen, mit der die Brigade Freizeitaktivitäten durchführte.

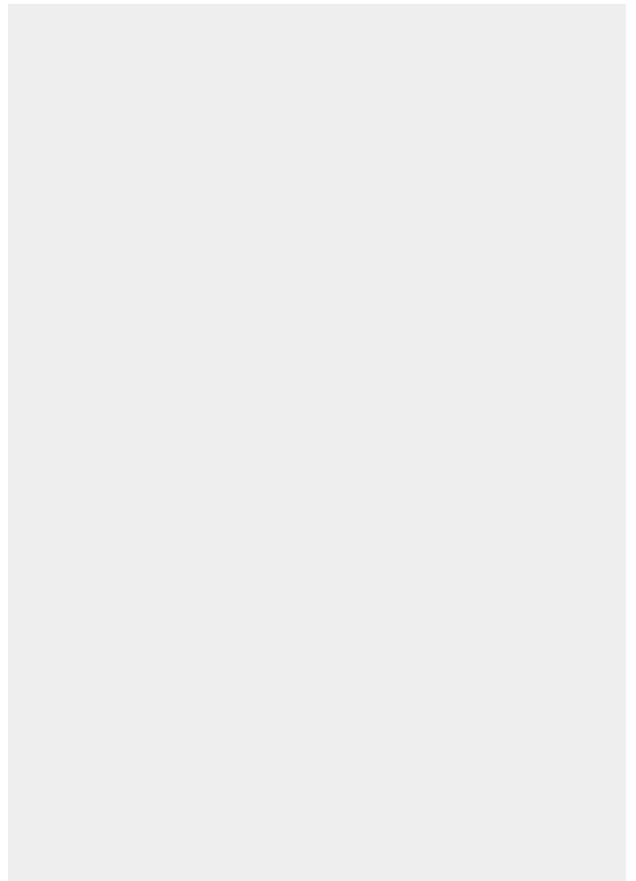
³ So wurden Mangelwaren genannt. Ursprünglich deshalb, weil diese Waren unter dem Ladentisch versteckt wurden und nur an Bekannte des Verkaufspersonals ausgegeben wurden. Um die Waren zu greifen, mussten sich die Verkäuferinnen und Verkäufer "bücken".

Die betriebliche Sozialpolitik erfüllte in der DDR mehrere Funktionen. Für soziale Verbesserungen hatte die revolutionäre Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten gestritten. Diese Verbesserungen waren betriebsärztliche Vorsorge und Betreuung, Pausenversorgung, Wohnraum und sportliche Betätigung, die teilweise in Betrieben des Bergbaus und der Schwerindustrie schon vor 1945 durchgesetzt worden waren, doch wurden sie im "Arbeiter-und-Bauern-Staat" DDR flächendeckend eingeführt. Sozialpolitische Maßnahmen erleichterten – das galt insbesondere für Frauen – die Bewältigung des Arbeitslebens. Die betriebliche Sozialpolitik hatte zweitens eine legitimatorische Funktion. Lücken in der Versorgung und Betreuung, die es generell noch gab, sollten für die Arbeitenden aufgehoben werden. Und die Belegschaften, vor allem der Schwerpunktbetriebe, sollten stärker noch als die Gesamtbevölkerung an "Partei und Regierung" gebunden werden. Drittens hatte die betriebliche Sozialpolitik eine ökonomische Funktion. Sie sollte die Leistungsfähigkeit der Werktätigen sichern (das galt besonders für

die Einrichtungen des betrieblichen Gesundheitswesens), ihre Leistungsbereitschaft steigern, und damit unmittelbar zur Produktivkraftentfaltung beitragen. Diese Seite hatte besonders Ulbricht am Herzen gelegen. Unter Honecker nahm vor allem die Legitimationsfunktion an Bedeutung zu, da es mit Hilfe der betrieblichen Sozialpolitik über längere Zeit möglich war, die gegen Ende der 70er Jahre nachlassende Qualität der Versorgung im Alltag von den Betriebsbelegschaften noch für einige Jahre fernzuhalten.

Werkleiter und Kombinatdirektoren schätzten die betriebliche Sozialpolitik vor allem als Lenkungsinstrument für die Versorgung mit Arbeitskräften. Die Hervorbringung und Beibehaltung einer Stammebelegschaft, Grundvoraussetzung für eine stabile Planerfüllung, vollzog sich im Wesentlichen dadurch, dass mit "Extras" im Bereich der betrieblichen Sozialpolitik freie Arbeitskräfte angelockt oder gebundene aus mit Sozialeinrichtungen schlechter ausgestatteten Betrieben abgezogen wurden.

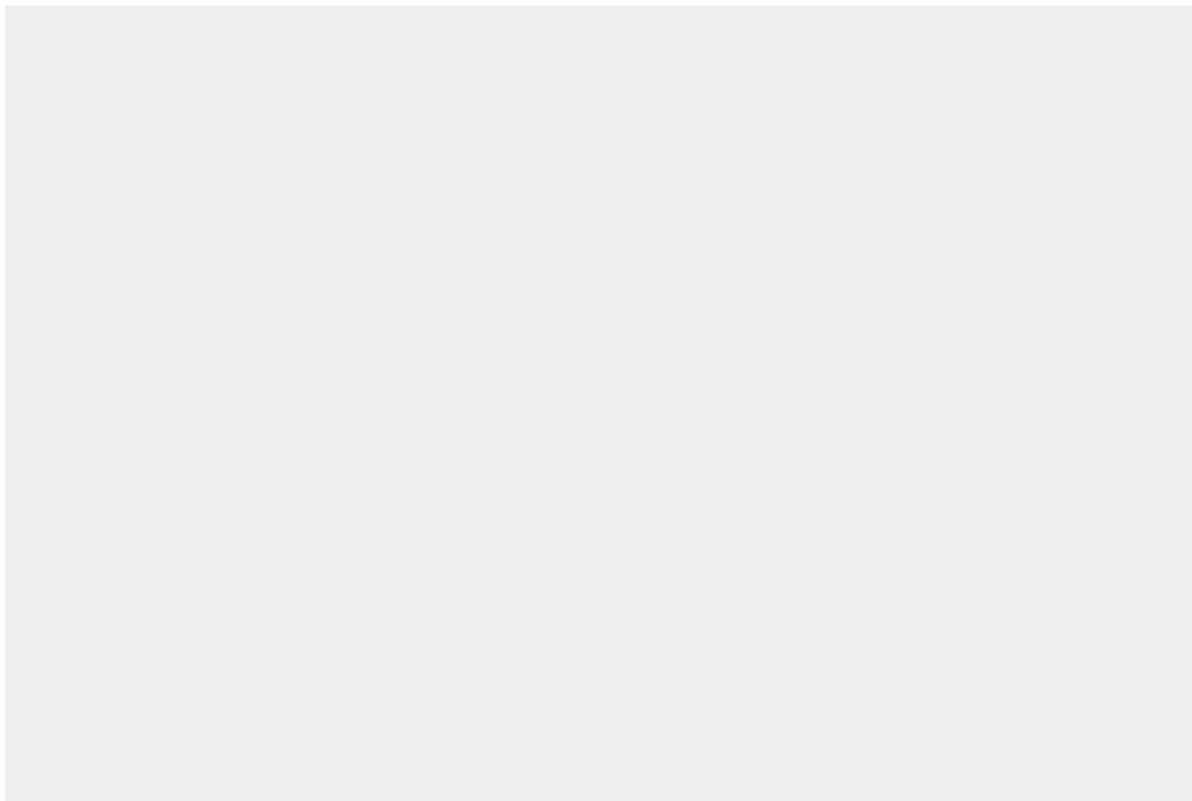
7. Zusammenbruch oder Abbruch der DDR-Planwirtschaft?



7.1 Einschneidende Maßnahmen und riskante Geschäfte zur Bewältigung der Schuldenkrise

Die DDR richtete ihre gesamte Wirtschaft auf den Export in den Westen aus. Anteilmäßig stieg der Westexport von 30 % 1980 auf 49 % 1989 aller ausgeführten Waren. Dies hatte massive Veränderungen in der Produktion zur Folge. Allerdings weniger im Sinn des vom X. Parteitag der SED 1981 in hektischer Eile erlassenen 10-Punkte-Programms in Richtung der Intensivierung und Effektivierung. Vielmehr standen hinsichtlich ihrer

volkswirtschaftlichen Auswirkungen nicht durchkalkulierte Hau-Ruck-Aktionen auf der Tagesordnung. Bewusst wurde dabei die Substanz der Industriezweige außerhalb des Export- und Elektronikbereichs durch Verringerung der produktiven Investitionen vernachlässigt. Gleichzeitig wurden zu Gunsten von Westexporten auch Abstriche im Konsumgüterbereich gemacht. Die spürbare Verschlechterung der Versorgung bei hochwertigen Konsumgütern und Sortimentslücken bei den "1000 kleinen Dingen" wirkten sich zunehmend auch auf die privilegierte Versorgung der Beschäftigten von Großbetrieben negativ aus.



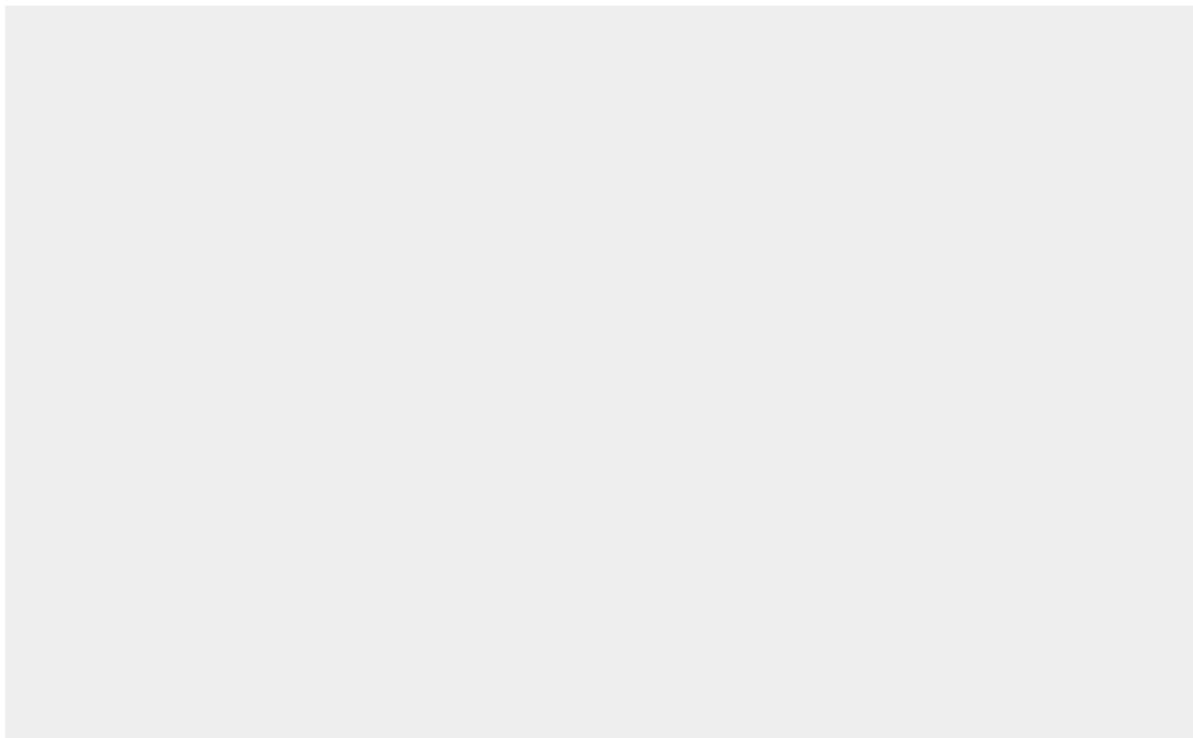
(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1988/0506/420)

Im Stammbetrieb des VEB Petrolchemischen Kombines Schwedt wird seit 1964 Erdöl verarbeitet. Die Treibstoff- und Heizölraffinerie dieser Anfangsjahre ist heute (1988) ein petrochemischer Produktionskomplex mit einem weitverzeigten Erzeugnisprofil. Treibstoffe, Heizöle, Aromaten, Paraffine, Stickstoffdünger, Faserrohstoffe, Labor- und Feinchemikalien sowie Konsumgüter für den Haushaltsbereich werden im Werk produziert. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

Immerhin gelang es mit Importkürzungen und "Exporten um jeden Preis" die Handels- und Zahlungsbilanz der DDR gegenüber dem Westen wieder aktiv zu machen und, wie es die Bundesbank einschätzt, "ein respektables Liquiditätspolster" aufzubauen. Die Schulden in harter Währung verringerten sich zwischen 1982 und 1985 von 25 auf 15,5 Mrd. DM. Die DDR-Wirtschaft schien sich konsolidiert zu haben.

Die teilweise Entschuldung der DDR war vor allem durch die Verarbeitung von aus sowjetischen Erdöl in den Raffinerien von Schwedt an der Oder hergestellten Erdölderivaten

und deren Export erreicht worden. Das "Erdölgeschäft" war sehr riskant, da die Exportgewinne auf der Differenz zwischen (niedrigeren) sowjetischen und (höheren) Weltmarktpreisen für Öl beruhten. Ende des Jahres 1985 fielen die seit 12 Jahren stark überhöhten Weltmarktpreise innerhalb von wenigen Wochen auf die Hälfte. Dadurch wurden auch die aus dem Derivate-Exportgeschäft der DDR erwirtschafteten Deviseneinnahmen um etwa die Hälfte reduziert. Der "umgekehrte Erdölshock" brachte die DDR erneut – und diesmal endgültig – in eine schwierige Lage.



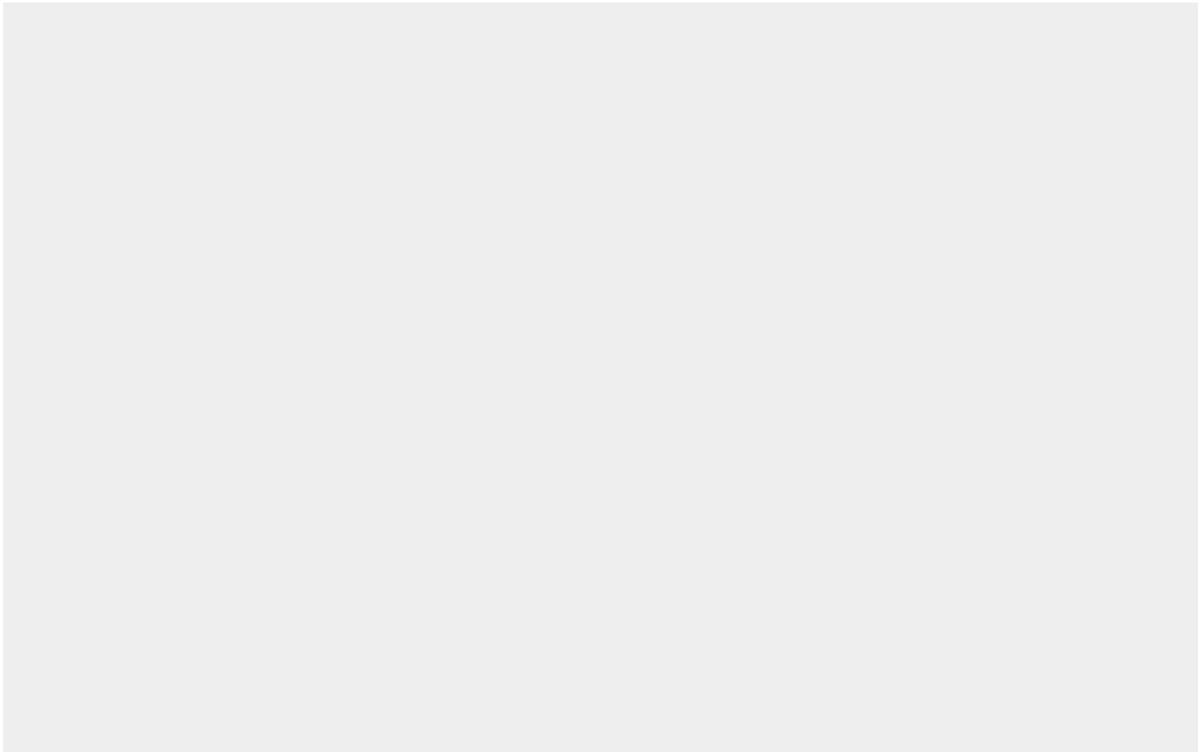
(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1989/1012/425)

Eine moderne Hautcreme-Produktionsstätte ging im VEB Miltitz/Waldsheim vorfristig in Betrieb. Auf hochproduktiven Anlagen wird jetzt neben drei Sorten Florena-Creme in neuer 75-Milliliter-Abpackung auch die international renommierte Nivea-Creme für den DDR-Binnenmarkt hergestellt. Eine neue Produktionsstätte wurde durch das Kosmetikkombinat Berlin in Zusammenarbeit mit den Firmen Beiersdorf AG Hamburg (BRD) und SIAB (Schweden) errichtet. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

7.2 Vom Scheitern der wirtschaftlichen Konsolidierungspolitik zum "Wirtschaften ohne Zukunftskonzept"

Als das "Derivategeschäft" nicht mehr funktionierte und die Mikroelektronik weiterhin nicht zur Erhöhung der Attraktivität der Maschinenbauexporte der DDR beitragen konnte, wurden Zahlungsbilanz und Leistungsbilanz wieder negativ. Die Nettoverschuldung gegenüber dem westlichen Ausland nahm erneut zu, von 15,5 Mrd. 1985 auf 19,9 Mrd. 1989.

Schon aus der fast parallelen Entwicklung von Außenhandelsbilanz und Verschuldungsentwicklung gegenüber dem NSW wird erkennbar, dass die teilweise seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre anfallenden direkten Zahlungen der Bundesrepublik an die DDR in Form von Autobahngebühren, über das "Müllgeschäft"⁴ oder die "Kirchengeschäfte A und B" (u.a. Häftlingsfreikäufe) vergleichsweise wenig Einfluss auf die Zahlungsbilanz der DDR bzw. ihre Westverschuldung hatten. Auch die als spektakulär empfundenen "Strauß'schen Milliardenkredite"⁵ von 1983 und 1984 waren mehr von psychologischer



(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1988/0222/400)

Eine weitere Leistungssteigerung bei der Produktion von Kupferdraht streben die Metallurgen an der Draht-Gieß-Walzanlage der Kupfer-Silber-Hütte "Fritz Beyling" in Hettstedt an. In diesem Jahr bedeutet das eine Steigerung um 1 500 t des hochwertigen Vormaterials für die Drahtziehereien. 83 % aller Erzeugnisse der DWVG-Anlage sollen das Gütezeichen "Q" erhalten. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

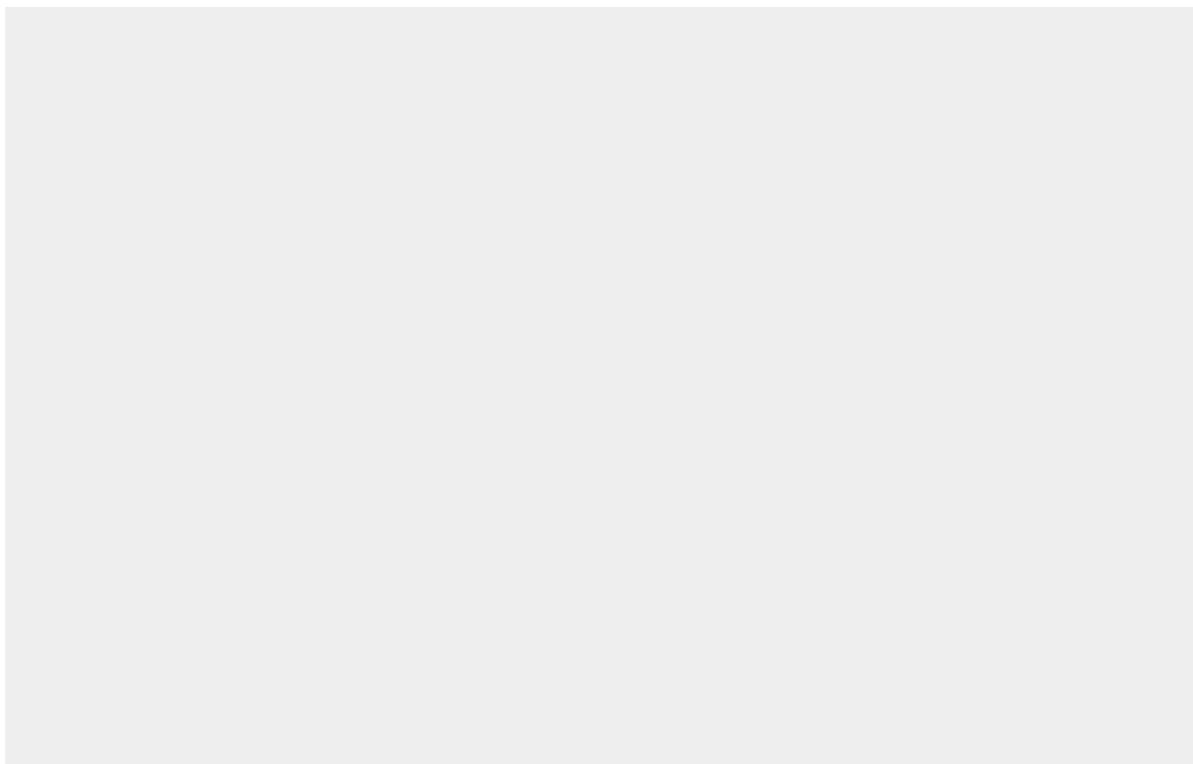
⁴ Die Bundesrepublik exportierte gegen hohe Gebühren Müll in die DDR.

⁵ Der damalige bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß vermittelte zwei große Bankkredite an die DDR.

Wirkung im Vergleich zu einer allerdings mit dauerhaften Schäden für die DDR-Volkswirtschaft erkaufte Exportoffensive. Dies wurde auch von Seite der Bundesregierung bestätigt, als der langjährige Bundesfinanzminister Theo Waigel anlässlich des 10. Jahrestages der Währungsunion vor dem Bundestag erklärte: "Die Transferleistungen der Bundesrepublik und die Kredite des Westens trugen trotz gegenteiliger Äußerungen keineswegs zur Verlängerung der Lebenszeit der DDR bei. Sie waren schon von ihrem Volumen her nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein."

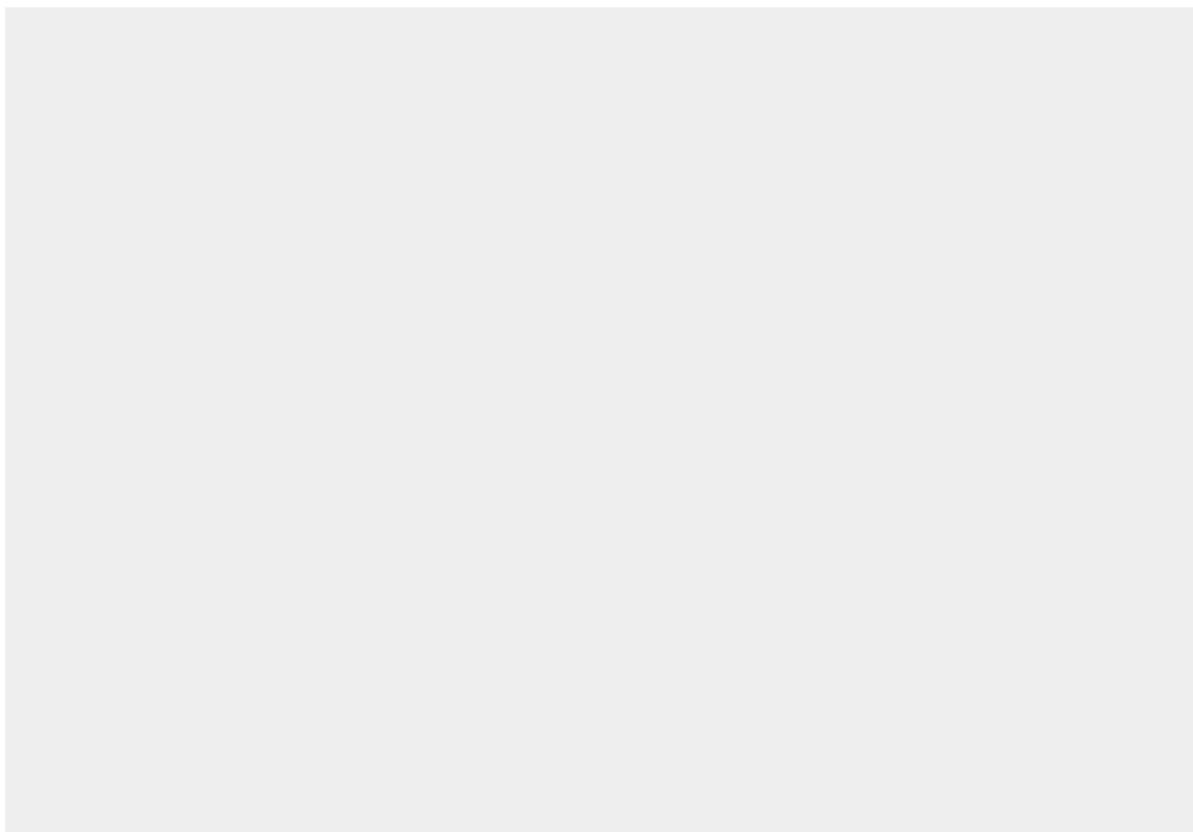
Eine bedeutende Rolle für die Niedergang der DDR-Wirtschaft spielte neben dem fast vollständigen Verzicht auf ökologische Sanierung der Industrie der Verzicht auf

Investitionen außerhalb der Schwerpunktzweige. Ende der 80er Jahre waren 21 % der Ausrüstungen in der Industrie der DDR bereits über 20 Jahre alt (in der Bundesrepublik 6%). Noch weniger als um die Erhaltung der Maschinen und Anlagen kümmerte man sich um die Werksgebäude. Von ihnen waren 1987/88 45 % älter als 20 Jahre. In vielen Zweigen lebte die DDR-Wirtschaft von der Substanz. Mit Ausnahme der elektronischen sowie der Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie sanken in den 80er Jahren deshalb auch die Zuwachsraten der Industrieproduktion. Wie die zunehmende Wachstumsschwäche der DDR-Wirtschaft in der Zukunft abgestellt werden sollte, darüber schwiegen sich die Planentwürfe der DDR für die 90er Jahre aus. Dass die Fehlentwicklung der DDR-Wirt-



(Foto: Sächsisches Wirtschaftsarchiv e.V., Fotosammlung)

Montage von Antriebskästen bei dem VEB Bodenbearbeitungsgeräte "Karl Marx" Leipzig, 1987



(Foto: Bundesarchiv, Bild 193, 1989/0822/405)

Im Stahlbau des VEB Zementanlagenbau Dessau nehmen die Großanlagen, die hier hergestellt werden, Konturen an. Die Anlagen und Einzelausrüstungen sind für die Erzaufbereitung, die Granulierung im Wirbelschichtverfahren und die Lebensmittelindustrie bestimmt. Nach 40jähriger Wirtschaftskooperation mit der Sowjetunion werden 1989 rund 30% der Gesamtproduktion des Dessauer Betriebes dorthin exportiert. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

schaft Mitte der 80er Jahre unter den Bedingungen der SED-Herrschaft und des zentralistischen Planungssystems unkorrigierbar wurde, ist nicht schwer nachzuweisen. Wann sich die Ursachen für den Niedergang der DDR-Wirtschaft herausbildeten ist weitaus schwieriger festzustellen. Mit einiger Sicherheit lässt sich sagen, dass der Niedergang der DDR-Wirtschaft nicht allein einem Ursachenkomplex zugeordnet werden kann. Das gilt auch für die Auffassung, dass ihre Unterlegenheit "systembedingt" war, wobei u.a. neben Mangelwirtschaft auf die dem zentralen Planungssystem innewohnenden

wirtschaftlichen Abkapselungs- und Autarkietendenzen abgehoben wird. Dieses Argument für sich genommen kann jedoch nicht erklären, warum die DDR bis Mitte der 70er Jahre, also über zweieinhalb Jahrzehnte, Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes realisieren konnte, die in etwa denen der Bundesrepublik und der anderen größeren westeuropäischen Marktwirtschaften entsprachen. Ein zweites Argument nennt – abgeleitet aus der wachsenden Auslandsverschuldung der DDR – die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der unter den Bedingungen der Planwirtschaft erzeugten DDR-

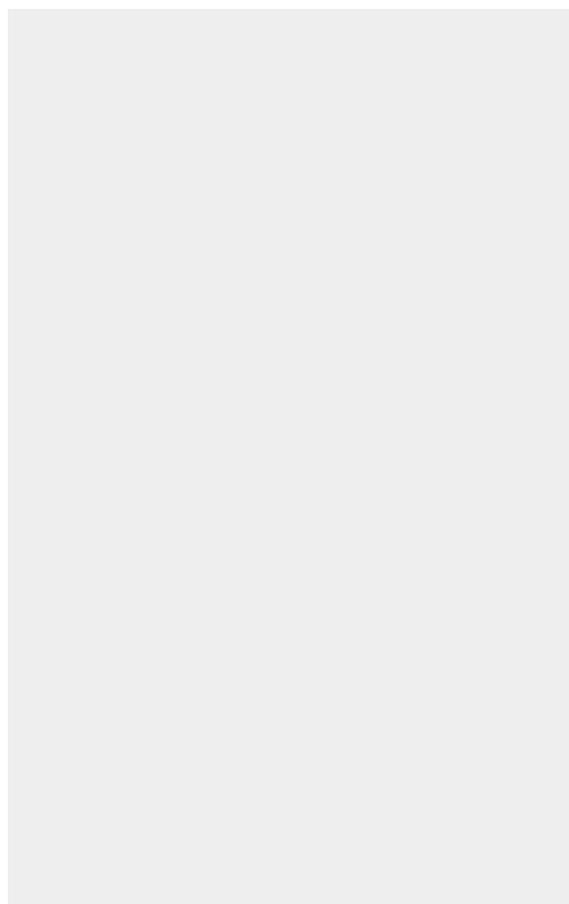
Produkte auf dem freien Markt als Ursache des Niedergangs. Dabei muss aber geklärt werden, warum es der DDR bis Mitte der 70er Jahre sehr wohl gelang, Qualitätserzeugnisse zu produzieren, die auch im Westen geschätzt wurden. Deren Export (oft allerdings zu Preisen, die keinen Gewinn zuließen) überforderte nicht die Wirtschaft wie das dann in den 80er Jahren der Fall war. Drittens wird, wenn es um das Zurückbleiben der DDR-Wirtschaft geht, dies häufig mit einer falschen Wirtschaftspolitik des Politbüros bzw. der Unfähigkeit seiner maßgebenden Mitglieder, wirtschaftliche Sachverhältnisse zu beurteilen, begründet. Insbesondere die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" und diverse von Günter Mittag vorgenommene willkürliche und gegen den Rat der Fachleute vollzogene Eingriffe in die Wirtschaft werden genannt. Wägt man diese Argumente ab, dann ist zu bedenken, dass Mittag bereits seit 1965 (mit einer Unterbrechung 1973 bis 1976) Wirtschaftssekretär des ZK war und ihn Ulbricht spätestens ab 1967 und Honecker seit 1976 im Bereich der Wirtschaft schalten und walten ließen. Die Ergebnisse waren aber in der ersten Periode "mittagscher Machtentfaltung" vergleichsweise positiv, in den 80er Jahren deutlich negativ.

Wer sich also um die Beantwortung der Fragen nach den Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs bemüht, wird gut daran tun, die genannten Ursachenkomplexe im Zu-

sammenhang zu betrachten. Er wird dabei feststellen, dass sie sich seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre gegenseitig so beeinflussten, sodass sich ihre negativen Wirkungen kumulierten. Das auslösende Moment für die Abwärtsspirale waren dabei zweifellos Entwicklungen auf dem Weltmarkt, in den die in mancher Hinsicht durchaus "autarke" DDR-Wirtschaft doch in beträchtlichem Maße eingebunden war. Im Unterschied zu anderen Innovationen, etwa dem Übergang von der Kohle- zur Petrochemie in den Fünfziger-/Sechzigerjahren, erwies sich die DDR nicht in der Lage, die Wirtschaft zu "mikroelektronisieren". Damit aber wurden die Ausfuhr von DDR-Produkten in westliche Industrieländer für die DDR zu einem nicht nur technischen, sondern auch wirtschaftlichen Problem, weil sie

Die Fischverarbeitung gehört zu den wichtigsten Industriezweigen Rostocks. Ihre Grundlage bildet eine Fangflotte von 56 Hochseefischereifahrzeugen. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

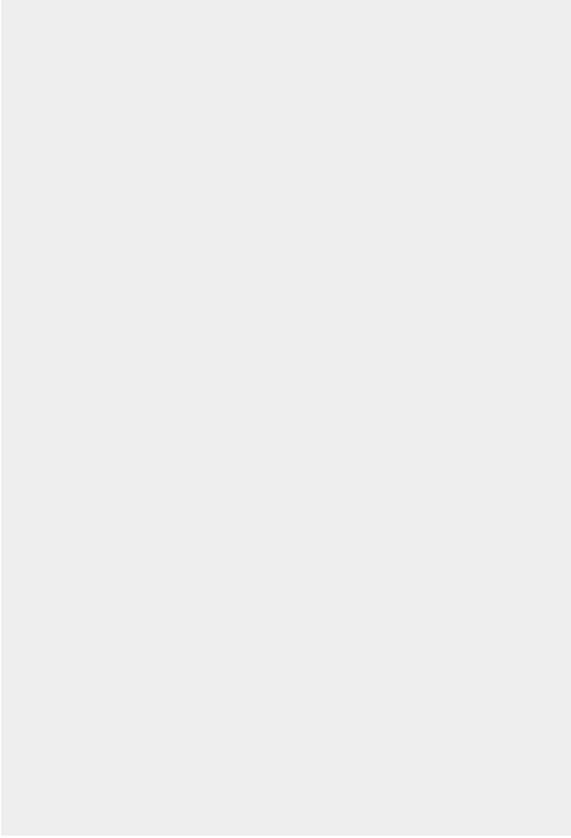
(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1987/1205/410)



zur Nationaleinkommen verzehrenden Politik des "Exports um jeden Preis" Zuflucht nehmen musste. Auch um ihre durch eine – gemessen an der wirtschaftlichen Leistungskraft – überzogene Konsumpolitik entstandenen Auslandsschulden zu bedienen.

Die drohende Zahlungsunfähigkeit brachte die DDR ab Anfang der 80er Jahre in eine Situation, die die SED-Führung veranlasste, für die Mehrzahl der Wirtschaftsbereiche zum Wirtschaften auf Kosten der Substanz überzugehen. Das war eine Politik, die auf Dauer gesehen auch mit einer rigorosen Umverteilung der Mittel durch die zentrale Planung nicht mehr zu bewältigen war. In dieser Situation wurden in einsamer Höhe wirtschaftliche Entscheidungen getroffen, die sich später als Fehlentscheidungen herausstellten und zu beträchtlichen Funktionsstö-

rungen in der Wirtschaft führten. Besonders katastrophale Auswirkungen hatte die Umstellung des Exports auf Erdölderivate und die damit verbundene Heizölablösung durch Braunkohle im Inland. Akzeptiert man, dass keiner der genannten Faktoren im Einzelnen, sondern alle im Verein den Niedergang der DDR-Wirtschaft bewirkten, dann lässt sich als Zeit des Wirksamwerden der zum Niedergang führenden Ursachen die zweiten Hälfte der 70er Jahre benennen.



Rund 40 000 Erzeugnisse werden im Kombinat Lausitzer Glas hergestellt, die Palette reicht vom feinsten Glas für die Mikroelektronik bis zum Bleikristall-Römer. Die Lausitzer Glasmacher stützen sich dabei auf jahrhundertelange Traditionen und modernste wissenschaftlich-technische Erkenntnisse. Etwa 40 % ihrer Erzeugnisse, die für den Bedarf der Bevölkerung hergestellt werden, wollen die etwa 19 000 Glasarbeiter des Kombinates in diesem Jahr neu entwickeln. (Zeitgenössische Bildlegende des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes der DDR, ADN)

(Foto: Bundesarchiv, Bild 183, 1988/0126/412)

7.3 Abbruch als Aufbruch: Unterschiedliche Konzepte zur wirtschaftlichen Konsolidierung der ostdeutschen Wirtschaft während der "Wende"

Aus der Abwärtsspirale hätte sich die DDR-Wirtschaft offensichtlich nur befreien können, wenn es zum Abbruch der Zentralplanung und zu einem konsequenten wirtschaftspolitischen Umsteuern gekommen wäre. Eine derartige Maßnahme, die bis Mitte der 80er Jahre hinein wohl noch von der Mehrzahl der Beschäftigten mitgetragen worden wäre, ob sie sich nun in leitender Stellung befanden oder an den Maschinen standen, kam wegen der politischen bzw. gesellschaftlichen Konstruktion der SED-Herrschaft als Diktatur nicht zu Stande. Das sei darauf zurückzuführen, argumentiert der ehemalige stellvertretende Leiter der SPK, Siegfried Wenzel rückblickend, "dass es das Postulat der führenden Rolle der Partei gegeben hat, den Weisheits- und Wahrheitsanspruch einer Partei, ein Monopol. Das war die Hauptbremse sowohl für die Entfaltung des Planungssystems ... als auch für die Entfaltung der Initiative der Menschen." Offensichtlich war man in der Führungsspitze nicht bereit, auf ein vorgebliches sicheres Terrain – die Planwirtschaft in ihrer DDR-spezifischen Ausprägung – zu verzichten und sich auf eine grundlegende Diskussion mit deutlich anders gearteten Auffassungen einzulassen. Für diese Diskussion öffneten sich "Partei und Regierung" erst unter Ministerpräsident Hans Modrow am 17. November 1989, d.h. nach dem Sturz Honeckers und Mittags durch die Proteste auf der Straße.

"Das Regierungskonzept zur Wirtschaftsreform in der DDR", am 1.2. 1990 vom Minis-

terrat gebilligt und am 5.2. vom Runden Tisch akzeptiert, bezog sich noch auf die Regierungserklärung vom November. Jedoch hatte sich unter dem Einfluss der Wirtschaftsministerin Christa Luft zwischen der Regierungserklärung im November 1989 und der Veröffentlichung des Reformkonzeptes Anfang Februar 1990 im Programm für den wirtschaftlichen Aufbruch eine wesentliche Akzentverschiebung vollzogen: Hatte Modrow noch von einer "grundlegenden Erneuerung der sozialistischen Planwirtschaft" gesprochen und die Losung ausgegeben "Nicht Planung ohne Markt, nicht Marktwirtschaft statt Plan", so forderte das Regierungskonzept einen "radikalen, schnellen Übergang von der Kommandowirtschaft einer zentralistischen Direktivplanung zu einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft". Durch Rücknahme der Enteignungen von 1972, der Gestattung von Jointventures mit Firmen der Bundesrepublik und des westlichen Auslands sowie der Zulassung privater Unternehmensgründungen sollte eine pluralistische Eigentumsgrundlage für die ostdeutsche Wirtschaft entstehen. Das Konzept sah vor, die Transformation in drei Etappen zu vollziehen. Für das Jahr 1992 waren als Krönung der Reformanstrengungen die "vollständige Freigabe der Preisbildung zu Marktprinzipien" und der "Übergang auf die durchgängige Konvertibilität der Währung" vorgesehen.

Anfang 1990 aber war zu einer "inneren" Lösung der Wirtschaftsprobleme der DDR die Mehrzahl ihrer Bürger nicht mehr bereit. Der wirtschaftlich mächtigere Nachbar, die Bundesrepublik Deutschland, deren Regierung im Februar 1990 ihr eigenes Konzept eines "Aufbruchs Ost", mit der Währungsunion als Initialzündung für die Übernahme der bundesdeutschen Marktwirtschaft ver-

kündet hatte, bevorzugte ebenfalls die Vereinigung beider Staaten.

Die nach der ersten freien Volkskammerwahl vom März 1990 in der DDR an die Macht gekommene Regierung de Maizière schloss sich der von der Bundesregierung angebotenen Lösungsvariante an, und hob die von der Regierung Modrow veranlassten Reformmaßnahmen auf bzw. schrieb sie entspre-

chend dem Konzept der Bundesregierung um, wie z.B. im Falle der Treuhandanstalt. Volkskammer und Bundestag billigten am 21.6.1990 den Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und machten damit den Weg für dessen Inkrafttreten am 1. Juli 1990 frei. Mit diesem Tag erlosch die Souveränität der DDR auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet.

Abkürzungsverzeichnis

AG	Aktiengesellschaft
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BSP	Bruttosozialprodukt
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
CDU	Christlich-Demokratische Union (Blockpartei)
Cocom	Coordinating Committee
CNC	Computerized Numeric Control
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EKO	Eisenhüttenkombinat Ost
ESO	Erfurt Südost (Betrieb)
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
HA	Hauptabteilung
HO	Handelsorganisation (staatlicher Einzelhandel)
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung (des MfS)
IBM	International Business Machines Corporation
Koko	(Bereich) Kommerzielle Koordinierung (im Ministerium für Außenhandel der DDR)
LDP	Liberaldemokratische Partei (Blockpartei)
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NC	Numeric Control
NSW	nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
PB	Politbüro
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe

SAG	Sowjetische Aktiengesellschaft
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPK	Staatliche Plankommission
SW	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
SWT	Sektion Wissenschaft und Technik (des MfS)
TSA	Technologische Spezialausrüstungen
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
VEB	Volkseigener Betrieb
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
ZK	Zentralkomitee (der SED)

Weiterführende Literatur:

Ahrens, Ralf:

Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Die DDR im RGW. Strukturen und handelspolitische Strategien 1963 – 1976 (Böhlau Verlag) Köln 2000.

Baar, Lothar/Uwe Müller/Frank Zschaler:
Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (Frankfurt/Main) 2/1995.

Fritze, Lothar:

Panoptikum DDR-Wirtschaft. Machtverhältnisse, Organisationsstrukturen, Funktionsmechanismen (Olzog Verlag) München 1993.

Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria:

Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel. In: Kuhr, Eberhard/Hannsjörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren (Leske + Budrich) Opladen 1996.

Karlsch, Rainer:

Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945 – 1953 (Ch. Links Verlag) Berlin 1993.

Kehrer, Gerhard:

Industriestandort Ostdeutschland (FIDES) Berlin 2000

Klenke, Olaf:

Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert? Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft – Das Beispiel Mikroelektronik (Peter Lang) Frankfurt am Main 2001.

Nick, Harry:

Warum die DDR wirtschaftlich gescheitert ist (Helle Panke, hefte zur ddr-geschichte 21), Berlin 1994.

Roesler, Jörg:

Jugendbrigaden im Fabrikalltag der DDR 1948 – 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (Bonn) 27/1999.

Thießen, Friedrich (Hrsg.):

Zwischen Plan und Pleite. Erlebnisberichte aus der Arbeitswelt der DDR (Böhlau Verlag) Köln 2001.

Wenzel, Siegfried:

Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz (Das Neue Berlin) Berlin 2000.

Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989 (Deutsche Bundesbank) August 1999.
